

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



spw - 6



Atom-Bomben –
Sicher in die 80er Jahre

ISSN 0170-4613 7,70 DM

3. Jahrgang – März 1980 A 20940 F

Herausgeber:

Detlev Albers (Bremen)
Heinz Albrecht (Berlin-West)
Erhard Eichert (Herford)
Klaus Peter Kisker (Berlin-West)
Heinrich Lienker (Harsewinkel)
Werner-Loewe (Hamburg)
Klaus Thüsing (Paderborn)
Klaus-Peter Wolf (Berlin-West)

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Wiesbaden), Arno Brand (Hannover), Dieter Dehm (Frankfurt), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Bodo Fritz (Marburg), Joachim Günther (Berlin-West), Mechtild Jansen (Bremen), Hans-Dieter Keil (Hannover), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth (Hannover), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Claustahl-Zellerfeld), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Münster), Jochen Zimmer (Strasbourg) Burkhard Zimmermann (Berlin-West), Heinz Zoller (Karlsruhe).

Redaktion:

Heinz Beinert, Ilse Bettstein, Robert Brögeler, Frank Heidenreich, Michael Karnatz, Hans Raßmes, Christiane Rix-Mackenthun, Dieter Scholz, Michael Zenz.

Sekretariat:

Frank Heidenreich, Christiane Rix-Mackenthun

Redaktion und Vertrieb:

Moltkestr. 21, 1000 Berlin 45, Tel.: (030) 834 24 22

Verlag:

SPW Verlag/Redaktion GmbH, Königsweg 310, 1000 Berlin 39, HRB 13699
Geschäftsführer Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz.

Satz:

Schmidt & Schmidt, Berlin-Dahlem

Herstellung:

MovimentoDruck, Berlin Kreuzberg

Auflage:

1. - 3. Tausend Februar 1980

Die »spw« erscheint in 4 Heften jährlich mit einem Gesamtumfang von mindestens 420 S. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Jahresende möglich.

Der Einzelverkaufspreis beträgt DM 7,70, im Jahres-Abo. kostet das Heft DM 5,00, in der Republik Österreich S. 60,00, zuzüglich Versandkosten. Der Preis für ein Auslands-Abo. beträgt DM 24,00 (einschl. DM 4,00 Auslandsversand).

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 35 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 18 Manuskriptseiten umfassen.

Konto-Nr. Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Bellagenhinweis: Dieses Heft enthält in Teilaufgabe eine Abo-Zahlkarte des »spw« Verlages.

INHALT

Editorial.....	5
Aktueller Kommentar	
<i>H. Raßmes / D. Scholz</i>	
Afghanistan - Ende der Entspannungspolitik?.....	7
Diskussionsschwerpunkt	
<i>H. Arnold</i>	
Ökologische Probleme - Umweltprobleme: Notwendige Folgen technischer Entwicklung?.....	10
Alternative Technologien - neue Dimension sozialistischer Politik?.....	19
<i>G. Linke / K. Westermann / A. Westphal</i>	
Mit neuen Werten zum Sozialismus?.....	28
<i>K. Krusewitz</i>	
Gewerkschaften und Nuklearproblematik.....	39
<i>D. Scholz</i>	
Die Kernenergie Diskussion auf dem Bundesparteitag der SPD und ihre Konsequenzen für die Partei-Linke.....	56
<i>P. Brosche</i>	
Rüstung und Arbeitsplätze.....	67
<i>W. Biermann</i>	
Der »Nachrüstungsbeschluß« der NATO, die SPD und die »Sicherheit der 80er Jahre«.....	78
Interview	
<i>P. Ingraio (KPI)</i>	
»... Strauß will ganz Europa eine andere Orientierung geben.«.....	94
Berichte	
<i>F. Heidenreich</i>	
Bericht vom 2. Otto-Bauer-Symposium.....	101
<i>K. P. Wolf</i>	
Der SPD-Bundesparteitag in Berlin.....	104
Dokumentation	
Wer glaubt an die »wertfreie« Technik.....	109
Archiv	
Zum politischen Gedenken an Paul Levi.....	111

Autorenverzeichnis

Arnold, Helmut, geb. 1950; Agrarbiologe an der Universität Hohenheim. Mitglied in der SPD, ÖTV, BdWi.

Biermann, Wolfgang, geb. 1948; Dipl.Pol., Studienleiter in der Jugend- und Erwachsenenbildung, Dissertation zu Fragen der DDR-Entwicklung. Mitglied der SPD seit 1969, z.Zt. Mitglied im Landesvorstand der Berliner Jusos, Mitglied im Arbeitskreis Sicherheitspolitik des Bundesvorstandes der Jusos, Mitglied der ÖTV.

Brosche, Peter, geb. 1942; gelernter Elektromaschinenbauer, seit 1962 Soldat. SPD-Südbayern, Mitglied im AK Sicherheits- und Ostpolitik beim Juso-Bundesvorstand.

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Studium der Geschichte und Politik an der Freien Universität Berlin. Mitglied der GEW und der SPD, Landesdelegierter der Berliner Jungsozialisten, Mitglied und Sekretär der spw-Redaktion.

Krusewitz, Knut, geb. 1941; Dr. rer.pol., wiss. Assistent am Institut für Landschaftsplanung der TU Berlin, SPD, ÖTV, BdWi, Öko-Institut Freiburg.

Linke, Gudrun, geb. 1951; Studium der Kunstgeschichte, Geschichte und Psychologie, ausgebildete Designerin (grad.), Mitglied der SPD und des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Steglitz.

Rassmes, Hans, geb. 1947; Dipl.-Volkswirt/Hdl. Ass.d.L. Mitglied in der SPD seit 1973 und in GEW. Mitglied des Landesvorstand der Berliner Jungsozialisten, Bundesausschuß.

Scholz, Dieter, geb. 1947; Dipl.Pol., Doktorand. SPD, AWO, GEW, Landesvorsitzender Berliner Jungsozialisten seit 1978.

Skirke, Ulf, geb. 1949; Dipl.Physiker, Doktorand. Mitglied im AK Energie und Umwelt beim Juso-Bundesvorstand, SPD, SJD - Die Falken -, IG Metall.

Westermann, Karin, geb. 1955; Studium der Politologie und Chemie. Arbeitsgebiet: Geschichte der Arbeiterbildung. Mitglied der SPD und des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Zehlendorf.

Westphal, Andreas, geb. 1958; Studium der Volkswirtschaftslehre. Mitglied der SPD und des Kreisvorstandes der Jungsozialisten Berlin-Zehlendorf.

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Journalist. SPD, AWO, SJD - Die Falken -, RFFU/DGB, stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, Mitglied im Landesjugendausschuß des DGB-Berlin.

Editorial

I. »spw« in neuer Aufmachung

Wie in Heft 5 schon angekündigt, haben wir mit der notwendigen Preiserhöhung auch das äußere Erscheinungsbild der »spw« geändert. Neben dem anderen Titelblatt, das nun mehr als früher auf die Themenschwerpunkte des Heftes hinweisen soll, sind wir zum Blocksatz übergegangen. Dies bedeutet ein übersichtlicheres Satzbild und einen erheblichen Raumgewinn bei gleicher Seitenzahl. Weitere kleine Änderungen sollen ebenso zur leichteren Lesbarkeit der Artikel beitragen.

Auch dem geneigtesten Leser wird die mangelhafte technische Qualität der »spw« 5 nicht entgangen sein. Daraus und aus dem Bemühen, die Produktionskosten zu senken, ergab sich für uns die notwendige Konsequenz: Sowohl den Satz als auch die Herstellung haben wir in andere Hände gegeben. Wir sind sicher, daß sich die Veränderungen auf die Qualität der »spw« positiv auswirken werden.

II. Zum vorliegenden Heft

Probleme der Ökologie, insbesondere die Frage nach der Zukunft der Kernenergie, gewinnen in der politischen Auseinandersetzung zunehmend an Gewicht. Kennzeichnend für diese Diskussion, die mittlerweile aus der »Grünen Bewegung« auch in die Parteien und Gewerkschaften gedrungen ist, ist ihre relative gesellschaftspolitische Beschränktheit. Probleme aus den genannten Bereichen werden vorzugsweise isoliert, d.h. ohne Bezug zu anderen Politikfeldern betrachtet, allenfalls führen sie zu einer neuen Propagierung ökologisch orientierter und technologiefeindlicher Lebensformen und -werte. Beiträge, die von einem marxistischen Ansatz aus versuchen, diese Borniertheit der Diskussion aufzubrechen und die Einbettung von Umwelt- und Energiepolitik in das System des Monopolkapitalismus darzustellen, sind dagegen bisher rar geblieben. Einer solchen Diskussion sollen in diesem Heft Anstöße gegeben werden.

Helmut Arnold zeigt am Beispiel des Agrarsektors, daß Umweltprobleme nicht, wie von allen ökologischen Ansätzen vertreten, primär im gestörten Verhältnis des Menschen zur Natur entstehen, sondern ihren Ursprung im Verhältnis der Menschen untereinander haben. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist für die zerstörerische Ausbeutung der Natur ursächlich. Auch die Technologie entwickelt sich nicht klassenunspezifisch, sie ist nicht »an sich« zerstörerisch, sondern wird maßgeblich von kapitalistischen Verwertungszwängen bestimmt. *Ulf Skirke* entwickelt aus dieser Analyse Ansätze einer möglichen sozialistischen Technologiepolitik. Mit Aussagen der sogenannten »Grünen in der SPD« zum Problembereich Kapital und Technologie, denen sich auch Teile der Jungsozialisten zurechnen, setzen sich schließlich *Linke/Westphal/Westermann* an Hand eines Artikels aus der »Sozialistischen Praxis« auseinander.

Die Kernenergie Diskussion als entscheidender Punkt derzeitiger Auseinandersetzungen zeichnet *Knut Krusewitz* für den Bereich der Gewerkschaftsbewegung nach. Auch er betont die Notwendigkeit, die KKW-Diskussion in die derzeitigen Klassenauseinandersetzungen einzuordnen und schildert ihre politischen Implikationen auf Seiten der KKW-Befürworter. Den Gewerkschaften mißt *Krusewitz* in dieser Diskussion entscheidende Be-

deutung bei, ihr innerverbandlicher Diskussionsprozeß über die Nutzung von Kernenergie ist derzeit auf Grund der vorhandenen Interessenunterschiede der Einzelgewerkschaften noch sehr kontrovers.

Ebenso umstritten und auf dem Berliner Parteitag nur vordergründig entschieden, ist die Kernenergiefrage in der SPD. In einer Analyse der Parteitagsdiskussion kritisiert *Dieter Scholz* vor allem das inkonsequente Auftreten der Kernkraftgegner. Wurden die Mißstände der Energiepolitik von ihnen auch teilweise durchaus zutreffend als aus ihrem kapitalistischen Charakter resultierend erkannt, so schreckte man doch wieder vor der unausweichlichen Konsequenz zurück, die Kritik an der Energiepolitik auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erstrecken. Auch *Scholz* verweist auf die eminent wichtige Rolle der Gewerkschaften in dieser Diskussion und formuliert mögliche Ansatzpunkte für ein gemeinsames Vorgehen von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Atomkraftgegnern.

Daß eine erfolgreiche Umweltpolitik zunächst einen gesicherten Frieden zur Grundlage haben muß und daß man nicht Atomkraftwerke bekämpfen, Atomraketen aber ignorieren kann, diese banale Erkenntnis haben viele Kernkraftgegner noch nicht in notwendiger Deutlichkeit formuliert; auch wenn z.B. die Stellungnahmen der BBU zur Neutronenbombe und zum Aufrüstungsbeschluß der NATO hier Fortschritte signalisieren. *Peter Brosche* beschäftigt sich mit den Auswirkungen einer möglichen Abrüstung auf Arbeitsplätze im Bereich der Rüstungsindustrie. Anhand zahlreicher Daten weist er nach, daß die »Sicherung« von Arbeitsplätzen durch Rüstung ins Reich der politischen Märchen gehört. Gleichwohl muß die Arbeitsplatzproblematik bei den Abrüstungsbemühungen mitbeachtet werden. Der sogenannten »Inversion«, der Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion kommt dabei große Bedeutung zu.

Und *Wolf Biermann* analysiert die Prämissen des Natoratsbeschlusses über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. Für die USA macht diese Errichtung eines potentiellen »Schlachtfeldes Westeuropa« den Atomkrieg führbarer, da das eigene Territorium weniger gefährdet ist.

Die angesichts der offensichtlichen Rückkehr Amerikas zum kalten Krieg umso nötiger gewordene europäische Entspannungspolitik wurde durch den Beschluß des SPD-Parteitags erheblich erschwert.

Außerhalb des Schwerpunktes veröffentlichen wir diesmal ein Interview, das *Peter Pe-linka* am Rande des Otto-Bauer-Symposiums Ende November 1979 in Wien mit dem langjährigen KPI-Abgeordneten und Präsidenten der italienischen Abgeordnetenversammlung, *Pietro Ingrao*, führte. Von diesem Kongreß berichtete *Frank Heidenreich*. Ebenfalls schon längere Zeit zurück liegt der SPD-Parteitag '79, dessen Beschlüsse zur Abrüstung und Kernenergie schon in den Beiträgen von *Dieter Scholz* und *Wolf Biermann* genauer beleuchtet wurden. *Klaus-Peter Wolf*, stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, liefert eine Gesamtschätzung.

Aktueller Kommentar

Hans Raßmes/Dieter Scholz

Afghanistan — Ende der Entspannungspolitik?

Die Afghanen sind ein gebirgiges Volk, witzelte Kurt Tucholsky in den 20er Jahren. Für die westeuropäische Linke der 80er Jahr droht der Konflikt in den Bergen Afghanistans nach dem Einmarsch der Sowjet-Armee eine Belastung für die Möglichkeit einer demokratischen und sozialistischen Veränderung im Inneren Europas sowie der Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik nach außen zu werden. Noch ist die Auseinandersetzung auf die Außenpolitik beschränkt. Gelingt es nicht, die konservative und reaktionäre Offensive gegen die Entspannungspolitik zu stoppen, die öffentlich durch die afghanischen Ereignisse ihre politische Scheinlegitimation erhält, wird es insbesondere für die Bundesrepublik nur eine Frage der Zeit sein, bis zur Restauration innenpolitischer Verhältnisse, wie in den 50er Jahren.

Der Westen, allen voran die in Sachen Achtung des Völkerrechts »moralisch so lautere USA«, beschuldigte die UdSSR, durch den Truppeneinsatz in Mittelost eine friedensgefährdende Weltkrise auszulösen. Dieser Vorwurf wird mit der These legitimiert, daß Entspannungspolitik, so wie sie sich u.a. durch die Ostverträge der Bundesrepublik, die Konferenz von Helsinki und SALT entwickelt hat, nur möglich sei, wenn es gleichzeitig auch in anderen Regionen der Welt zu einer ähnlichen Kooperation der Blöcke käme. Dieses Prinzip sei durch den Truppeneinsatz der Sowjetunion im blockfreien Afghanistan eklatant verletzt worden, was entsprechende Gegenmaßnahmen der westlichen Welt erfordert. Diese These ist schon allein aufgrund der jüngsten Weltgeschichte unhaltbar. So haben die NATO-Länder Großbritannien, Frankreich, USA und Belgien skrupellos in Ländern der 3. Welt interveniert, wenn sie ihre Interessen bedroht sahen. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages zählt die Opfer imperialistischer Interventionen selbst auf: Ägypten, Costa Rica, Dominikanische Republik, Guinea, Joprdanien, Kambodscha, Laos, Libanon, Oman, Sambia, Senegal, Tansania, Trinidad, Tschad, Vietnam, Zaire und die Zentralafrikanische Republik (zitiert nach »Vorwärts«, 6.9.79, S.10). Hätte die Sowjetunion diese Interventionen und insbesondere den schmutzigen Kolonialkrieg der USA in Vietnam zum Hinderungsgrund ihrer Politik in Europa gemacht, hätte es die Entspannungspolitik der 70er Jahre nie gegeben. Dabei bleibt noch unberücksichtigt, daß nach unserer Auffassung ein kurzschlüssiger Vergleich der imperialistischen Interventionen in der 3. Welt und des Einmarschs der Sowjetarmee in Afghanistan nicht möglich ist und die afghanischen Ereignisse weder imperialistische Abenteuer der Vergangenheit noch der Zukunft legitimieren.

Die nationale Unabhängigkeit vieler Länder der 3. Welt war und ist oft nur mittels militanter Befreiungskriege zu erkämpfen, da die Kolonialmächte oder nachfolgende Militärregimes jederzeit bereit sind, ihre Interessen mit Waffengewalt durchzusetzen. Hierbei geht es aufgrund des ökonomischen und sozialen Entwicklungsniveaus dieser Gebiete nicht um die Zuordnung oder Umorientierung zu einem der beiden Systeme der entwickelten Industrienationen, sondern um die Gestaltung eines zumeist nicht-kapitalistischen We-

ges ökonomischer und politischer Entwicklungen in der Zukunft. Die allgemeine Tendenz der Außenpolitik in diesen Ländern, die sich vom Joch des Kolonialismus befreit haben, ist das Streben nach Blockfreiheit. Daran kann auch die materielle Unterstützung der sozialistischen Ländern z.B. durch Waffenlieferungen, für die Befreiungsbewegungen nichts ändern.

Militärpolitisch gab und gibt es in den Ländern der 3. Welt nicht jenes »Gleichgewicht des Schreckens«, welches militärische Aktionen sogleich zu einem unmittelbaren bewaffneten Konflikt zwischen der USA und der UdSSR werden läßt. So beeinflussten die Befreiungskriege zwar durchaus das internationale Kräfteverhältnis zwischen den Blöcken, doch sie führten mit wenigen Ausnahmen nie zu einer direkten Bedrohung des Weltfriedens. Die Summe der Erfolge nationaler Befreiungsbewegungen und wohl letztendlich die erfolgreiche islamische Revolution im Iran mit ihrer antiamerikanischen Militanz, die bei einer Ausdehnung die gesamten Interessen der USA in der Erdölregion Arabiens bedroht, veranlaßten die USA zu einer Änderung ihrer Politik im Weltmaßstab. Die direkte militärische Intervention zur Sicherung und Ausweitung ihrer politischen Vorherrschaft soll nach Vietnam wieder zum legitimen Mittel der US-amerikanischen Außenpolitik werden. Das erforderte eine veränderte Strategie der NATO und es bedurfte eines Anlasses zur Begründung dieser Politik »im Interesse der freien Welt«.

Die Sowjetunion ist heute militärisch und wohl teilweise auch ökonomisch in der Lage, den bilateralen Konflikt mit den USA dort auszutragen, wo er besteht oder entsteht. Konflikte müssen daher nicht in jedem Fall auf das Pulverfaß Europa zurückschlagen — dies ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Weltfriedens. Es ist zur Zeit allein das Interesse der USA, »weitentfernte« Auseinandersetzungen um jeden Preis auch in Europa auszutragen, um die Krise imperialistischer Politik in der Dritten Welt im Rahmen einer Weltkrise im eigenen Interesse zu lösen. In diese Strategie paßt bruchlos, daß weit vor den afghanischen Ereignissen in Brüssel ein NATO-Beschluß zur Produktion neuer Mittelstreckenwaffen gegen die Sowjetunion gefaßt wurde, die USA die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens blockierten, die gleichen USA eine aggressive Eingreiftruppe zur Intervention, insbesondere in jenem Teil der Welt schufen, um den es nun bei der Diskussion um Afghanistan geht. Wenn also schon ein Zusammenhang zwischen der Entspannung in Europa und der Situation in Mittelost zu erkennen ist, dann doch wohl im Kontext von Verhinderungen der Rüstungskontrollen und der Abrüstungspolitik durch die USA und die NATO und einem offensiven Vorgehen gegen die Sowjetunion an ihrer Südgrenze. Diese Politik der Eskalation von Spannungen erfährt seit dem Einmarsch der Sowjet-Armee in Afghanistan als Reaktion auf die Politik der USA zusätzlich Nahrung dadurch, daß die USA mit ihrem ökonomischen Boykott-Aufrufen einen wichtigen Teil der materiellen Grundlagen des Interessenausgleichs in Europa — die gegenseitig vorteilhaften Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West — zerstören wollen und durch informelle Militärabsprachen mit China das gegen die SU gerichtete Drohpotential verstärken, um den durch den Ausfall des Iran durchbrochenen Einkreisungsring um die UdSSR in neuer Form zu schließen. Es geht also nicht darum, daß die UdSSR zu den warmen Wassern des indischen Ozeans drängt, sondern daß die USA nach Kräften versuchen, der UdSSR das Wasser abzugraben. Eine Politik, die in den 50er Jahren den kalten Krieg be-

stimmte. Umbeschadet dieser Tatsachen, bleibt jedoch die Verletzung des Völkerrechts auch von Seiten der UdSSR in Afghanistan bestehen. Mag die Entspannungspolitik regionalisierbar sein, oder ihre Beschränkung auf Europa sogar die materielle Bedingung ihrer Existenz bilden — das Völkerrecht als weltweit verbindliche Norm ist nicht teilbar, ohne als Norm wirkungslos zu werden.

Die Erklärung der UdSSR, schon bei Beginn der Invasion zu Hilfe gerufen worden zu sein, ist unglaubwürdig. Liest man die sowjetischen Äußerungen — v.a. das Breschnew-Interview zur Afghanistanfrage —, so hatte Afghanistan seit Abschluß des Freundschafts- und Beistandsvertrages »wiederholt um militärische Hilfe gebeten«. Diese Aussage ist angesichts der inneren Entwicklung in Afghanistan durchaus glaubwürdig. *Nicht glaubwürdig* ist die Darstellung der UdSSR, sie sei zum Zeitpunkt der aktiven militärischen Intervention »um Hilfe gebeten worden«: Die offizielle Mitteilung über das »Hilfeersuchen« wurde am 28.12 verbreitet, während die Intervention bereits am 27.12. in Kabul begann, als auch das Regime Amin gestürzt wurde. Der Widerspruch läßt sich jedoch erklären: Offensichtlich hat die UdSSR den früheren Hilfeersuchen um Intervention des gefährdeten Regimes unter Amin und davor Tarakis *aus Rücksicht auf die internationale Lage* nicht entsprochen. Erst die massiven Aufrüstungsmaßnahmen der USA und die aussichtslose Lage des Amin-Regimes in Afghanistan mit der Gefahr einer antisowjetischen — wenn nicht gar prowestlichen — Umkehr Afghanistans haben in der UdSSR offensichtlich zu der Bereitschaft geführt, die eigenen sowjetischen Interessen kompromißlos wahrzunehmen, unter der scheinheiligen Berufung auf frühere Hilfeersuchen.

Insbesondere bei den Befürwortern der Entspannungspolitik in Westeuropa, den Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten läßt diese Vorgehensweise der Sowjetunion böse Erinnerungen an die Politik der Stalin-Ära wachwerden. Dies gilt für die Länder der III. Welt ganz besonders dann, wenn sie mit der SU solche Freundschafts- und Beistandspakte unterhalten, wovon einer jetzt die Grundlage der Intervention bildet.

Man kann nicht einerseits das Recht auf Selbstbestimmung und Nichteinmischung zum Schutz antikolonialer und demokratischer Errungenschaften verlangen, um es dann selbst — und sei es zum gleichen Zweck — zu brechen. Die Folge ist eine unverantwortbare Durchlöcherung des Prinzips an sich, wodurch der Schutz des Völkerrechts für die jungen Nationalstaaten gefährdet wird. Gleichzeitig fügt die Intervention der UdSSR den Bemühungen um einen Abbau des Antikommunismus, dem Eintreten für Entspannungspolitik und der Umsetzung des friedlichen Weges zum Sozialismus in Westeuropa schweren Schaden zu. Der Resolution der UNO nach Abzug *aller* ausländischen Interventen ist daher aus internationalistischer Sicht, wie auch insbesondere aus der Sicht der westeuropäischen und bundesdeutschen Linken voll zuzustimmen.

Eine solche politische Lösung des Afghanistan-Konflikts ist jedoch nur möglich, wenn alle Boykottabsichten gegen die Sowjetunion fallen gelassen, westliche Waffenlieferungen an die afghanische Reaktion gestoppt werden und die Entspannungspolitik in Europa erfolgreich bleibt. Der letztere Teil dieser Aufgabe ist das Stück Verantwortung, welches auf die bundesdeutsche Linke entfällt, deshalb sollte auch die Diskussion um die Ereignisse in Afghanistan bei uns davon bestimmt bleiben.

Ökologische Probleme — Umweltprobleme: Notwendige Folge technischer Entwicklung?

»Allein durch eine Veränderung unserer Landwirtschaftspolitik erreichen wir im ökologischen Bereich mehr, als wir uns manchmal durch große Umweltprogramme, bei denen wir den Schäden nachträglich nachlaufen, zu erreichen weiszumachen versuchen.«

(Ein Delegierter des SPD-Bundesparteitag in West-Berlin 1979)

Was sind ökologische Probleme?

Diese Frage mag überflüssig erscheinen; Lärm, Gifte ... wer wollte sie leugnen? Jede Diskussion zeigt aber, daß mit »der Ökologie« mehr ausgesagt werden soll. Es wird ökologisch betrachtet, gelebt, gewirtschaftet ... oder auch nicht. Sie wurde vielerorts zu einem Maß, um die soziale und natürliche Umwelt zu begreifen, zu bewerten oder zu verändern.

Ökologie ist die Wissenschaft von den Beziehungen der Lebewesen untereinander und zu ihrer Umwelt.

Sie wurde von dem materialistischen Monisten¹, Biologen und Propagandisten der Lehre *Darwins*, *E. F. Haeckel* (1834-1919) begründet. Die Oecologie ist ein wichtiger Baustein seines naturphilosophischen Lehrgebäudes.

»Die Oecologie der Organismen ist die Wissenschaft von den gesamten Beziehungen der Organismen zur umgebenden Außenwelt ... die sogenannte 'Oeconomie der Natur', die Wechselbeziehungen aller Organismen, ... ihre Umbildung durch den Kampf ums Dasein.« (Haeckel, 1868)

Was ist an der Tatsache der Wechselbeziehung so brisant, daß sie heute in aller Munde ist?

1. Durch den *wissenschaftlich-technischen Fortschritt* werden immer mehr Lebensräume dem Produktions- oder Reproduktionsprozeß² untergeordnet. Eine Wissenschaft, die sich mit den vielfältigen Beziehungen zwischen belebter und unbelebter Natur auseinandersetzt, scheint dies besser verstehen und beherrschen zu lernen.

2. Wirtschafts-, Energie- und Umweltkrisen haben in der Bevölkerung zu einer tiefen Verunsicherung über die zukünftige Entwicklung ihrer Lebensbedingungen geführt. Sowohl der konservativ-kapitalistische Weg als auch der des »demokratischen Sozialismus« — sofern er überhaupt an den Festsitzen des Kapitals rüttelte — weisen im Bewußtsein vieler Bürger keine klare Perspektive. Ökologische Prinzipien werden als Alternativen gepriesen und versprechen scheinbar Halt. Bescheidenheit und Einfügen in die natürlichen und ökologischen Grenzen

ist häufig alles, was verlangt wird. Viele Menschen sind heute im Namen der Ökologie mobilisierbar.

Welches Menschen-, Gesellschafts- und Naturbild liegt den Auffassungen der »Ökologen« zugrunde?

Alle Öko-Theorien gehen davon aus, daß der Mensch letztlich ein biologisches Wesen naturrevolutionären³ Ursprungs sei.

»Der Mensch ist ein Entwicklungsstadium der Evolution, das sich aus den niederen Wirbeltieren, und zwar zunächst aus den Affen, entwickelt hat. Unterschiede ergeben sich lediglich aus der glücklichen Kombination eines höheren Entwicklungsgrades von mehreren sehr wichtigen thierischen Organen ...« (Haeckel, 1866 und 1868)

Gruhl (1975) meint: »Der Mensch ist ein Naturwesen, ökologischen Gesetzen unterworfen, für den Kampf ums Dasein schlecht ausgerüstet, aber geistig potent.«

De Rosnay (1977): »Erbewohner besonderer Art ... Dieser Parasit hat der menschlichen Gesellschaft zu seinem Nutzen Energie und Ressourcen dem Mutterorganismus Ökosystem entzogen und wird ihn vielleicht umbringen.«

Die Natur (Energie, Materie, Ökosystem) ist der Ursprung, die Voraussetzung und markiert die Grenzen menschlicher Existenz. Hier herrschen ewige Gesetze. Ihnen zufolge besteht die Wahl zwischen Selbsterhaltung durch Kreislauf und Vielfalt, oder »... jeder Versuch, aus den Kreisläufen von Leben und Tod, aus den vielen nie entschiedenen Wettbewerben zwischen den Arten, aus der Vielfalt des natürlichen Systems auszubrechen, würde nicht nur die ökologischen Grundlagen des Menschen, sondern die allen Lebens auf unserem Planeten schmälern.« (Amery 1977). *Nach diesen Auffassungen sind ökologische Probleme der Verstoß des Menschen, der Technik, der Gesellschaften gegen die Naturgesetze.*

Kritik ökologischer Grundpositionen

Diese Grundposition, die in verschiedenen Varianten vertreten wird, halte ich für grundsätzlich falsch, da 1. der Mensch ein biologisches *und* gesellschaftliches Wesen ist, wobei sein gesellschaftlicher Charakter letztlich entscheidet, 2. er sich durch seine Fähigkeit zur durchdachten Produktion von den übrigen Lebewesen prinzipiell unterscheidet, 3. er durch diese Fähigkeit in der Lage ist, seine Umwelt im Rahmen der vielfältig anwendbaren Naturgesetze selbst zu gestalten, 4. der Öko-Ansatz die Existenz gesellschaftlicher Klassen für nichtig erklärt, 5. der Mensch die Naturgesetze formuliert und diese bereits vielfältige Korrekturen erfuhren, 6. die naturwissenschaftliche Ökologie keine allgemein gültigen Prinzipien, die auf menschliche Gesellschaften übertragbar sein sollen, beweisen konnte und 7. nicht gleichmäßige Kreisläufe, sondern Entwicklung und Veränderung die entscheidenden Prozesse in Gesellschaft und Natur sind.

Im Gegensatz zur Öko-Bewegung vertrete ich die Auffassung, daß Umweltprobleme ein Ergebnis des Stoffwechsels⁴ zwischen Mensch/Gesellschaft und

Natur sind, die sich auf den Stand der Technik und Art und Weise ihrer Verwendung zurückführen lassen. Umweltprobleme lassen sich demnach nicht durch äußere Widersprüche wie zwischen Mensch und Natur begründen, sondern letztlich nur durch die inneren Triebkräfte und Widersprüche einer Gesellschaft selbst. Dabei ist zu beachten, daß die außermenschliche Umwelt (Klima etc.), zwar die Entwicklung fördern oder hemmen, aber nicht letztlich historisch bestimmen kann. Das besondere der Umweltprobleme besteht darin, daß sie als Naturphänomene erscheinen, z.B. Rückgang von Tier- und Pflanzensorten, und demzufolge naturwissenschaftlich meßbar bzw. ökologisch erfaßbar sind. Deshalb sind sie aber noch keine ökologischen Probleme. Oder: Wer erlaubte sich die Neutronenbombe zu einem physikalischen Problem zu erklären?

Umweltprobleme am Beispiel der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist in dieser Debatte mehrfach bedeutsam. 1. Sie nutzt ca. 54 % der Gesamtfläche der BRD und prägt somit das Landschaftsbild und die Naturfaktoren Boden, Wasser, Tier- und Pflanzenwelt wesentlich. 2. Bundesdeutsche Landwirte produzieren ca. 80 % des Nahrungsmittelbedarfs der BRD und beeinflussen Umfang und Qualität der Lebensmittelversorgung entscheidend. 3. Die Landwirtschaft ist durch den Einsatz industriell erzeugter Produktionsmittel (Maschinen, Chemikalien ...) und die Abgabe ihrer Produkte als Rohstoffe an die Ernährungsindustrie voll in unser Wirtschaftssystem integriert und somit Merkmal allgemeiner Probleme. 4. Umweltprobleme können lokal erhebliche Ausmaße erreichen; 5. in einer »ökologischen Gesellschaftsordnung« spielt der Bauernhof auf biologischer Grundlage⁵ eine zentrale Rolle.

Die gegenwärtigen Triebkräfte der Agrarproduktion in der BRD sind: 1. der *wissenschaftlich-technische Fortschritt* (Maschinen, Geräte, Ansätze einer Automation, Biologie, Chemie); 2. Vorherrschen der *einfachen Warenproduktion* (Produktionsmittelbesitzer und Arbeiter in einer Person), der Arbeiterbauern (Arbeiter im Haupt-, Landwirt im Nebenberuf) und ein geringer Anteil an Agrarkapitalisten (Landarbeiter obligatorisch). 3. Der Geld- und Warenverkehr

Tab. 1:

Soziale Schichtung ¹ des Agrarsektors 1976/77				
	Anzahl (1000)	v.H.	Bodenbesitz Landfläche	v.H.
Landarbeiter	290	24,6	—	—
Arbeiterbauern	350	30,3	1729,3	14
Kleine Warenproduzenten	516	43,8	8839,4	71
Agrarkapitalisten	23	2,0	1856,0	15
	1179	100	12424,7	100

Diese Angaben sind Näherungen, da es hierüber keine offiziellen statistischen Angaben gibt.
Quellen: Eigene Berechnungen und Agrarbericht 1979

wird zunehmend vom industriellen, häufig monopolistischen Kapital und von den Banken bestimmt. 4. Der Agrarsektor wird durch politische und wirtschaftliche Vorgaben, so z.B. Marktordnungen, Subventionen, Besteuerung der Landwirtschaft, stärker als andere Wirtschaftssektoren staatlich gesteuert. 5. Ziel und Notwendigkeit der Agrarbetriebe ist es, möglichst rentabel zu wirtschaften bzw. zu wachsen.

Da der Landwirt mit Hilfe biologischer Systeme (Pflanze und Tier) Waren produziert, ist jedoch technische oder organisatorische Veränderung der Produktion auch in der außermenschlichen Umwelt erkennbar. Der Mensch ist als Produzent, Konsument oder Erholungssuchender von den Umweltproblemen der Landwirtschaft betroffen.

Belastungen des Menschen am landwirtschaftlichen Arbeitsplatz

Die Belastungen des Agrarproduzenten an seinem Arbeitsplatz sind noch weitgehend unbekannt. Allzuoft überdeckt Bauernromantik die Realität. Die spärlichen Hinweise deuten jedoch darauf hin, daß bei der Arbeit »im Freien« erhebliche Belastungen durch Staub, Gift, Lärm auftreten können. So wurden z.B. für Mährescher- oder Schlepperfahrer Staubwerte zwischen 300 bis 500 mg/m³ gemessen. Sie sind der Belastung in einem Zementwerk vergleichbar und liegen ca. 50 mal über dem anzustrebenden Wert von 8 mg/m³. In der Viehhaltung ist die Farmer-Lunge (krankhafte Veränderung durch organische Stäube) eine anerkannte Berufskrankheit. Auch die Belastungen durch industriell erzeugte Chemikalien sind erheblich. So ergab z.B. eine Untersuchung der Krankheitsbilder im Gartenbau, daß 77 % der Beschäftigten krankhafte Veränderungen an sich feststellen konnten. Bei 67 % traten die Schäden sogar mehrmals oder regelmäßig auf.

Nahrungsmittelmenge und -güte in der Umweltdebatte

Die Ertragssteigerungen der Landwirtschaft haben zur Folge, daß in der BRD insgesamt genügend Nahrungsmittel produziert werden und die Versorgung des einzelnen entscheidend von seiner Klassenlage bestimmt wird. Die Hypothese *Malthus*', wonach das Wachstum der Bevölkerung ewigen Naturgesetzen unterliege und schneller vor sich gehe als die Produktion von Nahrungsmitteln, haben *Marx* theoretisch und die Landwirte praktisch widerlegt.

Im Vordergrund der Diskussion stehen gegenwärtig bezüglich der Nahrungsmittel weniger die Probleme der erzeugten Mengen⁶, sondern stärker die Frage nach Qualität, insbesondere ihre Belastungen durch Chemikalien.

Ein allgemeines Urteil ist hier unmöglich. Sicher ist, daß in steigendem Umfang Chemikalien und Stallmist auf die Felder gebracht werden; ebenso, daß ein bestimmter Teil der Nahrung stets mit Fremdstoffen belastet ist. So ergab eine Untersuchung an 408 Obst- und Gemüseproben zwischen 1975/76 und 1978/79, daß 41 % nicht rückstandsfrei waren, aber nur 0,5 % zeigten höhere Werte als die gesetzlich tolerierten. Anderen Analysen zufolge können die Rückstände

weit höher liegen. Nach dem *Umweltgutachten* 1978 muß davon ausgegangen werden, daß nur ein geringer Teil der Nahrungsmittel tatsächlich untersucht wird und demzufolge große Unsicherheiten in der Bewertung bestehen. Ebenso ist nach der Wirkung geringster Mengen über einen längeren Zeitraum und nach der Wechselwirkung zwischen den einzelnen Substanzen zu fragen. Sicher ist der Einsatz chemischer Produktionsmittel für Menge und Qualität der Nahrungsmittel von erheblicher Bedeutung. Die gegenwärtigen Rückstände berechtigen indes nicht, von einem »ökologischen Katastrophbereich« zu sprechen. Letztlich ist zu melden, daß auch die makrobiotischen Lebensmittel gesundheitliche Risiken in sich bergen.

Das Landschaftsbild als Umweltproblem

Ein dritter Aspekt betrifft den Charakter agrarisch genutzter Landschaften, bzw. den Konflikt Erholungslandschaft contra Produktionslandschaft. Spaziergänge auf geteerten Wegen zwischen monotonen Getreidefeldern, ohne Baum und Strauch, dienen allenfalls der körperlichen Ertüchtigung, wenn es nicht nach Pflanzenschutzmitteln riecht, Mistmieten oder Ställe duften. Zweifellos ist die ästhetische Qualität einer Landschaft, gemessen an ihrer Natürlichkeit, Vielfalt, Eigenart und Harmonie für das Wohlbefinden des Erholungssuchenden von großem Wert. Sicher ist auch, daß die Agrarlandschaft diesen Kriterien noch nie gerecht wurde. Dennoch wage ich zwei Gedanken: 1. Auf den größten Teil der Landschaft trifft die Charakterisierung einer öden und monotonen Fläche keineswegs zu. 2. Die Beurteilung einer Landschaft nach ästhetischen Gesichtspunkten kann nicht verabsolutiert werden und ist zeit-, personen- und klassengebunden. (Vielleicht wird die Auffassung über geteerte Feldwege durch die Radfahrbewegung wieder etwas positiver.)

Belastungen des Naturhaushaltes durch die Agrarproduktion

Sehr ernst sind die Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes (Boden, Luft Wasser, Pflanze und Tier) durch die Agrarproduktion zu nehmen. Ein Beispiel aus der Pflanzenwelt mag dies verdeutlichen. Die natürliche Pflanzenvielfalt ist in der geographischen Lage der BRD gering. Ausgedehnte, unterholzarme Buchenwälder würden ohne menschliche Einflüsse die Landschaft prägen. Acker- und Pflanzenbau erhöhten die Pflanzenvielfalt durch Kulturpflanzen und Unkräuter. Diese Entwicklung ging etwa bis in die erste Hälfte dieses Jahrhunderts. Nach dem 2. Weltkrieg überwand der Agrarsektor in kürzester Frist das Manufakturstadium und erreichte das Niveau umfassenden Arbeitsmaschineneinsatzes. Hinzu kam ein rasch steigender Einsatz von Agrochemikalien infolge dieser Entwicklung eines ehemals arbeitsintensiven zum kapitalintensiven Wirtschaftsbereich. Zweitens wurde der Naturhaushalt, seine Elemente (Wasser, Boden, Pflanzen, Tiere) und ihre Dynamik (Wasserbewegung, Pflanzenverbreitung etc.) immer stärker den produktiven Absichten der Landwirte untergeordnet. Die Möglichkeiten hierzu schafften die moderne Agrartechnik und -chemie, die Not-

wendigkeit der Zwang zur Profitproduktion.

Die Konsequenzen sind erschreckend. Gegenwärtig sind ca. 1/3 aller Blüten- und Farnpflanzen bereits ausgestorben oder in ihrer Existenz gefährdet. Ungefähr 40 bis 50 % der z.Zt. verschollenen und akut bedrohten Arten gehen auf das Konto der Landwirtschaft. Allerdings steht einer zunehmenden *Vereinheitlichung* (Nivellierung) der Agrarlandschaften eine *Tendenz der Differenzierung* in hochproduktive Regionen (z.B. Teile Schleswig-Holsteins, Niedersachsens und Nordrhein-Westfalens) und zurückbleibenden Regionen (Niederbayern, Teile Rheinland-Pfalz' z.B.) gegenüber, die durch einen hohen Grad an Brache aber auch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind. Der größte Teil des »ländlichen Raumes« befindet sich zwischen diesen beiden Extremen.

Insgesamt, so zeigen bereits die wenigen Beispiele, können durch die moderne Landwirtschaft erhebliche, regional und lokal auch schwerwiegende Umweltprobleme und Schäden auftreten.

Politische Konsequenzen aus den Umweltproblemen der Landwirtschaft

Welche politischen Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen gezogen werden, sind entscheidend von den Klasseninteressen des Bewerter abhängig. Vier Positionen liegen im Streit miteinander.

1. Mit dem Hinweis auf die Naturrevolution, insbesondere das natürliche Aussterben von Pflanzen und Tieren, werden die Folgen kapitalistisch-industrieller Nutzung der Natur als »quasi-natürlich« interpretiert. Die Veränderungen werden nicht als Schäden, sondern lediglich als Entwicklung erkannt — Ausschluß entsteht immer. Unter dem Schlagwort, den Pflanzen sei es egal, woher die Nährstoffe kämen; werden chemische Produktionsmittel ausschließlich als eine biologische Ergänzung des Naturhaushaltes verstanden. Diese *apologetische* Funktion hat zwei Seiten. Sie verkennt absolut die Risiken des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und ist eindeutig abzulehnen. Andererseits macht sie jedoch mit Recht darauf aufmerksam, daß sich aus der stofflichen Seite der Produktionsmittel — z.B. industriell produzierte Agrochemikalien — allein keine Umweltprobleme ableiten lassen, allerdings Risiken. Die Erkenntnis *Paracelsus* (1493-1541), daß nicht eine Substanz schlechthin, sondern ihre Konzentration und demnach ihre Verwendung durch den Menschen entscheidend sei, wenden die Apologeten gegen die Kritiker von *der* Technik oder *der* Chemie. Ein Traktor oder ein Sack Dünger ist nicht an und für sich schädigend. Ziel und Form seines Einsatzes entscheiden letztlich zusammen mit dem stofflichen Charakter des Gegenstandes.

2. Die technokratische Position erkennt im Gegensatz zu der ersten die Schäden als solche an und führt sie auf technische Defizite und menschliches Versagen zurück. Für sie liegen Spritzfehler z.B. an verstopften Düsen oder aber an einer falsch angesetzten Mischung. Dieser Überzeugung zufolge ist zwar Art und Weise des Einsatzes entscheidend, die Ursachen der Mängel werden aber nicht genannt. Der Zwang zur Gewinnmaximierung, der Widerspruch zwischen ein-

fach bäuerlicher Warenproduktion und wissenschaftlich technischem Fortschritt sowie mangelnde staatliche Kontrolle zugunsten des »freien mittelständischen Unternehmertums« werden nicht angesprochen.

3. Die ökologische Position interpretiert die Probleme als Folge der Tätigkeit *gegen* die Natur, auf die Entfremdung des Menschen von der Natur durch Verunft und Ökonomie. »Die Naturweisheit fordert den Bauern geradezu auf bzw. erzwingt es bei Nichtbeachtung der Eigengesetzlichkeit des Lebendigen letzten Endes, daß alle Kulturmaßnahmen in Einklang mit der Natur zu stehen haben und abzulesen sind aus den Bedingungen des Naturwachstums selbst.« (Wortmann [Hrsg.], 1978). Hier kommt eine Position zum Ausdruck, die einerseits das Gegenteil der ersten ist, andererseits aber mit der apologetischen Auffassung — die Natur als den gemeinsamen Maßstab — die Bewertung teilt.

Beide Seiten verneinen den grundsätzlichen und notwendigen Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur, der Nutzung ist und dessen Triebkräfte letztlich im gesellschaftlichen Bereich zu suchen sind. Das Naturargument deckt den Schleier über ökonomische und soziale Faktoren. Der Unterschied zwischen 1 und 3 besteht im Schluß: hier absolute Befürwortung, da absolute Negation der Ökologen.

Das Ziel, harmonisch in und mit der Natur zu leben, ist eine letztlich reaktionär-romantische Vision. Die Beziehungen von Mensch zu Mensch werden zweitrangig. Schäden und Zerstörungen von außermenschlicher Umwelt werden nicht mehr als Ausdruck der Macht von Menschen über Menschen, sei es direkt oder ökonomisch, erkannt. An die Stelle der Analyse tritt die Intuition bzw. Kritik der Erscheinungsformen.

Biologische Landwirtschaft — eine Alternative?

Grundsätzlich nein. Die biologische Landwirtschaft akzeptiert voll die »Marktwirtschaft« und umgekehrt bzw. kann voll von ihr vereinnahmt werden. Einige bürgerliche Agrarpolitiker begrüßen die »Biologischen« geradezu, zeichnet sich doch endlich eine Lösung z.B. für die sozial, ökonomisch und kulturell häufig zurückgebliebenen Regionen ab. Sogenannte strukturschwache Gebiete wären nicht mehr Ausdruck kapitalistischer Fehlentwicklung, sondern der einer naturangepaßten Lebensweise — harmonischer Kapitalismus.

Ebenso ist bisher der Beweis noch nicht gelungen, daß die Produktion und industriell erzeugte Produktionsmittel an und für sich schädlich sind. Darüberhinaus erscheint mir das Ziel eines Betriebsorganismus, d.h. eine Betriebsorganisation auf »natürlicher Grundlage«, aus den bereits angesprochenen Gründen ausgesprochen fragwürdig, lassen sie sich doch auf z.T. menschenfeindliche bzw. unsoziale Thesen zurückführen.

»In einem unendlich langen, harten und noch andauernden Prozeß hat die Natur dafür gesorgt, daß nur voll gesunde Lebewesen... entstehen. Da in der Natur das Einzelexemplar weniger gilt als die Art, ist eine z.T. überschäumende Fruchtbarkeit Zeichen der Selbstbehauptung, ... auch beim Menschen. Für je-

den geschwächten oder nicht voll funktionsfähigen Organismus hat die Natur in der Form von Schädlingen und Krankheiten Gesundheitspolizisten zur Ausmerzung bereitgestellt.« (Seifert, 1977)

Weh' dem, der nicht in den Organismus paßt!

Auf der anderen Seite darf jedoch nicht verkannt werden, daß die vielfältigen Möglichkeiten der Agrarproduktion, die Standortfaktoren Licht, Wasser, Boden, Klima, Pflanzen und Tiere nach sozialen und biologischen Kriterien optimal zu nutzen, bei weitem nicht erforscht bzw. bekannt sind. Hier könnten chemiefrei betriebene Versuchsgüter wichtige Anstöße z.B. für die biologische Schädlingsbekämpfung, Fragen der optimalen Betriebsgröße und Fruchtkombination oder der Bodenbearbeitung geben — allerdings müßten sie auf naturwissenschaftlicher und nicht »intuitiver« Basis arbeiten.

Sozialistische Interpretation der Umweltprobleme

Die sozialistische Interpretation der Umweltprobleme geht davon aus, daß nicht den Produktionsmitteln selbst, sondern der Art und Weise ihrer Verwendung, d.h. ihrer gesellschaftlichen Organisation, letztlich entscheidende Bedeutung zukommt. Düngemittel, Biozide, Geräte und Maschinen als Kapital der Gewinnsteigerung sind stets Mittel zum Zweck. Ein Beispiel: Bauer Mertel möchte (muß) seinen Betrieb rationeller bearbeiten. Infolge seiner Bodenarmut und knappem Pachtland bleibt ihm nur der Ausbau der Viehhaltung übrig: mehr Tiere, bessere Fütterung, mehr Mist. Die Hoffläche ist begrenzt, der Betrieb steht im Häuserverband des Dorfes und kann nicht beliebig ausgedehnt werden. Die Folgen: Siloanlagen und Mistmieten außerhalb der Wirtschaftsgebäude, z.B. auf dem Feld. Mistbrühe und Silogesickersäfte gehören zu den gefährlichen Abwässern. Sie können das Grundwasser erheblich belasten, gelangen sie in die Kanalisation, so können sie dort als hochkonzentrierte Säuren erhebliche Schäden, z.B. Stilllegen des biologischen Teils einer Kläranlage, verursachen. Dieses Beispiel zeigt, daß auch »natürliche« Substanzen in die Betrachtung aufzunehmen sind. Es wird deutlich, daß die Ursachen der Verschmutzung zum einen im Zwang zum Profit, zum anderen in den rückständigen Gebäuden, Techniken und fehlendem Kapital des Bauern Mertel liegen. Dieses Beispiel kann nur begrenzt verallgemeinert werden. Ist doch die Belastung durch Mas-sentierhaltungen ganz anders als in der viehlosen Bodenproduktion. Beim Arbeiterbauern anders als beim Großbauern. Entscheidend ist indes zu erkennen, wo die Triebkräfte liegen, daß Umweltprobleme klassen- und schichtenspezifisch auftreten und in diesem Rahmen auch untersucht werden müssen.

Zusammenfassung

Die Hauptprobleme des Agrarsektors in der BRD sind: 1. die bäuerlichen Produktionsverhältnisse mit vorwiegend klein- und mittelbäuerlicher Struktur und durchschnittlich 15 ha Nutzfläche genügen weder den berechtigten sozialen und ökonomischen noch ökologischen Ansprüchen. Nicht den Erhalt, sondern

die Aufhebung der überholten bäuerlichen Produktionsweise fordern die Umweltprobleme. 2. Das Profitsystem zwingt den Bauern, das Letzte aus sich, seiner Frau und dem Landarbeiter herauszuholen. 3. Jeder Versuch, die bäuerliche Produktionsweise sozial und wirtschaftlich über die vielfältigen Möglichkeiten der Kooperation zu entwickeln, stößt auf den härtesten Widerstand der Konservativen und natürlich auch der Bauernverbandsfunktionäre, aber auch der Chemie- und Landmaschinenkonzerne. Mittelstandsideologie und Marktinteressen verbünden sich auf Kosten einer sozialen, ökonomischen und umweltbewußten Agrarwirtschaft.

Die Suche nach umweltfreundlichen Technologien scheitert, erkennt sie nicht die kapitalistische Gesellschaft und deren politische Träger als entscheidenden Faktor. Andererseits zeigen jedoch die Umweltprobleme in fast allen Ländern, auch den sozialistischen, daß die Abschaffung der Profitmacherei nicht genügt, um die Konflikte zu beseitigen. Es muß Frieden herrschen, es müssen die technischen und menschlichen Voraussetzungen vorhanden, und es muß für jeden Menschen erkennbar sein, daß er für eine bessere, eine soziale, für seine Welt arbeitet.

Ehe jedoch unsere versteinerten Verhältnisse nicht zum Tanzen gebracht werden, ist dieses Illusion.

Anmerkungen

- 1 Philosophische Grundrichtung, welche die materielle Einheit als grundlegende Bestimmung der Wirklichkeit anerkennt. *Haeckel* hielt es für seine Aufgabe, Kausalerklärungen für die Organismenstrukturen zu finden, die sich *in nichts* von den Gesetzen der anorganischen Welt unterscheiden. So glaubte er, daß Salzkristalle und die Zellen der Lebewesen in Bezug auf Zusammensetzung und Wachstum vollkommen vergleichbar wären. Im Grunde griff *Haeckel* auf den Weltgeist der Naturphilosophie zurück, allerdings in seiner materiellen Gestalt als kosmische Kraft oder Energie.
- 2 Reproduktion — ständige Wiederholung (Erneuerung) des Produktionsprozesses, wobei sein Produkt, seine sachlichen Produktionsmittel (Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstand) persönlichen Arbeitskräfte und gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse (z.B. Eigentumsverhältnisse, Stellung der Klassen in der Produktion usw.) Bedingungen auf der Grundlage der jeweiligen Gesellschaftsform immer wieder neu geschaffen, erhalten und zugleich entwickelt werden.
- 3 Danach ist der Mensch letztlich ein Naturwesen, das von tierischen Vorfahren abstammt, und keine *grundsätzlich* anderen Eigenschaften als die übrigen Organismen besitzt.
- 4 Der »Stoffwechsel zwischen Gesellschaft und Natur« bezeichnet die beiden untrennbaren Seiten der Wechselbeziehungen zwischen Mensch/Gesellschaft und Natur: 1. *Der Arbeitsprozeß* (entscheidende und allgemeine Bedingung). 2. *Aufeinanderwirken der Menschen untereinander* durch Veränderung ihrer Tätigkeiten Verteilung und/oder Aneignung der erzeugten Produkte.
- 5 »Biologisch wirtschaften heißt, die Lebensbedingungen eines gesunden, nachhaltig ertragreichen Landbaues in Übereinstimmung bringen mit den wirtschaftlichen Erfordernissen, dem Können und der Interessenlage des Gärtners oder Landwirts In der biologisch-dynamischen Landwirtschaft ist der 'Betriebsorganismus' die Organisationsform, die diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt.« (*Koepf*, 1979)

- 6 Es zeichnet sich zunehmend die Umkehrung des Malthusianischen Arguments ab. Der Landwirtschaft wird nicht Minder-, sondern Überproduktion und somit Rohstoff- und Energieverschwendung vorgeworfen, so z.B. von der »Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher« (AgV).

Ulf Skierke

Alternative Technologien — neue Dimension sozialistischer Politik?

I. Zum Problem: Die ökologische Dimension

Es fiel der sozialistischen Linken gegenwärtig sicher relativ leichter, eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik gegen die polit-ökonomischen Kapitalstrategien zu formulieren als die Bedeutung von Ökologie- und Technologieproblemen für eine sozialistische Strategie näher zu bestimmen. Das Defizit einer sozialistischen Ökologie- und Technologiepolitik ist insofern erstaunlich, als die Arbeitnehmer im Verlaufe der kapitalistischen Industrieentwicklung insbesondere in Ballungszentren immer erheblichen Umwelt- und Gesundheitsbelastungen ausgesetzt waren, also nicht erst seit es die Ökologiebewegung gibt. Wie ist dieses Defizit zu erklären? Ohne hier eine streng historisch begründete Analyse vorweisen zu können, scheinen drei Ursachenbereiche von Belang:

1. Die Entwicklung der *Produktivkräfte* war zunächst quantitativ so gering, daß die schrankenlose Produktivkraftentfaltung als unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung der materiellen Basis sozialistischer Produktionsverhältnisse erscheinen konnte. Infolgedessen herrschte innerhalb der Arbeiterbewegung die Vorstellung vor, daß die Produktivkräfte im Kapitalismus sich 'an sich richtig' entwickeln und »nur« die Fesseln der kapitalistischen Produktionsweise, insbesondere der Arbeitsorganisation mit Hilfe der organisierten Arbeitermacht beseitigt werden müßten, so daß das Problem der sozialen Gegenmacht-Organisation, der *politischen Machteroberung* in das Zentrum einer antikapitalistischen Strategie rückte. Die stofflich-materielle Seite der Kapitalverwertung blieb zwar nicht gänzlich unbeachtet, aber nachrangig.

2. Die *ökologischen* Auswirkungen schrankenloser Ausweitung der kapitalistischen *Produktion* hatten noch nicht jenes global gesamtgesellschaftliche, bedrohliche Ausmaß erreicht, so daß Umweltbelastungen, Raubbau an Rohstoffen etc. lokal oder regional relativ begrenzt blieben und durch Freizeit und *Reproduktion* kompensierbar erschienen. (Immerhin konnte man bis in die fünfziger Jahre hinein noch in Flüssen und Seen baden.)

3. Der '*technische Fortschritt*' galt weitgehend mit sozialem Fortschritt ver-

einbar, Technik selbst als überwiegend »neutral«, die als wesentlicher Bestandteil und Motor der Produktivkräfte häufig sogar die Normen für den gesellschaftlichen 'Fortschritt' vorgab.

In den siebziger — zum Teil schon in den sechziger Jahren veränderten sich die polit-ökonomischen Bedingungen kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, die im Zusammenhang mit einer *allgemeinen ökonomischen Krise im Produktionsbereich* stehen (verminderte Wachstumsraten, Inflation, Massenarbeitslosigkeit etc.):

1. Durch die *Krise der Reproduktion der Arbeitskraft* sind physische und psychische (Über-)Belastungen im Produktionsbereich zunehmend weniger zu 'kompensieren': Kapitalistische Stadtentwicklungspolitik zerstört zunehmend historisch gewachsene Lebenszusammenhänge, schafft immer weitere räumliche Trennung von Arbeits- und Freizeitbereich (große Anfahrtswege) mit anwachsendem Verkehrschaos. Die Möglichkeiten einer nicht kapitalbestimmten Reproduktion wird durch immer umfassendere Familien-, Kultur-, Freizeit- und Ferienindustrie eingeschränkt.

2. In der *ökologischen Krise* wird in bisher unbekanntem Ausmaß sichtbar, wie sehr bereits die Auswirkungen kapitalistischer Produktion die Menschheit insgesamt in ihrem Überleben bedrohen. Die Diskussionen und Aktionen im Bereich der Kernenergie oder Großchemie haben verdeutlicht, daß die Kapitalverwertung nicht nur Produktiv-, sondern auch *Destruktivkräfte* entfaltet, d.h. auch die kapitalistische »Produktivkraft«-entfaltung *antagonistisch* geprägt ist und nicht nur die Beziehung Produktivkräfte/Produktionsverhältnisse. Das Kapital hat 'von sich aus' kein grundlegendes Interesse an der Erhaltung und Reproduktion der stofflich-natürlichen Lebensbedingungen, sondern nur insoweit, als damit profitable *Verwertungsbedingungen* reproduziert und erhalten werden. In der ökologischen Krise kommt zunehmend die 'Wertlosigkeit' nicht profitabler 'Natur' zum Ausdruck.

3. Neben der Entwicklung der Kerntechnik verdeutlicht(e) z.B. die Rationalisierungswelle — im wesentlichen aufbauend auf der Einführung von Mikroprozessoren und Computersystemen in Produktion und Verwaltung — *eine Krise kapitalistischer Technologie*: Massenhafte Entlassungen, neue Formen der Arbeitsintensivierung und Gesundheitsbelastungen (z.B. an Bildschirmgeräten) stehen nur wenigen 'Vorteilen' gegenüber.

Neue Technologien sind *nicht* 'an sich' gesellschaftlich oder für den Arbeitnehmer fortschrittlich. Nicht erst die Anwendung einer ansonsten »neutralen« Technik ist das Problem, sondern bereits die spezifische Form, Gestalt und Systematik einer Technologie zieht arbeitsorganisatorische, soziale, gesundheitliche sowie psychische Konsequenzen nach sich, die oftmals eine menschenwürdige 'Anwendung' gar nicht mehr zuläßt (ein heutiges Kernkraftwerk z.B. ist auch unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen nicht 'sozialistisch anzuwenden').

Daß die andauernde Verwertungskrise des Kapitals nicht nur eine polit-ökonomische Krise im Produktionsbereich ist, sondern auch im Reproduktions-

Ökologie- und Technologiebereich, legt nahe, nicht nur die konkreten Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit, sondern insbesondere auch diejenigen zwischen Kapital und *Arbeitsmitteln* zu analysieren. Im Maschinensystem bzw. in der Technologie bündeln sich nahezu alle polit-ökonomischen Beziehungs- »stränge«: »Aller kapitalistischen Produktion ... ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingung, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingung den Arbeiter anwendet, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit. Durch seine Verwandlung in einen Automaten tritt das *Arbeitsmittel* während des Arbeitsprozesses selbst dem Arbeiter als *Kapital* gegenüber, als tote Arbeit, welche die lebendige *Arbeitskraft* beherrscht und aussaugt ... Das Detailgeschick des individuellen, entleerten Maschinenarbeiters verschwindet als winziges Nebending ... vor den ungeheuren *Naturkräften* und der *gesellschaftlichen* Massenarbeit, die im Maschinensystem verkörpert sind ...« (MEW 23, S.446; Hervorh. v. Verf.)

II. Ein Schlüssel: kapitalistische Technologieentwicklung

Um gleich einem Mißverständnis vorzubeugen: Es ist nicht die Kapitalanalyse durch eine Technologieanalyse zu ersetzen, sondern jene mit dieser zu konkretisieren. Dies bedeutet aber auch, diejenigen Vorstellungen zu beseitigen, nach denen Technik lediglich 'Mittel zum Zweck' für 'höhere' ökonomische und soziale Ziele ist, *ohne* die Auswirkungen auf die körperlich-stoffliche Seite von Mensch und Natur genauer zu bestimmen. Als Beispiel sei die *Optimierung der Zeitökonomie* genannt, die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit ist zentral und wichtig. Die Frage ist aber nicht ob, sondern *wie* sie verwirklicht wird. Wie sind z.B. die gesundheitlichen Belastungen des Arbeitnehmers und wie hoch die damit verbundene Reproduktionszeit, wie hoch sind die gesamtökologischen Belastungen durch die neue zeitsparende Technologie, wie hoch der Energie- und Rohstoffverbrauch? Erst wenn also die *Gesamtzeit* des *Gesamtaufwandes* für Herstellung und Beseitigung der Folgewirkung einer neuen Technologie unter derjenigen der entsprechenden alten liegt, kann vielleicht von Fortschritt die Rede sein. Im Kapitalismus ist dies häufig nicht der Fall: Technischer *Teil-*'Fortschritt' orientiert an bornierten Verwertungsinteressen führt oft zu »Rückschlägen«, insbesondere im stofflich-materiellen Bereich.

Die Ursache dafür liegt in der *Zwiespältigkeit kapitalistischer Technik*. Zum einen ist sie *Arbeitsinstrument* für konkrete teilweise nützliche Produktion von Gebrauchswerten, zum anderen aber *Verwertungsmittel* zur Kapitalakkumulation, von abstrakten (Tausch-)Werten. Da im Kapitalismus technische Lösungen an einem Minimum *betriebswirtschaftlicher* Kosten orientiert sind, hat die Funktion der Technik als Verwertungsmittel absoluten Vorrang. Ob eine neue Technologie eingeführt wird, entscheidet der Kapitalist nicht danach, ob »ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt« (MEW 23, S.414), sondern er fragt nach der »Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft« (ebenda). Dies hat

nicht nur soziale Auswirkungen, sondern auch auf die körperlich-stofflichen Folgewirkungen wird zunächst wenig Rücksicht genommen (gesundheitliche Belastungen des Arbeitnehmers, ökologische Belastungen, Verbrauch »billiger« Rohstoffe und Energie). Kapitalistische Technik ist daher erstens eine Form der *Naturbeherrschung* — d.h. *Stoffwechsel* zwischen Mensch und Natur wie er unter bestimmten historischen Bedingungen, Vorstellungen und Kenntnissen möglich ist — zweitens aber *Herrschaftstechnik* im doppelten Sinn: Sie ist einmal eine Form von Herrschaft über Mensch und Natur, und zum anderen Technik der Herrschenden, von Herrschenden angeeignet, wenn auch nicht gemacht. Die kapitalistische Technostruktur spiegelt daher alle Formen der Kapitalherrschaft wider - die Herrschaft der toten Arbeit über die lebendige, die Kapitalherrschaft über Mensch und Natur, die kapitalistische Arbeitsteilung etc.

Von daher ist die Annahme, der Technologie- und Ökologiebereich sei *klassenunspezifisch*, nicht nur oberflächlich, sondern im Kern falsch; vielmehr ist nach dem oben Gesagten von einem *Klassencharakter kapitalistischer Technologie* auszugehen, der nicht nur soziale Auswirkungen betrifft, sondern auch Folgewirkungen, Widersprüche und Krisenhaftigkeiten im körperlich/stofflich/materiellen Bereich des Produktions- und Maschinensystems (Gesundheits- »verschleiß«, Energie-/Ökologiekrise).

Der zu beobachtende Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals »konzentriert und zentralisiert« die Produktionsmittel auch von ihrer stofflich-technischen Seite her, d.h. verdichtet sie zu *Großtechnologien*, unabhängig, ob dies gesundheitspolitisch, ökologisch, energiepolitisch oder raumordnerisch sinnvoll ist oder nicht. Die Erforschung und Entwicklung neuer Großtechnologien erfordert dermaßen viel Kapital- und Zeitaufwand, bevor eine profitable Nutzung überhaupt erfolgen kann, daß hier das nicht unter unmittelbarem Verwertungszwang stehende *staatliche* Kapital eingreifen muß; wobei dieser Eingriff auf der Basis kapitalistischer Akkumulationsbedingungen erfolgt, im Interesse ihrer langfristigen Sicherung.

Die Aufwendigkeit dieser technischen Entwicklung vermittelt *Verwertungszwänge* als scheinbar objektive *Sachzwänge*, und zwar betrieblich-produktionsbezogene sowie politisch-administrative.

So steht z.B. die Gewerkschaftsarbeit vor dem Problem derjenigen Auswirkungen, welche die technisch vermittelte Kapitalherrschaft im Bewußtsein der Kollegen 'anrichtet' - die scheinbar undurchdringliche Dingwelt, welche die bombastische Maschinerie darstellt, erscheint als unverrückbar, unveränderbar, eine Art *technischer Sozialpartnerschaft*, unvermeidbar ...

Streiks werden in manchen Großbetrieben bereits erschwert. In der Tat müssen die komplexen und teuren Anlagen »runtergefahren« werden, sollen Schäden und Schadenersatzforderungen oder sogar Verlust des Arbeitsplatzes vermieden werden (z.B. bei Hochofenanlagen, laufenden Walzstraßen, Kernkraftwerken [!] etc.). Das Ausmaß der Anlagen und die Komplexität der Technik lassen es als unmöglich erscheinen, einfach »den Hammer hinzulegen«. Die Skep-

sis der französischen Gewerkschaft CFDT gegenüber Atomanlagen bzw. Kampfmaßnahmen in der Nuklearindustrie basierten wesentlich auch auf der beobachteten Gefahr, Einschränkungen des Streikrechts in der Kernindustrie durch technische 'Sachzwänge' hinnehmen zu müssen.

Vergleichbares wie im betrieblichen Sektor ist in der politischen Administration bzw. bei staatlicher Politik zu beobachten. Großtechnische Entscheidungen werden der Öffentlichkeit als sachnotwendig, 'objektiv' und unausweichlich dargestellt, die scheinbar kaum noch Alternativen ermöglichen. Ohnehin ist ein gewisser Wandel politischer Herrschaftsformen zu beobachten: Eine stärkere Verlagerung von der Bürokratie auf die *Technokratie*, die eine politische Opposition anscheinend gar nicht mehr zuläßt ... Eine sozialistische Strategie hätte also stärker als bisher die politische Dimension stofflich-technischer Bereiche und die stofflich-materielle Seite politischer Zusammenhänge zu berücksichtigen. Technologie und Politik lassen sich weder auf das eine noch auf das andere reduzieren.

Bevor allerdings antikapitalistische Ansätze im Technologie- und Ökologiebereich genauer bestimmt werden können, sind die Dimensionen und Beurteilungskriterien zu entwickeln, die eine Strategie »alternativer« Technologie überhaupt erst ermöglicht. Eine Technologiepolitik, orientiert am Klasseninteresse der Arbeitnehmer, hat deshalb insbesondere die Kriterien des technischen Fortschritts neu zu prüfen.

III. Die Frage: Wann ist Technik fortschrittlich?¹

Die Dimensionen, in die Technologie hineinreicht, lassen sich grob nach vier Schwerpunkten gliedern:

1. Die ökonomische Dimension
2. die ökologische
3. die soziale und
4. die psychologische.

Zu 1. Zunächst ist die Frage zu klären: Wann ist eine Technologie 'produktiv' in einem umfassenden Sinn? Dabei sind zwei Kriterien als Maß für ökonomische Fortschrittlichkeit zu betrachten, zum einen die Ersparung von *Arbeitszeit* (a) und zum anderen die Verbesserung der *Arbeitsproduktivität* (b).

Zu (a): Reduziert die Technologie unangenehme, mühevollle Arbeitszeit zugunsten sinnvoller, konkreter Lebenszeit, so ist dies positiv zu werten; wird allerdings durch die Technologie Zeit »eingespart« auf Kosten anderer Folgeschäden (z.B. durch Abwälzung »externer« Kosten auf Menschen außerhalb des Produktionsbereichs, die zur Behebung dieser Folgelasten wieder Zeit verbrauchen, z.B. auf Kosten von Menschen in anderen Ländern, z.B. auf Kosten späterer Generationen durch Zerstörung des Ökosystems etc.), so ist dies negativ zu beurteilen.

Wie hoch sind Lebensdauer und Reparaturzeiten zu veranschlagen?

Zu (b): Haben die erstellten Produkte eher einen konstruktiven 'Gebrauchs-

wert' oder eher destruktiven 'Wert' (z.B. Rüstungsgüter)? Sind die Produkte haltbar und gut reparierbar oder 'Verschleiß'produkte?

Weiterhin ist umfassend zu prüfen, wie hoch der Einsatz von Kapital, Material, Energie, Arbeitsqualifikation und Wissenschaft zu veranschlagen ist, um eine neue Technologie hervorzubringen.

Die zentrale Frage bezüglich der ökonomischen Dimension lautet, ob die langfristigen möglichen Folgeprobleme in allen Bereichen überschaubar, beherrschbar und in den möglichen »Kosten« abschätzbar sind? Eine Technologie, bei der dies nicht zuverlässig möglich ist, wäre durchaus nicht fortschrittlich und daher abzulehnen.

Zu 2. Hier ist die Leitfrage zu stellen: Ist die Technologie in einem System des ökologischen »Gleichgewichts« zu betreiben? Dies bedeutet im einzelnen:

- sind die Materialien (Rohstoffe, Energie) zur Herstellung erneuerbar (oder praktisch unendlich vorhanden) oder verbrauchen sie endliche Vorräte so stark, daß die Technologie ohne längerfristige Perspektive ist?
- wie hoch ist die Schadstoffproduktion? Sind diese Schadstoffe leicht oder schwer zu beseitigen?
- erzeugen diese Stoffe Krankheiten (inner- wie außerbetrieblich verursacht) oder gefährden sie sogar die Lebensgrundlagen?

Zu 3. Die politische Zielsetzung der Demokratisierung aller Lebensbereiche ist eine alte politische Forderung der sozialistischen Linken, sie gilt auch zur Beurteilung von technischen Entwicklungen. Zu fragen ist also:

Stärkt die Technologie die Kompetenz und Verfügungsgewalt der Betroffenen, insbesondere der Arbeitnehmer, oder die Leistungsinstanzen und Zentralmächte des Kapitals? Im einzelnen gilt es zu klären:

- werden hierarchische und bürokratische Strukturen gestärkt?
- führt die Technologie zu ausgedehnter »Sicherheits«-Überwachung?
- wie sind Risiken kontrollierbar?
- ist die Technologie flexibel, dezentralisierbar?

Der Gesichtspunkt der Dezentralisierung von Technik ist allerdings nicht *beliebig* zu verallgemeinern. So stellen 'mittlere' und 'kleine' Technologien im Energiebereich sicher in vielen Fällen sinnvolle Alternativen zu Großkraftwerken dar, demgegenüber bieten »zentrale« öffentliche Verkehrsmittel häufig mehr Vorteile als das »dezentrale« Auto. Trotzdem bleibt festzuhalten, daß die absolute *Dominanz* zentraler Großtechnologie, die lange Zeit als Fortschritt 'an sich' galt, eine Reihe ökonomischer, ökologischer und sozialer Probleme mit sich bringt.

Zu 4. Das Hauptproblem in diesem Zusammenhang könnte so formuliert werden: Bewirkt ein technisches System körperlich-psychische Einschränkung oder gar Verstümmelung des Arbeitnehmers zum »Teilindividuum« (Karl) oder erleichtert die neue Technologie die Entfaltung zum »total entwickelten Individuum« (Marx)? Konkreter wäre zu fragen, ob eine Technologie

- die Sinne z.B. durch Geräusch-, Geruch- und Lichtreizungen bis zur Krank-

heit abstumpft;

- die Trennung der Lebensbereiche (Produktion, Freizeit, Konsum) vorantreibt oder zurücknimmt;
- zwischenmenschliche Kommunikation ermöglicht, die weitgehend selbstbestimmbar und nicht dem 'Pausen-Takt' der Maschine angepaßt ist;
- in ihrer Benutzung an die Fähigkeiten des Menschen 'angepaßt' bzw. mit einem vertretbaren Aufwand erlernbar ist, oder ob Arbeitnehmer sich durch ein intensives und langwieriges 'körperausschaltendes' und psychisch belastendes Training mühevoll an die Erfordernisse der Technologie anpassen müssen?

Alle diese beispielhaft angeführten Fragen und Kriterien zeigen, daß erst die positive Beurteilung der genannten vier Dimensionen den fortschrittlichen Charakter einer Technologie bestimmen läßt. Weiterhin sollte gezeigt werden, daß technologische Entwicklung weit in den Bereich der ökonomischen und sozialen Probleme hineinreicht, so daß eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik verbunden werden *muß* mit einer alternativen Technologiepolitik, die ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt!

Zwei Problem-Punkte sind dabei allerdings zu beachten:

1. Bei den heutigen konkreten betrieblichen Bedingungen darf nicht übersehen werden, daß die Propagierung alternativer Technologien im kapitalistischen Unternehmen dazu degenerieren kann, daß Arbeiter zu Sanierungsexperten für kranke Unternehmen werden. (Aus diesem Grunde haben die Arbeiter von Lucas Aerospace [England], die alternative »Produkte für den Frieden« gegenüber den hergestellten Rüstungsprodukten in einem Programm entworfen haben, große Teile ihres Alternativplans bisher geheim gehalten.)

2. Aufgrund des engen Zusammenhanges von Technologie und Kapital ist eine qualitative Umorientierung auf eine in jeder Hinsicht fortschrittliche technische Entwicklung nicht ohne entscheidende Brüche in der Verwertungs'logik' des Kapitals zu erwarten, was nicht zuletzt auf 'klassische' Fragen der Vergesellschaftung führt. Schrittweise Technik-Reform bleibt genauso unzulänglich wie graduelle Reformtechnik...

Entscheidende ökologische Alternativen in Produkt- und Technikgestaltung sind derzeit nur gegen den Widerstand großer Teile des Kapitals und gegen die momentane staatliche Technologiepolitik zu erreichen, so daß wichtige Ansatzpunkte in den Bereichen zu sehen sind, in denen Technik geplant und produziert werden: Dies betrifft zum einen staatliche und industrielle *Forschungspolitik* sowie den *Produktionssektor*. Darüberhinaus sind natürlich die damit zusammenhängenden Bereiche der Reproduktion und des 'Überbaus' ebenfalls von außerordentlicher Wichtigkeit.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und programmatische Strenge sollen im folgenden einige Ansätze praktischer Konsequenzen im Technologiesektor grob umrissen werden.

IV. Alternative Technologiepolitik - einige Ansätze²

Ansatz 1: Eine umfassende Produktionskontrolle.

Neben den wichtigen betrieblich-gewerkschaftlichen Einflußfeldern bei Lohn- und Sozialpolitik wäre die direkte Einflußnahme auf Produkt- und Technikgestaltung nach ökologischen Kriterien von Bedeutung — und zwar beispielhaft in drei Sektoren:

(a) *Umweltschutz am Arbeitsplatz*

Hier gilt es, negative ökologische sowie gesundheitliche Auswirkungen von Produkten und Technologien direkt am Arbeitsplatz zu verhindern — einmal durch gesetzliche Bestimmung, aber zum anderen insbesondere durch *tarifpolitische* Maßnahmen (wichtiger Ansatzpunkt ist der dazu beschlossene Antrag auf dem Juso-Bundeskongreß in Aschaffenburg 1979).

(b) *Aktiver Rationalisierungsschutz*

Die aktive Einflußnahme auf technologische Rationalisierung könnte bereits im Vorwege negative Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Qualifikationen etc. entgegenwirken. Es gilt dabei weiterhin, *Normanforderungen* bezüglich humaner Technologie weiterzuentwickeln und gesetzlich sowie tarifpolitisch zu verankern. Anzustreben wäre ein Konzept des *Einigungszwangs* zwischen Kapital und Arbeit über die Einführung neuer Technik, *bevor* diese endgültig installiert wird.

(c) *Stoff- und Energiebilanzen*

Dieses bereits vor vier Jahren diskutierte Konzept³ geht davon aus, eine betriebliche, gebrauchswertorientierte, naturale Bilanz von Stoffen und Energie zu errichten. Auf der Input-Seite sind dies alle Produktionsmittel, für die konstantes Kapital aufgebracht werden muß, d.h. die etwas kosten; auf der Output-Seite sind alle Gebrauchswerte erfaßt, die zugleich einen Tauschwert haben, d.h. alle produzierten Waren und ein Teil der Koppelprodukte. Die Kontrolle der naturalen Inputs und Outputs bedeutet zum einen eine gewisse *Emissionskontrolle* und zum anderen Kontrolle von Waren und Produktionsverfahren.

Ansatz 2: Forschungskontrolle

Bereits im technisch-wissenschaftlichen Planungs- und Forschungsprozeß werden weitreichende Entscheidungen über Charakter und Anwendung von Technologien getroffen, die im Produktionsbereich oftmals nur schwer zu korrigieren sind. Da industrielle und staatliche Technologieforschung häufig eng verzahnt ist, sollten die Gegenmachtstrategien weiterentwickelt werden, die konkrete Zusammenarbeit von Arbeitnehmern, Gewerkschaften (möglicher) betroffener Betriebe und Beschäftigten im staatlichen Forschungssektor fördern. Dabei wären arbeitnehmerorientierte Kontrollgremien einzurichten, die zwischen Betrieben und Forschungssektor (z.B. auch Hochschulen) vermitteln.

Ansatz 3: Rahmen»planung«

Die bestehenden Konzepte von *Wirtschafts- und Sozialräten* als eine Form überbetrieblicher Mitbestimmung sind um Technologieräte zu erweitern.

Die 'linken Fraktionen' in *Parlamenten* sollten Entscheidungen um fort-

schrittliche Technologien transparent machen und zu Fragen politischer Kampf-abstimmungen 'aufwerten'.

Ansatz 4: Gegenöffentlichkeit

Es sollten *projektorientierte Foren* institutionalisiert werden, in denen Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und antikapitalistische Organisationen beteiligt sind, die zu Fragen von Ökologie- und Technologiepolitik regelmäßigen Meinungs- und Informationsaustausch gestatten — mit dem Ziel einer breit getragenen 'Alternativkonzeption' kapitalistischer Industrieentwicklung. Als Diskussionsansatz könnte der »Forderungskatalog des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) für ein ökologisches Gesamtkonzept in der Bundesrepublik« dienen.

Ansatz 5: Technologische Ausbildung

Durch Einflußnahme auf Lehrinhalte von Schulen, Fach-, Ingenieur- und Hochschulen ist die politische Dimension von Technologie zu verdeutlichen. Als 'Pilotprojekte' könnten entsprechende Unterrichtsmodelle z.B. in Gesamtschulen begonnen werden.

Ansatz 6: Alternativ-Initiativen

In einem 'Netz' von politischer Kommunikation sollten Alternativ-Projekte im Technologiebereich (Lehrlings-, Ingenieurskollektive, Betriebsgruppen etc.) unterstützt werden. Diskussionswürdiger Ansatzpunkt ist dabei das »Netzwerk Selbsthilfe e.V.«

Ansatz 7: Kulturarbeit

Im Zusammenhang mit alternativer Technologiepolitik sind ebenfalls Möglichkeiten nicht kapitalorientierter *Reproduktion* und *Naturerfahrung* von Bedeutung. Es sollte z.B. an Traditionen der *Arbeitersportbewegung* angeknüpft werden, vielleicht weniger an den Organisationsformen als an den Inhalten. Insbesondere wäre im Bereich der Jugendpolitik die politische und materielle Unterstützung der *Naturfreundejugend* auszubauen.

Anmerkungen

- 1 Wesentliche Anregung dieses Kapitels entstammt dem Vortrag von Otto Ullrich auf den Ernst-Bloch-Tagen in Tübingen (27./28. Oktober 1978).
- 2 Vgl. hierzu den Leitartikel »Nach Harrisburg«, in: Sozialist 3/79.
- 3 Vgl. H. Immler: Zur Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen, in: DAS ARGUMENT 93 17. Jg. Berlin (West) November 1975, S.822 ff.

Mit neuen Werten zum Sozialismus?

Eine Kritik an Sabine Ruwwe Konzept der Entwicklung von Wissenschaft und Technik*

1. Fragestellung

»Die Produktivkräfte sind zu Destruktivkräften geworden!« So eine programmatische Äußerung von *Rudi Dutschke* auf einer Berliner Veranstaltung (23.11.79). Mit solchen oder ähnlichen Aussagen versuchen zur Zeit Teile der Linken ihre Hauptstoßrichtung zu begründen — den Protest gegen Atomkraftwerke. Die Entwicklung zur Großtechnologie wird grundsätzlich problematisiert:

Ökologieprobleme scheinen die traditionelle Theorie der Linken, den Marxismus, in Frage zu stellen. Behauptete Marx, die Konzentration und Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Produktivkraft seien die im Kapitalismus produzierte Basis, auf der allein der Aufbau einer höheren Gesellschaftsform, des Sozialismus, möglich werde, ist dies durch die Ökologieproblematik in die Schußlinie linker Kritik geraten. Ist der Marxismus überholt, muß die Linke nach einer neuen Theorie Ausschau halten, kann der Marxismus endgültig zum alten Eisen gelegt werden?

Sabine Ruwwe (S.R.) setzt mit ihrem Artikel »Wer glaubt an die 'wertfreie' Technik?« an diesen Diskussionen an. Ihr Programm: Wir müssen nachdenken »über neue Kategorien der gesellschaftlichen Arbeit und der Schaffung einer nicht-kapitalistischen ökonomischen Basis ohne Ausbeutung und Unterdrückung«. Mit diesem Programm kritisiert sie gleichzeitig politische Haltungen und eine Praxis der Jusos, die sich damit begnügen, Forderungen »für eine emanzipierte, humanisierte und solidarische — eben eine sozialistische Gesellschaft«, zu formulieren, ohne die Stellung von Wissenschaft und Technik in einer kapitalistischen oder sozialistischen Gesellschaft zu untersuchen. Vielmehr sehen wir so am Herz kapitalistischer Entwicklung vorbei und sind blind gegenüber seinen Perspektiven — schlimmer noch, blind gegenüber unseren Handlungsmöglichkeiten im Prozeß der Veränderung dieser Gesellschaftsform. Liegt die bewußte und planmäßige Anwendung der Wissenschaft im Produktionsprozeß, so muß unser »Nachdenken über alternative Arbeits- und Produktionsformen« mit einer Analyse der Funktion von Wissenschaft und Technik im gesellschaftlichen Entwicklungszusammenhang beginnen.

In diesem Diskussionskomplex stoßen wir auf drei kontroverse Positionen, die in unserer Organisation um Fragen der Rationalisierung und Humanisierung

* Vgl. in diesem Heft unter »Dokumentationen«: Sabine Ruwwe, Wer glaubt an die »wertfreie« Technik?, aus: Sozialistische Praxis

der Arbeitswelt vertreten werden und die sich auf wissenschaftlicher Ebene streiten.

»Technik als Herrschaft«

Die Position, die hier kurz nach einem Stichwort von Herbert Marcuse benannt ist, baut im Wesentlichen auf einer Theorie der Verselbständigung der Technik auf. Die sich vom menschlichen Willen loslösende Produktivkraftentwicklung organisiert ein Herrschaftssystem über die Menschheit:

»Technik als solche kann nicht von dem Gebrauch abgelöst werden, der von ihr gemacht wird; die technologische Gesellschaft ist ein Herrschaftssystem, das bereits im Begriff und Aufbau der Techniken am Werke ist ... Als ein technologisches Universum ist die fortgeschrittene Industriegesellschaft ein politisches Universum — die späteste Stufe der Verwirklichung eines spez. geschichtlichen Entwurfs — nämlich die Erfahrung, Umgestaltung und Organisation der Natur als des bloßen Stoffs von Herrschaft.«¹

Als Perspektive ergibt sich die totale Ablehnung, abstrakte Negation jeder maschinellen ökonomischen und technologischen Entwicklung. Nichts im Kapitalismus Entstandenes ist übernehmbar im Sozialismus. Ihre theoretischen Wurzeln hat diese Position in der kritischen Theorie², politisch findet sie Anwendung in Teilen der Ökologiebewegung.

Wachstum für sozialdemokratische Reformpolitik

Die zweite in den SPD- und DGB-Führungskreisen vertretene Position stellt Sabine Ruwwe in einer Sondernummer des »Sozialisten«³ mit folgendem Zitat charakteristisch dar:

»Technologischer Wandel und Rationalisierungsmaßnahmen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu erhalten. Innovationen und Rationalisierungsmaßnahmen müssen deshalb vorangetrieben werden und sind auch staatlicherseits zu fördern.«⁴

Mit anderen Worten: Technik ist gut, weil sie das wirtschaftliche Wachstum sichert und damit die Stabilität der Gesellschaftsordnung gewährleistet. Nur auf dieser Basis ist eine sozialdemokratische Reformpolitik möglich, sind die Unternehmer zu Zugeständnissen an die Arbeitnehmerschaft bereit.

Kapitalistische gegen sozialistische Anwendung

Die dritte Position bezieht sich strikt auf Marx und versteht Technik als Vergesellschaftung der Arbeit und Zentralisation der Produktionsmittel. Sie ist damit allgemeinhistorisch, also nicht kapitalismusspezifisch und lediglich die Verwendung der Technik organisiert ihre Perspektive als sozialistisch emanzipative oder kapitalistisch unterdrückende.⁵

Befragt man die drei Positionen nach ihrem eigentlichen Streitpunkt, so sieht man, daß die Differenz in der Einschätzung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus liegt. Negieren die einen Wissenschaft und Technik abstrakt (1. Pos.), so bejahen die anderen diese Entwicklung (2. u. 3. Pos.) genauso abstrakt. — Wie faßt nun Sabine Ruwwe den Zusammenhang besonders von Naturwissenschaften und gesellschaftlicher Entwicklung?

2. Gibt es zwei Wissenschaften: kapitalistische und sozialistische?

Nach ihr entwickelt die Wissenschaft Denkmodelle, die auf Übereinkünften, Konventionen, beruhen. Das Kriterium für Wahrheit oder Falschheit dieser Modelle ist ihre Verwertbarkeit unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen. Zum Beispiel Rationalisierungen »sind Ergebnis und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die über einen zielbewußten Weg, mit eindeutiger Zielvorgabe entwickelt wurden«.

Ihre Kritik: Durch die wissenschaftliche Arbeit werden nur Erkenntnisse formuliert, die unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen Anwendungen finden können, bestimmten Konventionen entsprechen müssen.

Ihre Perspektive:

»Würden wir für die Rationalität von Wissenschaft andere Kriterien anlegen, so würde die Natur in anderen Erfahrungszusammenhängen untersucht werden, und es würden andere Tatsachen, d.h. andere brauchbare Denkmodelle und damit auch andere Kriterien für die Entwicklung von Technik und Technologie entstehen.«

Folgt man Sabine Ruwwe Vorstellungen über Wissenschaft, so dürften Denkmodelle, wie das Gesetz der Schwerkraft, im Sozialismus keine Relevanz mehr haben. Sind demnach die 1590 von Galilei vom Schiefen Turm von Pisa unternommenen Versuche über den freien Fall spezifisch bürgerliche Erkenntnisse, weil sie in der Weiterentwicklung zum Kapitalismus übernommen wurden, ja sogar an den Schulen vermittelt werden?

Die eingangs gestellte Frage nach dem Zusammenhang von Naturwissenschaft und Technik wird von Sabine Ruwwe vorläufig so beantwortet:

Die herrschenden Kräfte einer Gesellschaft stellen Ansprüche an die Wissenschaft, die in Form von Werten den Produktionsrahmen der Wissenschaftler bestimmen. Wertvorstellungen bestimmen das Erkenntnisobjekt als auch die Methoden und damit den Entwicklungsgang von Erkenntnis. Wissenschaftliche Forschung und ihre Ergebnisse tragen so die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in sich. In sozialistischer Perspektive müßten andere Wertvorstellungen die alten ersetzen. Das Erkenntnisobjekt und die Methode wäre demnach von Prinzipien etwa der Humanität, Selbstverwirklichung, Chancengleichheit usw. geleitet.

Andere Werte organisieren also die kritische Wissenschaft? Ist in sozialistischer Perspektive eine unter nicht eindeutig sozialistischen Verhältnissen erarbeitete Wissenschaft nicht beerbbar? Bleibt nur die Ablehnung im Namen der ganz Anderen?

Gerade das Beispiel Galilei bringt diese Vorstellung von Wissenschaft ins Wanken. Die Erkenntnisse von Galilei, die er unter dem Druck der gesellschaftlichen Verhältnisse, der Macht der Kirche, leugnen mußte, haben seine Unterdrücker überlebt.

Gibt es also doch so etwas wie allgemeinhistorische, immer richtige Erkenntnis?

Unter der Frage »Wem dient Wissenschaft und Technik?« belegt Sabine Ruwe ihre Theorie folgendermaßen: Gibt es mehrere Alternativen technischer Neuerungen im Betrieb, so wählt das Kapital nur die aus, die seinem Verwertungsinteresse entgegenkommen. Mehr noch, die überhaupt von der Wissenschaft angebotenen technischen Fortschritte tragen schon in ihrer Entstehung den Verwertungsstandpunkt in sich, da 50 % der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten von der Privatwirtschaft finanziert werden. »60 % des bundesdeutschen Forschungshaushaltes wird darüber hinaus in unternehmensinternen Forschungsprojekten verbraten.«

Ist mit diesem einleuchtenden Zahlenbeispiel aber wirklich die Frage nach dem »Wem dient Wissenschaft und Technik« beantwortet? Oder anders, ist die Frage »Produziert Wissenschaft nur spezifisch kapitalistische Erkenntnisse, die in kapitalistischer Technologie direkt verwendbar sind« zu beantworten mit: wer bezahlt Wissenschaft und Technik? Kann man mit dem »Wer bezahlt Wissenschaft und Technik« automatisch den Wahrheitsgehalt im Kapitalismus gefundener Erkenntnisse bezweifeln? Kann man Begriffe zur Charakterisierung von Wissenschaft und Technik wie »Wertfreiheit«, »Neutralität« oder »Wertorientierung« kritiklos übernehmen?

Der eingangs von uns in Gefolge der Linken zur Disposition gestellte Marxismus muß an dieser Stelle befragt werden:

Was bietet er an zur Fassung unseres Problems, das Verhältnis von Wissenschaft, Technik und gesellschaftlicher Entwicklung?

3. Macht uns die Technik kaputt?

Marx trennt den kapitalistischen Produktionsprozeß analytisch in Arbeits- und Verwertungsprozeß. »Der Arbeitsprozeß ... ist zweckmäßige Tätigkeit zur Herstellung von Gebrauchswerten, Aneignung des Natürlichen für menschliche Bedürfnisse, allgemeine Bedingung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, ewige Naturbedingung des menschlichen Lebens und daher unabhängig von jeder Form dieses Lebens, vielmehr allen seinen Gesellschaftsformen gleich gemeinsam.«⁶

Der Verwertungsprozeß kennzeichnet gerade die besondere gesellschaftliche Form, in der im Kapitalismus gearbeitet wird. Die Nichtbesitzer der Produktionsmittel *müssen* an die Kapitalisten ihre Arbeitskraft verkaufen, deren Wert durch den Wert der zu ihrer Erhaltung notwendigen Lebensmittel bestimmt ist. Im kapitalistischen Produktionsprozeß arbeiten die Arbeiter über den Zeitpunkt hinaus, bis zu dem sie den Wert ihrer Arbeitskraft reproduziert haben, so produzieren sie Mehrwert für den Kapitalisten. Das Verhältnis zwischen dem Mehrwert und dem Wert der Arbeitskraft faßt den Ausbeutungsgrad der Arbeitskraft. Er ist umkämpft im Lohnkampf als einer Form des Klassenkampfes zwischen Arbeiter und Kapitalisten. Während es das Interesse der Arbeiter ist, einen möglichst großen Teil des Arbeitstages für sich zu arbeiten, um den Umfang ihrer Reproduktion zu verbessern, versuchen die Kapitalisten, den Arbeitstag zu

verlängern, um mehr Mehrarbeit rauszuschlagen. Die von den Arbeitern erkämpfte Beschränkung des Arbeitstags zwingt dem Kapital eine andere Methode der Erhöhung der Mehrwerttrate auf: Die Senkung des Werts der Arbeitskraft durch eine Produktivitätserhöhung, die die lebensnotwendigen Produkte verbilligt.

Die Gesetzmäßigkeit des Verwertungsprozesses zwingt das Kapital zu einer Umgestaltung des Arbeitsprozesses. Die Maschine verkürzt die zur Herstellung einer bestimmten Gebrauchswertmenge notwendige Arbeitszeit, ihre Einführung ist *vom Standpunkt des Kapitals* Mittel zum Zweck der Mehrwertproduktion. Unter kapitalistischen Bedingungen führt diese Verkürzung der gesamtgesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit nicht zur Verkürzung des Arbeitstages, sondern zu einer erhöhten Ausbeutung bei gleichem Arbeitstag. Außerdem wird »als Maschine ... das Arbeitsmittel sofort zum Konkurrenten des Arbeiters selbst«. ⁷ Die Vergrößerung des Arbeitslosenheeres und damit der wachsende Druck auf die soziale Lage der Arbeiterklasse, gehören zu den notwendigen Folgen der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie.

Letzterer Zusammenhang wird von Sabine Ruwwe genauso gesehen, wenn sie sagt, daß »technische Entwicklung ... im Kapitalismus an der Rationalität der Kapitalverwertung gemessen« werden und daß »die Rationalisierungsgewinne den Unternehmen selbst zufließen«. Ihr Fehler liegt dort, wo sie die Unterscheidung zwischen Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß, zwischen allgemeinhistorischem Inhalt und spezifisch gesellschaftlicher Organisationsform nicht nachvollzieht. Wissenschaft und Technik sind so, da im Kapitalismus entwickelt, an sich schon kapitalistisch. Es ist für sie unmöglich, den grundlegenden Widerspruch kapitalistischer Entwicklung zu erkennen: Zum einen eine Ausweitung der Kooperation in der arbeitsteiligen Produktion, dem ein Steigen gesellschaftlicher Bedürfnisse entspricht. Wir nennen das die Vergesellschaftung der Produktion. Zum anderen die sich in der Monopolform zuspitzende Privatheit, also die Nicht-Gesellschaftlichkeit der Produktion, ihre Organisation nicht nach gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten, sondern unter dem Verwertungsinteresse der einzelnen Kapitalisten, die sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignen.

Warum ist es wichtig, diesen Widerspruch so zu betonen? Der Zwang zur Steigerung der Mehrwerttrate durch Produktivitätserhöhung, also Verwissenschaftlichung der Produktion, entwickelt nicht nur die Profitmöglichkeiten des Kapitals, sondern zugleich die Gesellschaftlichkeit der Arbeit. »Die Maschine ... funktioniert nur in der Hand unmittelbar vergesellschafteter oder gemeinsamer Arbeit«. ⁸ Die »bewußte Anwendung der Naturwissenschaft« ⁹ als gesellschaftlicher Produktivkraft wird zur Notwendigkeit. Der Prozeß der kapitalistischen Akkumulation, der Zwang zum Wachstum der einzelnen Kapitale, bewirkt »die wachsende Konzentration der gesellschaftlichen Produktionsmittel in den Händen individueller Kapitalisten.« ¹⁰ Der Prozeß der Zentralisation der Kapitale vereinigt den gesellschaftlichen Reichtum in immer weniger Kapitalistenhänden

und »entwickelt die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel ...«¹¹ »Mit den materiellen Bedingungen und der gesellschaftlichen Kombination des Produktionsprozesses« entwickeln sich »die Widersprüche und Antagonismen seiner kapitalistischen Form, daher gleichzeitig die Bildungselemente einer neuen und die Umwälzungselemente der alten Gesellschaft«. ¹²

An der Fassung dieses Widerspruchs hängt die Lösung unseres Problems:

Wissenschaft und Technik sind zwar im Kapitalismus gefördert, bezahlt und verwertet, dies heißt aber nicht, daß die produzierten Erkenntnisse ihre Herrschaftsverhältnisse, unter denen sie entstanden sind, immer in sich tragen. Sie werden vielmehr die Ursache für Störungen und Krisen und bieten die Basis zur Überwindung dieser Herrschaftsverhältnisse. Der neue Stand der wissenschaftlichen Erforschung der Natur bietet dem Menschen die Möglichkeit, sich von seiner Naturabhängigkeit und Befangenheit zu befreien, eine weitestgehende Bedürfnisbefriedigung bei Verkürzung der Arbeitszeit zu organisieren und die Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion des Lebens zu bestimmen.

Das eingangs von Sabine Ruwwe gefragte Kriterium für die Beurteilung der Entwicklung von Technik und Technologie wäre gefunden. Nur die planvolle, bewußte Beherrschung der Natur durch den Menschen, die Entwicklung seiner Persönlichkeit in gesellschaftlicher Tätigkeit und die Verkürzung seiner Arbeitszeit bei einem höchstmöglichen Stand gesellschaftlichen Reichtums kann Maßstab zur Beurteilung sein. Den Kapitalismus in dieser Perspektive zu untersuchen, führt uns nicht dazu, das Sozialistische als das ganz andere zu wollen. Indem wir an der unter spezifischer Formbestimmtheit entwickelten Vergesellschaftung der Arbeit festhalten, können wir ihn bestimmt negieren. ¹³

4. Sozialismus — eine Gesellschaft mit besseren Werten?

In sozialistischer Perspektive brauchen wir keine neuen Werte oder Prinzipien, wie »Humanität«, »Solidarität«, »Chancengleichheit«, wir müssen Partei ergreifen für die eine Seite des Widerspruchs, die der Kapitalismus entwickelt. Wissenschaft und Technik sind damit nicht »wertfrei« oder »neutral«, sondern sie sind der Standpunkt unserer sozialistischen Kritik im Kritisierten, im Kapitalismus.

Setzt man Sozialismus als guten Wert gegen andere schlechte Werte, spricht die eigene Kritik mit den Begriffen der Sozialismus-Gegner und raubt ihr so die Stärke. War der große Fortschritt, der mit der Marxschen Theorie erreicht wurde, die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus, entwickelten ihre Gegner das Postulat der Wertfreiheit gegen sie. Sie warfen dem Marxismus vor, Ideologie zu sein, also von sozialistischen Werten her die Wirklichkeit zu untersuchen. Damit hinge letztendlich alles von Glaubensentscheidungen für oder gegen den Sozialismus ab. Die »modernen Irrationalisten« träten mit nicht geringerem

Recht auf wie demokratische und andere Sozialismen. Die Kritik von Begriffen wie »Wertfreiheit« wird von deren wissenschaftspolitischem Entstehungszusammenhang auszugehen haben und sie als ideologisch zurückweisen. Ihre Verwendung erzeugt die ideologische Wirklichkeit der Wissenschaft als Teil des Staatsapparates. Mit der Spaltung einer Gesellschaft in Klassen bildete sich historisch die staatliche Macht heraus, »eine gesellschaftliche Macht über der Gesellschaft«. ¹⁴ Mit dem Staat als »erste(r) ideologische(r) Macht« ¹⁵ werden gesellschaftliche Handlungsfähigkeiten aller Individuen in den Überbau verlagert, ihnen entfremdet. Es entsteht die Struktur der Inkompetenz an der Basis und der Kompetenz im Staatsapparat. In dieser ideologischen Struktur hat die Wissenschaft die Aufgabe der Vergesellschaftung-von-oben ¹⁶, gegen die Vergesellschaftung-von-unten. Wertfreiheit verlangt die Abgeschottetheit von Wissenschaft im Staat gegenüber der in Klassen zerrissenen Gesellschaft, die Wertfreiheit wird selbst zum Wert. Wie löst Sabine Ruwwe dieses Problem?

»Unter sozialistischen Bedingungen — also bei einer Gesellschaft, die Selbstverwirklichung, Humanität, Solidarität, Chancengleichheit, Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts zur Grundlage hat, würden die Menschen Techniken brauchen, ... die diesen Prinzipien nicht zuwiderlaufen.«

Auch in sozialistischer Perspektive organisieren die Menschen ihren Lebensprozeß nach Prinzipien, nach nicht weiter hinterfragbaren Werten. Bei aller Ehrenwertigkeit der Werte werden in einem solchen Denken die ideologischen Verhältnisse, die man gerade kritisieren will, reproduziert — auch im Sozialismus werden die Menschen durch Werte von Oben vergesellschaftet.

In der Perspektive der von Sabine Ruwwe gestellten Frage: »Wie überwinden wir die ideologischen Barrieren nicht nur des Kapitals, sondern vor allem unsere eigenen?« müssen wir gerade an der Vergesellschaftung-von-unten, z.B. in der Produktion festhalten und sie gegen die Vergesellschaftung-von-oben mobilisieren.

5. Der Mensch als Automat?

Werden die Menschen bei zunehmender Vergesellschaftung der Arbeit immer mehr dequalifiziert?

Rationalisierungen durch Fließbandarbeit und ähnliche Produktionsmaßnahmen haben sich in den 20er Jahren durchgesetzt. Die menschlichen Tätigkeiten wurden beständig in immer einfachere Handhabungsfunktionen zerlegt, die den Menschen zum Anhängsel der Maschine machten. In der wissenschaftlichen Diskussion wird dieser Vorgang mit dem Begriff der ersten industriellen Revolution gefaßt. Nach dem zweiten Weltkrieg gab es einen neuen Sprung in der Produktivkraftentwicklung, gekennzeichnet vor allem durch zunehmende Automatisierung, die zweite industrielle Revolution.

Die Automation und ihre Auswirkungen auf den Menschen stellen die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus aber nun zunehmend infrage: Tatsächlich sieht man in den riesigen Hallen an gigantischen Anlagen nur wenige, verein-

samt wirkende Arbeiter, deren körperliche Tätigkeiten vor allem darin besteht, auf den berühmten Knopf zu drücken. Offensichtlich wird aus dem Menschen nicht ein Arbeiter mit mehr Fähigkeiten, sondern er wird ständig mehr dequalifiziert, wird noch mehr Anhängsel der Maschine, des Automaten.

Sabine Ruwwe sieht das auch so: »Ergebnis und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse« ist die Innovation im Betrieb, die Rationalisierung. Automation der Produktion ist die Folge. Zunächst stellt Sabine Ruwwe die Frage nach den Kosten dieser Automation. Richtig ist, daß sowohl die Forschung als auch die sozialen Folgekosten (z.B. Arbeitslosenunterstützung) letzten Endes von der arbeitenden Bevölkerung bezahlt, auf sie abgewälzt werden. Umgekehrt kommen die Rationalisierungsgewinne nur den Unternehmern zugute.

Wie wirkt sich aber die Automation auf die »Psyche«, die Subjektivität und Fähigkeiten des Menschen aus?

Sabine Ruwwe sieht fatale Folgen: Die Automation bedroht die menschliche Freiheit. Der Mensch hat nur noch »reibunglos zu funktionieren«, er wird zum »Knöpfchendrucker«, seine Fähigkeiten werden immer primitiver. Wenn man dies konsequent weiterdenkt, bleibt dem Menschen letzten Endes nichts mehr zu tun übrig, er ist dann von der Technik zum Nichts-Tun verurteilt.

Sehen wir uns diesen »Knöpfchendrucker« mal etwas näher an!

»An einer numerisch gesteuerten Werkzeugmaschine z.B. zwingen die sehr hohen Stundenkosten der Maschine zum möglichst pausenlosen Betrieb. Die anfänglichen Versuche, diese Anlage mit gering qualifizierten Arbeitern in Betrieb zu nehmen, sind schnell aufgegeben worden. Die höheren Löhne für Facharbeiter fallen gegen die Maschinenkosten und gegen die Ersparnisse durch Störungsverringerung kaum ins Gewicht. Der Facharbeiter kennt den konventionellen Fertigungsprozeß und hat von daher genaue Kenntnisse von Werkstoffen und ihrer maschinellen Bearbeitung. Zusätzlich muß er vom elektronischen Steuerungsteil der Anlage zumindest die Fehlermöglichkeiten kennen, damit er entscheiden kann, wen er rufen muß, wenn bestimmte Fehler auftreten, den Instandhaltungsmonteur oder den Programmierer. Darüber hinaus muß er in der Lage sein, in enger Kooperation mit der Arbeitsvorbereitung und Programmierung völlig neue Fertigungsprozesse zu erproben. Dazu muß er den gesamten Bearbeitungsprozeß gedanklich rekonstruieren, und zwar aus der Zeichnung auf einer sinnlich-abstrakten Ebene und zugleich aus den Symbolen des Programms auf einer logisch-abstrakten Ebene. In einer großen Werkzeugmaschinenfabrik wurden uns die von Arbeitsvorbereitung, Maschinenführern und Programmierern gemeinsam überwachten Probeläufe (die bei der Kleinserienfertigung, dem spezifischen Einsatzfeld von NC-Maschinen), sehr häufig sind, als beste Möglichkeit angegeben, den automatisch gesteuerten Maschinenablauf einschließlich möglicher Fehler zu begreifen.

Voraussetzung für das 'Beherrschen' einer automatischen Anlage ist also die genaue Kenntnis des Zusammenhangs der regulierten Größen. Der Maschinenführer muß die Unstimmigkeiten des Gesamtprozesses von nur wenigen Variablen her erschließen und die Kombinationsmöglichkeiten von vielen Variablen im Kopf durchspielen können. Er ist also durch nichts schlechter beschrieben als durch's 'Knöpfchendrücken'. Es kann zwar durchaus passieren, daß er stundenlang nichts zu tun hat, weil die Automatik reibungslos funktioniert — dann jedoch ist er plötzlich gezwungen, blitzartig sein gesamtes Wissen über einen komplizierten Natur- und Maschinenprozeß zu mobilisieren und regelnd einzugreifen. Es können dabei immer wieder neuartige Fehler auftauchen — Routine ist nur beschränkt möglich. Die Arbeit ist also 'schöpferisch' in dem Sinn, daß immer wieder neuartige Lösungen gefunden werden müssen.«¹⁷

Aus dem früheren Anhängsel ist der Herr der Produktionsanlage geworden,

er beherrscht seine Anlage, hat genaue Kenntnisse über den Produktionszusammenhang. Das Gesamtprodukt steht wieder im Mittelpunkt. Das heißt, daß die wirklich menschlichen Fähigkeiten, der schöpferische Umgang mit der Natur entwickelt werden. Der Mensch muß den Produktionsablauf planen, kontrollieren und bei Störungen eingreifen. Diese entwickelte Persönlichkeit steht aber in zunehmenden Maße im Widerspruch zu dem Lohnarbeiter, der im Kapitalismus gebraucht wird. Dieser »sozialistische Lohnarbeiter« muß sich nämlich so verhalten, als ob ihm die Produktionsmittel gehören, die ihm ja gerade nicht gehören.

Hier beginnt der Kampf um die Köpfe: Wie erreicht das Kapital das Einverständnis des hochqualifizierten Automationsarbeiters mit seiner Existenz als abhängiger Lohnarbeiter? Welche Strategien (etwa im Erziehungsbereich) müssen angewandt werden, daß die Arbeiter ein weit hinter den Erfordernissen ihrer entwickelten Arbeitstätigkeiten zurückliegendes Bewußtsein ausbilden? Und in wieweit können die sozialistischen Kräfte diese Widersprüchlichkeit so klarmachen, daß sie nicht mehr aufrechterhalten werden kann?

Sabine Ruwwe's sozialistische Perspektive, nämlich die »Möglichkeit des Eingreifens und sich Wiederfindens in der Arbeit« und die »Überschaubarkeit« der Entwicklung der Technik, damit der Mensch schneller mit »weniger Anstrengung voran kommt«, ist bereits in der noch kapitalistisch organisierten Entwicklung des Arbeitsprozesses begründet. Die Technik entwickelt ihre »neue Sicht« schon im Kapitalismus. Dabei ist die Entwicklung der Technik für sich betrachtet noch nichts Vorwärtsweisendes. Das zeigt das Beispiel der Atomkraftwerke. Erst, wenn der Mensch in der Lage ist, mit der von ihm beherrschten Technik seine Lebensumstände zu kontrollieren, ist das ein Schritt nach vorn. Die Entwicklung der Atomkraftwerke ist aber keine Erhöhung der Naturkontrolle, sie produzieren selbst wieder Natur, die nicht kontrollierbar ist.

6. Mit der Technik gegen den Kapitalismus!

Welche praktisch politische Relevanz hat die Auseinandersetzung mit Sabine Ruwwe? Aus unterschiedlichen theoretischen Herangehensweisen an den Gegenstand der Produktivkraftentwicklung folgen unterschiedliche Handlungsorientierungen. Sabine Ruwwe hat ausschließlich die Auswirkungen der kapitalistischen Form der Rationalisierung, das Entlassen von Arbeitskräften, im Blickfeld. Dabei übersieht sie, wie sich in der kapitalistischen Form durch die Automatisierung Keimformen der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit entwickeln, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Arbeitenden notwendig machen.

Wie soll sich die Linke gegenüber Rationalisierung verhalten? Mit dem theoretischen Instrumentarium der Trennung von Arbeits- und Verwertungsprozeß ist es möglich, zu unterscheiden zwischen Kompetenzerweiterungen der Arbeitenden im Arbeitsprozeß und Lohnsenkungen bzw. Entlassungen als Resultat der Kapitalverwertung. Wir wollen dies am Beispiel des Kampfes der IG Druck

und Papier um die Bedingungen der Einführung von elektronischen Satzverfahren bei den großen Druckereien zeigen.

Die Strategie der Unternehmer war die Ersetzung der seit Jahrzehnten unveränderten Bleisatztechnik durch Satzcomputer, die von billigen Schreibkräften bzw. von den Journalisten selbst bedient werden sollten. Der Facharbeiterberuf Setzer sollte ausgelöscht, allenfalls sollten Abfindungen gezahlt werden. Wirft man Arbeits- und Verwertungsprozeß in einen Topf, muß man generell gegen die Einführung der neuen Technik eintreten. Die IG Druck und Papier schlägt etwas anderes vor: »Schutz vor Einkommensverlusten: die Löhne für die neuen Tätigkeiten in der Satzherstellung müssen den bisherigen Facharbeiterlöhnen in der Druckindustrie entsprechen.«¹⁸ »Schutz vor Abqualifizierung: ... die neuen Arbeitsplätze (müssen, d. Verf.) durch Fachkräfte der Druckindustrie ... besetzt werden.«¹⁹ »Schutz vor fachfremden Arbeiten: die journalistische Arbeit in der Redaktion muß wie bisher von der technischen Herstellung der Zeitung getrennt bleiben.«²⁰

Arbeits- und Verwertungsprozeß sind zwei verschiedene Kampffelder. Im ersten geht es darum, ein umfassendes neues Berufsbild des Setzers zu erkämpfen: Graphische Gestaltung der Texte und Anzeigen, Kenntnisse über die Funktionsweise der Elektronik der neuen Geräte, die den Setzer befähigen, kleinere Störungen selbst zu beseitigen, sind Kompetenzanforderungen, die von einer einfachen Schreibkraft nicht bewältigt werden können. Im Kampffeld des Verwertungsprozesses muß eine Lohnsenkung für die Setzer an den neuen Satzcomputern verhindert werden. Den Setzern, die keinen Arbeitsplatz an den neuen Geräten erhalten, müssen mehrere andere Facharbeiterstellungen angeboten werden, die mindestens genau so hoch bezahlt sind. Die Diskussion innerhalb der IG Druck und Papier drehte sich um die Frage, wie die weiter oben dargestellten Forderungen konkret auszugestalten sind. Die Betriebsräte von Gruner + Jahr warfen dem Gewerkschaftsvorstand vor, in dem am 31.7.78 vorgelegten Rasterarifvertragsentwurf nicht ausreichend genug das Tätigkeitsfeld des neuen Setzerberufs bestimmt und vor dem Einsatz von Schreibkräften und Journalisten geschützt zu haben. Um gegenüber solchen konkreten Problemen gewerkschaftlicher Strategie handlungsfähig zu sein, müssen wir die Einführung neuer Technologien als ein eigenständiges Kampffeld auffassen. In ihm können wir nur mit einer wissenschaftlichen Vorstellung der Qualifikationsentwicklung der Menschen im Automatisierungsprozeß erfolgreich arbeiten. Die notwendige Aneignung der Kompetenz zur wissenschaftlichen Organisation der Produktion durch die Arbeitenden ist die reale Grundlage der Subjektentwicklung in sozialistischer Perspektive. Die »allseits entwickelte sozialistische Persönlichkeit« ist nicht länger nur moralisches Postulat, sie wird zur Notwendigkeit. Hieraus sind auch für eine sozialistische Bildungspolitik Konsequenzen zu ziehen: Die Aneignung von wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen, ihre Nützlichkeit für die Individuen und ihre Notwendigkeit für die gesellschaftliche Entwicklung müssen in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt werden. Mit Durchsetzung der Automa-

tion verstärkt auftretende Arbeitsplatzverluste müssen von der Gewerkschaft zum Anlaß genommen werden, Umschulungen in wissenschaftlicher Perspektive durchzusetzen. Die durch die Automation eingesparte gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit kann noch einen weiteren Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung leisten, wenn durch den Kampf der Gewerkschaften eine Senkung der individuellen Arbeitszeit erreicht werden kann: Die kulturelle Dimension menschlicher Tätigkeit könnte in ungeahntem Umfang ausgebaut werden. Hier stellt sich das Problem der Weiterentwicklung gewerkschaftlicher und sozialistischer Kulturarbeit.

Rudi Dutschke scheint doch Recht zu haben: »Die Produktivkräfte sind zu Destruktivkräften geworden.« Allerdings nicht für die Entwicklung der Menschen, sondern für die kapitalistische Organisationsform unserer Gesellschaft. Dies ist keineswegs als Automatismus zu verstehen: Nur das eingreifende Handeln der Menschen kann die sich entwickelnden Möglichkeiten zur historischen Wirklichkeit machen.

Anmerkungen

- 1 Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied und Berlin (West) 1967, S.18.
- 2 Die bedeutendsten Vertreter der Kritischen Theorie sind Horkheimer, Adorno und Marcuse. Sie rehabilitierten die Marxsche Theorie in den 60er Jahren in der BRD. Ihre »Kapital«-Interpretation, die im wesentlichen auf der Entfremdungstheorie beruhte, wurde von großen Teilen der Studentenbewegung übernommen.
- 3 Vgl. *Sozialist* — Zeitung für sozialistische Politik in der SPD, Sondernummer »Politische Ökologie«, Göttingen, Februar 1978.
- 4 ebd., S.26
- 5 Vgl. Werner van Haren, *Harrisburg in der UdSSR undenkbar*, in: *Rote Blätter*, Frankfurt/M. 12/79.
- 6 Karl Marx, *Das Kapital* — Zur Kritik der politischen Ökonomie, Bd.1 (= MEW 23), S.198.
- 7 ebd., S.454
- 8 ebd., S.407
- 9 ebd.
- 10 ebd., S.653
- 11 ebd., S.790
- 12 ebd., S.526
- 13 Zur Ausarbeitung der Begriffe »bestimmte Negation«, »abstrakte Negation« und »sozialistische Perspektive« vgl. W.F. Haug, *Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie*, in: *Das Argument* 74, Berlin (West) 1972, S.561ff.
- 14 *Projekt Ideologie-Theorie, Theorien über Ideologie*, in: *Argument-Sonderband AS 40*, Berlin (West) 1979, S.180.
- 15 Friedrich Engels, *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie*, in: MEW 21, Berlin/DDR 1979, S.302: zur Entstehung des Staates vgl. AS 40, Kap.1 (»Ideologische Mächte und ideologische Formen bei Marx und Engels«), S.7-19.
- 16 Zur Bestimmung der Begriffe vgl. ebd., Kap.10 (»Umrisse einer Theorie des Ideologischen«), S.178ff.

- 17 Projekt Automation und Qualifikation, Automation führt zur Höherqualifizierung — Thesen über Hand- und Kopfarbeit, in: Demokratische Erziehung 4/1975, S.94f.
 18 Leonhard Mahlein, Rationalisierung — sichere Arbeitsplätze — menschenwürdige Arbeitsbedingungen, S.29.
 19 ebd.
 20 ebd.

Knut Krusewitz

Gewerkschaften und Nuklearproblematik

1. Akzeptanzkrise und Sozialtechnokraten

Was in Wyhl 1975 als regionale Kernenergiekontroverse begann, hat sich seit Brokdorf (1976), Kalkar (1977), Gorleben (1978) und Harrisburg (1979) zum Thema mit politik- und ökonomieveränderndem Inhalt vertieft, wodurch die energiepolitischen Entscheidungsgrundlagen von Staat und Wirtschaft entscheidend verändert wurden. Die Veränderung energieplanerischer Einflußfaktoren ist außer diesem subjektiven einem objektiven Ursachenzusammenhang geschuldet: Zwar haben die sprunghaft angewachsenen Bürgerinitiativ-, Ökologie- und Friedensbewegungen, mit denen beachtliche Teile der in SPD, FDP und Gewerkschaften organisierten politisch gebildeten Jugend kooperieren, die gesellschaftliche Akzeptanzkrise¹ der Kernenergie zum Thema mit bewußtseinsveränderndem Inhalt gemacht; zum andern aber verursachten ökonomische Wachstums- und nuklearindustrielle Entwicklungswidersprüche eine ständige Reduzierung der seit 1973 staatlich festgeschriebenen Kernenergie-Prognosedaten. Diese Dialektik von objektiven (ökonomisch-technischen) und subjektiven (Akzeptanzkrise) Einflußgrößen auf die energiepolitischen Entscheidungs- und Planungskonzepte ist von Teilen der SPD, den Gewerkschaften sowie ihnen politisch nahestehenden Energiewissenschaftlern im wesentlichen als technokratisches Bewältigungsproblem begriffen worden. Beispielhaft wurde dieser Denkstil Anfang 1979 vom SPD-MdB Ulrich Steger in seiner »Zwischenbilanz der Kernenergie Diskussion«² vorgetragen. Nach dieser Problemsicht sind die gegenwärtige öffentliche Diskussion und die anstehenden kernenergiepolitischen Entscheidungen von vier Themenkomplexen beherrscht.

»Der erste Problemkomplex dreht sich um die 'Akzeptanz' der Kernenergie.« Zu dem Problembereich, den die Anti-Atombewegung (im weitesten Sinne) nicht länger »akzeptiert«, rechnet Steger: Die militärischen Implikationen der Nuklearindustrie, die Risiko- und Störfallproblematik, die Gefahren fortgeschrittener Reaktorlinien und die Entwicklung sensitiver Anlagen (Wiederaufbereitungstechnologie) sowie das Endablagerungskonzept.

Als zweiter Themenbereich wird die »energiewirtschaftliche Bedeutung der Kernenergie« genannt. Damit ist das Verhältnis von Energieangebots- und Bedarfsstrukturen gemeint, also die volkswirtschaftliche Rentabilitätsargumentation, mit der Atomstrom verteidigt wird.

Im dritten Bereich geht es nach Steger um den Zusammenhang von Wiederaufbereitung (Plutonium-Produktion) und der »international zu regelnden Sicherung vor Mißbrauch der friedlichen Kernenergienutzung zur Atomwaffenproduktion.« Mit der deutschen Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben läßt sich technologisch der Zugriff zur Atomwaffenproduktion realisieren.

Die Wiederaufbereitungs- und Endlagerungsproblematik wird von Steger als »bottle-neck« (Flaschenhals) für die weitere Entwicklung des Kernkraftwerksbaus und -einsatzes gesehen. Mit dem Bau und der Produktion sensitiver Anlagen und Stoffe (Plutonium), Anreicherungs- und Aufbereitungstechnik, ursächlich verknüpft ist der Non-Proliferation-Konflikt mit den USA, hinter dem sich allerdings, wie das »Brasilien-Geschäft« erwies, nicht nur Sicherheits-, sondern auch Konkurrenz-Auseinandersetzungen auf dem Weltmarktnuklearmarkt verbergen.

Als vierten Konfliktbereich nennt Steger die Auseinandersetzungen um die Durchsetzung fortgeschrittener Reaktorlinien (Schneller Brüter, Kalkar), in der militärische, ökologische und politische Einwände der Anti-Atombewegung gegen die staatliche Atomprogrammatische, gefördert durch den »Fall« Klaus Traube, zur Ablehnungsformel der Kernenergie addiert wurden.³

Eine Bewertung der Stegerschen Problemskizze erweist, daß er zwar die technologisch argumentierenden Einwände der Bürgerinitiativbewegung gegen den Atomkomplex zur Kenntnis genommen hat, aber die aus der Technik-Kritik abgeleiteten Fragen nach der sozialen, ökonomischen und ökologischen Verträglichkeit der Kernenergie sowie die nach den Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen im Atom- und Stromkartell völlig ausblendet. Durch seine selektive Problemwahrnehmung und -aufbereitung gerät ihm die Akzeptanzkrise zum bloßen Bewußtseinsproblem, dessen energiepolitische Konsequenzen mit einer »Neuorganisation der Energiediskussion«⁴ behoben werden könnten. Mit diesem sozialtechnokratischen Versuch war indes bereits Bundeskanzler Helmut Schmidt gescheitert. Mitte 1977 hatte sich Schmidt in einem Gewerkschaftsreader zur rationalen Organisation der damaligen Energiediskussion geäußert: »Grundsätzlich wünsche ich mir eine energiepolitische Diskussion, die weder von einer einseitig politisch-ideologischen noch von einer einseitig kulturpessimistischen Position her geführt wird, in der weder einseitig die Beschäftigungsinteressen der Arbeitnehmer noch die internationalen Wettbewerbsinteressen der Industrie, sondern in der alle Risiken (der Kernenergie) mit Vernunft gegeneinander abgewogen werden.«⁵

Da der Bundeskanzler nur wenige Bemerkungen vor seinem Appell zur rationalen Abwägung aller Risiken eines der zentralen Ergebnisse der Diskussion schon vorweggenommen hatte — »Es wäre (...) falsch, die Kernenergie zu opfern«⁶ — war beizeiten erkennbar, daß für Schmidt niemals die »Vernunft« der

Atomwirtschaft, sondern bloß die Form der innerpartei- und gewerkschaftlichen Kritik an ihr zur Disposition stand.

2. Energie- oder Sozialkonflikt?

Was Sozialtechnokraten wie Schmidt und Steger übersehen, kann man sogar im jüngsten Energiereport der »Trilateralen Kommission«, den das Bundesministerium für Wirtschaft im Sommer 1979 veröffentlichte, nachlesen. »Bürgerinitiativen in nahezu jedem Trilateral-Land (Nordamerika, Westeuropa, Japan) haben ernsthafte (sic!) Bedenken über die Kernenergieprogramme ihrer jeweiligen Regierungen geäußert. Diese 'gesellschaftlichen Beschränkungen' (Akzeptanzkrise) stellen eine relativ neue Dimension der Kernenergie-Rechnung dar, die die Regierungen bei der Bewertung ihrer künftigen Kernenergiepläne berücksichtigen müssen.«⁷

Die Bürgerinitiativbewegung ist also weder eine nationale noch vorübergehende Korrekturinstanz staatlicher Energiepolitik, der mit bloßer Begriffskosmetik beizukommen wäre. Dagegen spricht vor allem der Nachweis, daß es der Anti-Atombewegung in unglaublich kurzer Zeit gelungen ist, den langjährigen Herrschafts-, Kompetenz- und Organisationsvorsprung aufzuholen, den die international kooperierenden Sachwalter der »trilateralen« Nuklearordnung besaßen.

Nein, diese in der neueren industriekapitalistischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte beispiellose Protestbewegung gegen ein in den letzten Jahren nur noch stabilitäts- und wachstumspolitisch begründetes Atomprogramm verweist auf einen grundsätzlicheren Konflikt, den technokratisches Krisenbewußtsein nicht mehr zu erfassen vermag:

Hinter der Akzeptanzkrise verbirgt sich ein Klassenkonflikt zwischem dem im Nuklearsektor finanziell engagierten Industrie-, Banken- und Versicherungsbürgertum und den in Bürgerinitiativ-, Ökologie- und Friedensbewegungen reformpolitisch engagierten mittelständischen Bevölkerungsschichten. Dem komplizierten Verhältnis der Klassen und Schichten zueinander entspricht die Komplizierung der politischen Fronten im »Energiekonflikt«: Nur die Unionsparteien halten politisch ungebrochen am forcierten Ausbau der KKW-Programme fest. Dieser Klassenkonflikt, vor allem seine notstandsähnlichen staatlichen »Befriedungs«versuche in Wyhl und Brokdorf, hat den energieprogrammatischen Argumentationshaushalt der Gewerkschaften nachhaltig beeinflußt.

Die erste Industriegewerkschaft, die auf die veränderten energiepolitischen Machtverhältnisse — den internationalen Energiemonopolen gelingt es nicht mehr, der Kritikbewegung noch nicht, ihre jeweiligen Energie-Szenarien politisch durchzusetzen — mit gebotener Sensibilität reagierte, war anscheinend die IG Chemie-Papier-Keramik.

In einer gemeinsamen Erklärung von Hauptvorstand und Beirat vom 10. März 1977, also noch vor den meinungs- und entscheidungsbildenden DGB-Bundeskongreß- und SPD-Bundesparteitagsbeschlüssen des Jahres 1977, wurde festgestellt:

»Zur Frage der Kernenergie geht die IG Chemie davon aus, daß zur Zeit ohne Kernenergie unser wirtschaftlicher Lebensstandard und die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie bedroht sind.« So weit, so schlecht. Aber dann heißt es weiter: »Diese Befürchtung darf allerdings die Verantwortlichen nicht davon abhalten, die Weiterentwicklung der Kernenergie und den Betrieb bereits vorhandener Kernkraftwerke dann zu stoppen, wenn zweifelsfrei feststeht, daß ein unvertretbar hohes Sicherheitsrisiko besteht und die Frage der Entsorgung nicht zufriedenstellend zu klären ist. (...) Sollte die politische Entscheidung für einen Kernkraft-Stopp fallen, dann müßte er international fallen, sonst wäre er wirkungslos. Außerdem müßten die Folgen einer solchen Entscheidung mit allen ihren wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen den Bürgern ohne Beschönigung deutlich gemacht werden.«⁸

Es liegt nahe zu fragen, wann wer den Bürgern ohne Beschönigung die Folgen der Fundamentalentscheidung für den Auf- und Ausbau der Nuklearwirtschaft deutlich gemacht hat. Interessanter indes ist hier der Tatbestand, daß repräsentative Gewerkschaftsführer auf dem Höhepunkt der militant geführten Klassenauseinandersetzung um die Kernenergie zu erkennen gaben, daß die Atomprogramme unter bestimmten Bedingungen aufgegeben werden müßten. Diese reflektierte gewerkschaftliche Positionsbestimmung im energiepolitischen Klassenkonflikt signalisierte, daß Gewerkschaften und sozial-liberale Koalition zur Revision ihrer bisherigen Energieplanungsdebatte bereit waren. Auf Fachkongressen (SPD: April 1977), Bundeskongressen (GEW: Oktober 1977) und Bundesparteitag (FDP und SPD: November 1977) sollte zwischen inner- und außerparteilichen bzw. -gewerkschaftlichen Befürwortern und Gegnern der Kernenergie ein Energiefrieden stiftender Kompromiß ausgehandelt werden. Durch die dann Ende 1977 programmatisch fixierten sozial-liberalen Parteitags-Kompromisse konnte einer zunehmend kritisch gewordenen Öffentlichkeit versichert werden, daß die regierungsamtliche Energieplanung nicht länger als Reflex eines bloß ökonomisch-technisch begründeten Prognosekonzepts des Nuklear-Kartells begriffen wurde, sondern als Ergebnis eines rationalen, gesellschaftlich diskutierten Zielbildungsprozesses fungieren.

Gewiß: Der politische Versuch, die gesellschaftliche Akzeptanzkrise, die Verhärtung der energiepolitisch argumentierenden Klassenfronten durch Organisation rationaler Diskussionsprozesse zu minimieren, bleibt gegenüber der für die Adenauer-Strauß-Ära eigentümlichen Geheimhaltungspolitik beim Aufbau der »friedlichen« Atompolitik ein verteidigungswerter Fortschritt. Man hätte sich allerdings gewünscht, daß die Demokratisierung der Energiepolitik nicht von militanten Staatsinterventionen begleitet worden wäre.

Andererseits: Wie glaubwürdig bleibt das Kompromiß vermittelnde sozialdemokratische Energie-Interesse, wenn den Vertretern des vor allem durch immanente Entwicklungswidersprüche der Kerntechnologie in erhebliche Verwertungs- und Legitimationsschwierigkeiten geratenen Atom-Kartells⁹ zur gleichen Zeit von Minister Hans Matthöfer versichert wird, die ausgehandelten

Energie-Kompromisse seien »ausgewogen, maßvoll und realistisch«?¹⁰

3. Ende des Energiefriedens?

Der technokratische Befriedigungs- und Beschwichtigungsansatz war innenpolitisch keineswegs erfolglos, wenn an den konkurrierenden ideologischen Ansatz von Karl Klasen (SPD) erinnert wird, der dieser Tage öffentlich verkündete: »Wer gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ist, ist auch zugleich ein Gegner unserer Freiheit und Unabhängigkeit.«¹¹ Hätte die Bundesregierung, hätten die Gewerkschaften in der Vergangenheit mit dieser Logik den Ausbau der Kernenergieprogramme forciert, dann wäre der latente Klassenkampf längst in einen offenen Atom-Bürgerkrieg umgeschlagen.

Aber verweist die psychologische Kriegserklärung des Ex-Bundesbankpräsidenten Klasen — termingerecht zu Beginn des Wahljahres 1980 — nicht vor allem auf die Einsicht, daß die Phase des Energie-Kompromisses langsam politisch verwittert? Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß das klassenpolitische Gleichgewicht, dem die Friedens- und Kompromißphase ursächlich geschuldet ist, auf beiden Seiten in Bewegung gerät.

So haben auf der einen Seite das Menetekel von Harrisburg (März/April 1979) und die politischen Resultate des Gorleben-Hearing (Mai 1979) der Anti-Atombewegung scharenweise neue Anhänger zugetrieben. Ausdruck dieser neuesten Politisierungs- und Mobilisierungswelle sind die 150 000 Demonstranten in Bonn für eine kernkraft- und kernwaffenfreie Zukunft (Oktober 1979), der Einzug einer Grünen Liste in ein Landesparlament (Oktober 1979) sowie der Gründungsparteitag einer Grünen Partei (Januar 1980).

Auf der anderen Seite rüsten konservative Sachwalter nuklear-kapitalistischer und -militärischer Interessen zur energiepolitischen Gegenauflklärung. Im Gegensatz zu sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Befürwortern der Kernenergie — die sich immerhin auf die Ebene innertechnologischer Kritik an der Nukleartechnik eingelassen haben (vgl. die Stegersche Problemsicht) — fordern die Gegenauflklärer unmißverständlich den Abbruch sozialtechnokratischer Integrationsversuche. »Die Überwindung der Akzeptanzkrise dürfte auf absehbare Zeit die bei weitem wichtigste energiepolitische Aufgabe sein«¹² behaupten die in der Fachwelt, der Ministerialbürokratie und in den Vorstandsetagen der Nuklear- und Strombranchen angesehenen Kölner Energiewirtschaftler Dieter Schmitt, Hans K. Schneider und Heinz J. Schürmann in ihrer »energiepolitischen Bestandsaufnahme« nach Harrisburg, Teheran und Hannover (Gorleben-Hearing). »Der Schwund des Vertrauens in die technologische Rationalität und in die Aussagen des Experten hinterläßt ein Vakuum, das dringend der Auffüllung bedarf. Dieses Vakuum kann nur durch den Politiker gefüllt werden.« Soweit bieten die drei Wissenschaftler keine Erkenntnisse, die in Partei- und Gewerkschaftsvorständen betriebsame Hektik auslösen müßten. Durchaus bemerkenswert hingegen ist ihre unmittelbar anschließende »wissenschaftliche« Schlußfolgerung: »Die Politik muß wieder führen und aufhören, in die Öffent-

lichkeit hineinzuhorchen, um die 'Stimme des Volkes' zu erfahren.«¹³ Atom-Führer befiehlt, wir folgen? Und wird, wer dem nicht folgen will, automatisch zum »Gegner unserer Freiheit« erklärt, weil anders die Akzeptanzkrise nicht überwindbar erscheint?

Argumente einer gut vorbereiteten Offensive¹⁴ kalter Energiekrieger beherrschen zunehmend die Entwicklung der Kernenergie-debatte: Da malte Klaus Knizia, Vorstandsvorsitzender der VEW, kürzlich vor Industrievertretern das Bild vom »Untergang der heimischen Kraftwerkshersteller«¹⁵ in geschichtsträchtigen Farben. Anfang Januar d.J. rechnete der CDU-Wehrexperte Manfred Wörner der kernenergiegläubigen *Welt-Gemeinde* vor: »Wichtiger als der Beitrag der Kernenergie zur Reduzierung der ökonomischen Erpreßbarkeit ist die durch ihren Einsatz mögliche Schließung der prognostizierten Energielücke in den nächsten Jahrzehnten. Nur bei ausreichender Energieversorgung als Voraussetzung eines angemessenen Wirtschaftswachstums dürfte es bereits mittelfristig möglich sein, die Verteidigungsausgaben auf einem der Bedrohung angemessenen Niveau zu halten«.¹⁶ Woraus wir schließen dürfen, daß, wer gegen die »friedliche« Nutzung der Kernenergie ist, nicht nur als »Gegner unserer Freiheit«, sondern auch als Feind unserer Verteidigungsfähigkeit »auf angemessenem Niveau« gelten muß.

In diesen genaueklärerischen Drohposen erkennt man das Spiegelbild der Robert Jungkschen »Atomstaats«-Formel: Führt bei diesem ein Zuviel an Kernenergie zum Atomstaat, so bei jenen ein Zuwenig. Bürgerliche Widerspruchslogik am Ende ihrer Weisheit: Im Verfolg der jeweiligen Prämissen muß sowohl der Kampf *gegen* die »trilaterale« Nuklearordnung wie der *für* ihre Weiterentwicklung den starken Atom-Führer provozieren.

Vor dem skizzierten Hintergrund eines labilisierten Klassengleichgewichts in der Nuklearauseinandersetzung und angesichts der politisch-parlamentarischen Ausdifferenzierung von Teilen der »bunten« Anti-Atombewegung zur »Grünen Partei« wird den Gewerkschaften eine konfliktentscheidende Vermittlerrolle zufallen.

Konfliktentscheidende Vermittlerrolle, das meint: Die methodische, thematische, theoretische und praktische Struktur, aber auch Dynamik der gewerkschaftlichen Energiepolitik bieten Anlaß zu der Hoffnung, daß die Gewerkschaftsbewegung eine Energiepolitik begründen und durchsetzen kann, die den fatalen sozialen, ökonomischen, militärischen, ökologischen und politischen Konsequenzen bürgerlicher Energie-Szenarien entgeht.

Ließe sich dieser Nachweis durch kritische Analyse der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Kernenergie führen, dann blieben die gesellschaftspolitischen Auswirkungen der psychologischen Kriegsführung konservativer Gegen-aufklärer kalkulierbar.

4. Bedingungen gewerkschaftlicher Kernenergiepolitik

Die vorherrschende Kritik an der gewerkschaftlichen Position in der Kern-

energiekontroverse, die in der modischen Formel vom »Atomfilz«¹⁷ zusammengefaßt wird, unterschlägt regelmäßig den objektiven Bedingungs-zusammenhang gewerkschaftlicher Energie- und Kernenergiepolitik. Mit genüßlicher Sorgfalt werden personale »Verfilzungen« zwischen Gewerkschafts-, Partei- und Vorstandsfunktionen in der Elektrizitätswirtschaft aufgespürt und theoretisch grobschlüchtig verallgemeinert.¹⁸ Dadurch wird die Vorstellung produziert, die Geschichte des Nuklear- und Stromkartells sei von sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären geplant, organisiert und beherrscht worden.

In Wahrheit vollzog sich die Nachkriegsentwicklung der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft im Rahmen einer Branchenstruktur, die in ihren wesentlichen Zügen in der Weimarer Republik und im Faschismus ausgebildet worden war.¹⁹ Das am Aufbau und der Entwicklung der Nukleartechnik interessierte Monopolkapital war deshalb von Anfang an bestrebt, die Atomwirtschaft »marktwirtschaftlich« zu organisieren. Praktisch hieß dies: Planung, Realisierung und Entwicklung dieses Kapitalverwertungssektors wurden von drei »Partnern« beherrscht:

- »dem Staat als Entscheidungsinstanz, Geldgeber und Betreiber von Forschungseinrichtungen«;
- »den im Reaktorbau und Brennstoffkreislauf engagierten Unternehmen als Auftragnehmern«;
- »den Elektrizitätserzeugern als Auftraggebern und späteren Betreibern von Kernkraftwerken — und mit anderen — auch von Anlagen der Brennstoffzyklus-Industrie.«²⁰

Gegen diesen von der CDU/CSU politisch und parlamentarisch abgesicherten nuklearen Strukturzusammenhang opponierten SPD und Gewerkschaften Mitte der 50er Jahre entschieden. Ihre Repräsentanten setzen sich im Bundestag dafür ein, »daß der Staat den neuen Wirtschaftszweig übernehmen sollte. Sie befürchteten, daß andernfalls die in der Energieversorgung bereits bestehenden Monopole gestärkt oder neue monopolähnliche Gebilde mit unangemessen großem Einfluß auf Wirtschaft und Politik entstehen könnten.«²¹

Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms (1959) gab die SPD öffentlichlich zu erkennen, daß ihre innerparteiliche »Akzeptanzkrise« der restaurierten Eigentums- und Machtverhältnisse in der BRD als überwunden gelten konnte. Nach vierjährigen parlamentarischen Auseinandersetzungen um ein »Atomgesetz« stimmte sie im Bundestag einer Version des Gesetzes zu, das die Staatsfunktionen auf reine Genehmigungs- und Kontrollrechte reduzierte.²²

Ironie bundesdeutscher Energie-Historie: Durch ihr Votum für die Entfaltung »freier Unternehmerinitiative« im Nuklearbereich leisteten SPD und Gewerkschaften der Entfaltung eines Wirtschaftssektors Vorschub, dessen Widerspruchsgeschichte die Vorstände beider Organisationen immer wieder zwingt, Überlegungen zur Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft anzustellen.²³

Hinter der Formel von der Widerspruchsgeschichte des Nuklearkapitals verbirgt sich die Erkenntnis, daß die Geschichte der bundesdeutschen Atomwirt-

schaft weder als Geschichte der technologischen Rationalität noch als energie-wirtschaftliche Erfolgshistorie interpretiert werden kann.

Das Gegenteil ist richtig. Joachim Radkau, ein auch in Gewerkschaftskreisen als herausragender Kenner der Beziehungen zwischen »Deutscher Industrie und Politik«²⁴ ausgewiesener Fachhistoriker, wies vor Jahresfrist in seiner methodisch, thematisch und theoretisch ungewöhnlich differenziert argumentierenden Studie zur »Entwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD« nach, daß die »vergangene Kernkraftgeschichte (...) reich an Mißerfolgen und Fehlspekulationen« ist und »auch die Zukunftschancen des gegenwärtigen Entwicklungsniveau« sind »fragwürdig.«²⁵ Eine der wichtigen Thesen Radkaus lautet, in der Öffentlichkeit seien von Befürwortern wie Kritikern der Kernenergie »die Rationalität und Weitsicht industrieller Nuklearstrategien« erheblich »überschätzt« worden.²⁶

Eine entscheidende Ursache, die die Vorstellung vom technologisch-rationalem Fortschritt in der Reaktorstrategie (Konzept der Reaktorlinien der »ersten«, »zweiten« und »dritten« Generation) begünstigt hat, und die unmittelbaren Bezug zu unserer Frage nach objektiven Bedingungen gewerkschaftlicher Kernenergiepolitik hat, ist die Ausblendung des militärischen Entstehungskontextes des Kernenergie als Strukturierungsprinzip.

Dazu liest man bei Radkau: Der militärische Entstehungszusammenhang der Kernenergie war »nicht bloß eine für die spätere Entwicklung irrelevante Initialzündung«, sondern prägte »die Kerntechnik auch inhaltlich. Noch kürzlich stellte ein kompetenter Beobachter fest, alle bisher realisierten Reaktorlinien seien ursprünglich für militärische Zwecke (...) konzipiert worden; ein Reaktortyp, der von vornherein für die Stromerzeugung entworfen worden wäre, sei 'bislang noch nicht gebaut worden'. Wenn unter den Reaktorentwicklungen bis heute die Thorium-Technologie hinter dem Uran-Plutonium-Zyklus international weit zurückgeblieben ist und die kerntechnischen Entwicklungen von Anfang an auf Plutonium fixiert waren, so verrät sich darin deutlich das Fortwirken waffentechnischer Gesichtspunkte.«²⁷

Die beliebte argumentative Ausweichtaktik auf den vorgeblich »friedlichen«, weil kommerziell zur Stromerzeugung genutzten Reaktortyp der Leichtwasser-Reaktorlinie, verbaut Radkau mit dem Verweis auf einschlägige Erfahrungen in den USA. Gerade »der Siedewasserreaktor, der im Laufe der 60er Jahre zunächst in den USA und danach in der BRD den angeblichen Durchbruch der Kernkraftwerke zur Rentabilität brachte, scheint sich in den letzten Jahren als Fehlschlag erwiesen zu haben.«²⁸

Vor dem Hintergrund eines 1978 veröffentlichten Berichts des US-Repräsentantenhauses, der zu dem Schluß kam, »die Kernenergie habe sich als unwirtschaftlich erwiesen« und angesichts der Störfallberichte der Gesellschaft für Reaktorsicherheit²⁹ wirkt die Fetischisierung der »technologischen und ökonomischen Rationalität« der Kerntechnik in der Argumentation gegenaufklärerischer Atom-Propagandisten schon gespenstisch.

Phraseologie und Realität: In den USA befand 1978 der damalige stellvertretende Energieminister, »die nukleare Option« sei »praktisch verschwunden«.30 Treibt der Niedergang der Atombranche ihre Verteidiger ins politische Lager der Gegenaufklärer?

5. Gewerkschaftliche Positionen in der Nuklearkontroverse

Der innergewerkschaftliche Meinungs- und Willensbildungsprozeß über Notwendigkeit, Umfang und Gefahren der Kernenergie begann zu einem Zeitpunkt, als eine mehrjährige Gewerkschaftsdebatte über den Themenzusammenhang von Umwelt-, Technologie- und Wachstumspolitik durch die Konjunkturkrise von 1974/75 faktisch beendet worden war.³¹

Der zyklische Krisenzusammenhang als Zucht- und Lehrmeister gewerkschaftlicher Entscheidungsfindung vermittelte die Kernenergie Diskussion auf doppelte Weise: Einerseits spielten die in der Problemidentifizierungsphase gewerkschaftlicher Umweltpolitik gewonnenen Erkenntnisse über den inneren Zusammenhang von Mitbestimmung, gesamtwirtschaftlicher Planung und Steuerung, qualifiziertem Wachstum und ökologischem Gleichgewicht in der Kernenergie Diskussion keine entscheidende Rolle mehr; andererseits wurde mit dem Programm staatlicher konjunktur- und beschäftigungspolitischer Krisensteuerung, in dem der forcierte Ausbau der Kernkraftwerksparks eine wichtige Rolle spielen sollte³², der Gewerkschaftsbewegung der Zusammenhang von »Kernenergie und Umweltschutz«³³ gleichsam regierungsamtlich auf die Tagesordnung gesetzt.

Spätestens auf dem 11. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB (vom 21.-27. Mai 1978 in Hamburg) erwies sich, daß die Wirtschaftskrise zwar als ungebetene »Delegierte« präsent war, aber nicht so abstimmungsmächtig wirkte, daß selbst ein veränderter gewerkschaftlicher Umwelt-Argumentationsstil die Kernenergie Diskussion noch beeinflusste.

Vergleicht man die im Mai 1978 nachweisbaren Kernenergie-Positionen innerhalb des DGB, also die des Vorstands, der Linken und der Rechten³⁴, dann läßt sich zunächst allgemein sagen, daß vor allem der verabschiedete (und damit verbindliche) Leitantrag des Vorstandes auf die gesellschaftliche Vermittlerrolle der Gewerkschaften in der Kernenergiekontroverse verweist.

Zum Abschnitt über »Kernenergie ja oder nein« liest man: »Realistischerweise muß man davon ausgehen, daß trotz Energieeinsparung, verstärkter Kohleverwendung und Entwicklung neuer Energieträger ein genereller Verzicht auf die Verwendung von Kernenergie *gegenwärtig* noch nicht möglich ist. Unter der Voraussetzung, daß die noch *offenen* Fragen *geklärt* werden, ist der Einsatz von Kernenergie unumgänglich (...). Der Einsatz der Kernenergie bringt aber auch erhebliche technische, politische und soziale Risiken.«³⁵ Deshalb forderte der DGB, daß der Einsatz von Kernkraftwerken »auf das zur Sicherung unserer Energieversorgung notwendige Maß« beschränkt werden müsse, und »daß *alle ernsthaften* Bedenken ausgeräumt sein müssen, bevor im Bereich der Kernener-

gie eine endgültige energiepolitische Entscheidung getroffen und damit ein Weg beschritten wird, der *nicht* umkehrbar ist.«³⁶

In dieser Positionsbeschreibung versuchte der DGB die zwei gegensätzlichen Klasseninteressen an der Entwicklung bzw. Verhinderung staatsmonopolistischer Atomprogramme zu vermitteln. »Realistischerweise«, also durch Akzeptanz der realen Bedingungen und Entscheidungsmöglichkeiten, die das vorgegebene Gesellschaftssystem zuläßt, scheint der Verzicht auf den Einsatz der Kernenergie nicht möglich. Andererseits werden die von der Bürgerinitiativbewegung politisierten Risiken der Kerntechnologie zur Kenntnis genommen.

Als Ergebnis des energiepolitischen Vermittlungsprozesses bestimmt der DGB seine eigene Position: Er knüpft den Einsatz der Kernenergie an vier Bedingungen, von denen inzwischen absehbar ist, daß sie mittelfristig nicht realisiert werden können:

- Entsorgungskonzept: »Die größten Unsicherheiten bestehen im Bereich des Brennstoffkreislaufs und hier insbesondere in der Entsorgung einschließlich Wiederaufbereitung und Endlagerung. Die Kernenergiewirtschaft muß verpflichtet werden, baldmöglichst ein sicheres und wirtschaftliches Entsorgungskonzept vorzulegen, dessen Kosten grundsätzlich nicht die öffentlichen Haushalte belasten dürfen.«³⁷
- Baugenehmigung: »Baugenehmigungen für neue, jetzt in Planung befindliche Kernkraftwerke sollten grundsätzlich nur dann erteilt werden, wenn der zusätzliche Energiebedarf durch Kohlekraftwerke nicht gedeckt werden kann. Der Bau weiterer Kernkraftwerke darf erst dann begonnen werden, wenn die Entsorgung sichergestellt ist.«³⁸
- Militärische Sicherheit: Bei »der Planung des Brennstoffkreislaufs von Kernkraftwerken (sind) die für die Spaltflußkontrolle notwendigen administrativen Vorkehrungen um geeignete technisch-physikalische Barrieren zu erweitern, so daß die Verwendbarkeit des spaltbaren Materials zu Zwecken der atomaren Rüstung mit höchstmöglicher Sicherheit ausgeschlossen werden kann.«³⁹
- Energiebedarfsplanung: »Die der Kapazitätsgrundlage zugrundeliegende mittelfristige Vorhersage des Bedarfs an elektrischer Energie muß den realistisch eingeschätzten Erfordernissen vollbeschäftigungsorientierter Wachstumspolitik entsprechen.«⁴⁰

Fassen wir zusammen: Der DGB ordnet die Kernenergiepolitik der Vollbeschäftigungspolitik unter, er fordert also eine Kraftwerkkapazitäts-Planung, die genügend elektrische Energie garantiert, um gesamtwirtschaftliche Vollbeschäftigung zu ermöglichen. Sollte durch weiteres Wirtschaftswachstum ein Zubau an Kraftwerken nötig werden, dann müssen dies Kohlekraftwerke sein. Können diese den steigenden Stromverbrauch nicht decken, kann über Bau- und Betriebsgenehmigungen von Kernkraftwerken nachgedacht werden. Ob sie allerdings vom Staat genehmigt werden, soll davon abhängen, ob es ein integriertes Entsorgungssystem gibt, das ökologisch, ökonomisch und militärisch gesichert

sein muß. Lassen sich die genannten Bedingungen nicht realisieren, dann fordert der DGB, um eine nicht mehr umkehrbare Entwicklung zu verhindern, den totalen Bau- und Betriebsstopp von Kernkraftwerken.

Dieser Begründungszusammenhang offizieller DGB-Kernenergiepolitik läuft faktisch auf ein Moratorium, wenn nicht sogar auf den Verzicht der Kernenergie hinaus. Zumindest ist nachweisbar, daß sich die Realisierungschancen für keines der vier Genehmigungs-Essentials bis zum Frühjahr 1980 verbessert haben: Durch die politische Gorleben-Entscheidung des Landes Niedersachsen ist die Lösung der nationalen Entsorgungsproblematik auf unabsehbare Zeit verschoben; das Ausbauprogramm für Kohlekraftwerke scheitert seit Jahren am Widerstand der Elektrizitätswirtschaft⁴¹ und der Zusammenhang von Energie-, Vollbeschäftigungs- und Wachstumsplanung ist nicht einmal wissenschaftlich geklärt.⁴²

Wenn in der Öffentlichkeit, vor allem in der Bürgerinitiativbewegung, immer wieder Irritation über die kernpolitische Position des DGB entstehen kann, dann hat dies weniger kernenergie-, sondern mehr gewerkschaftspolitische Ursachen.

Diese Ursachen sind in den »vielfältigen Dimensionen des Gewerkschaftslagers« zu suchen, in unterschiedlichen Energie-»Interessenlagen der einzelnen DGB-Gewerkschaften untereinander«, die ständig »Solidaritätskonflikte zwischen DGB-Dachverband und Einzelgewerkschaften«⁴³ provozieren. Einer der besten Kenner des Dialogs zwischen Gewerkschaften und Bürgerinitiativen um die Atomkraft, der Natur- und Sozialwissenschaftler Jörg Hallerbach, hat die innergewerkschaftlichen Probleme genauer untersucht, die sich aus unterschiedlichen Energie-Interessen der Arbeitnehmer ergeben.⁴⁴ Am Beispiel der berüchtigten Dortmunder Kundgebung (10. November 1977) wies er empirisch, und an dem des Arbeitnehmerinteresses an der Atomkraft theoretisch nach, warum und wie sich die Widersprüche zwischen Beschäftigten verschiedener Energieträger und sogar innerhalb der Atom-Industrie in den Einzelgewerkschaften und im DGB-Dachverband widerspiegeln.⁴⁵

Hinter dem Widerspruch zwischen Einzel- und Gesamtinteresse innerhalb der Gewerkschaftsbewegung verbirgt sich die heftig geführte Auseinandersetzung zwischen Vertretern zweier entgegengesetzter Energie-Strategien, die sich illustrativ als »Dortmunder« und »Gorlebener« Kernenergie-Fraktionen charakterisieren ließen. Jede Fraktion versucht, ihre Strategie auf Kosten der anderen durchzusetzen, wobei die »Dortmunder« die Kontroverse mit einem kurz- und mittelfristig argumentierenden Begründungshaushalt bestreitet (Formel: Kohle und Kernenergie), während die »Gorlebener« eine mittel- und langfristig angelegte Strategie alternativer Energiepolitik begründet (Formel: Kohle, alternative Primärenergieträger, Ökologisierung der Wirtschaftsstruktur).⁴⁶

Welche Fraktion sich schließlich durchsetzen wird, hängt nicht nur von ihrer jeweiligen Parteinarbeit in der prognostizierten Phase verschärfter sozialer Auseinandersetzungen um die Kernenergie ab, sondern auch davon, wie sich dieser

Konflikt innerhalb der Gewerkschaftsbewegung vermitteln wird, davon also, ob die Konfliktdynamik die Fraktionen stärkt, verwirft oder neue Konstellationen verursacht.

Die Frage, ob die im Vorstandsbeschuß vom Mai 1978 erarbeitete Vermittlerposition des DGB, die inner- und außergewerkschaftliche Energie-Konflikte gleichermaßen richtungsweisend politisch organisiert hat, der Phase des kalten Energiekrieges standhält, wird mithin bündnispolitisch entschieden.

Daraus folgt: Die Kolleginnen und Kollegen, die auf Durchsetzung der Vorstandslinie vom Mai 1978 dringen, müssen unterstützt und verteidigt werden. Überdies bietet diese Vorstands-Position durch ihre methodische, thematische und politische Begründungslogik für die gründliche Revision des staatsmonopolistischen Atomprogramms hervorragende Kooperationsansätze für die Intensivierung des Dialogs zwischen Bürgerinitiativen (BBU-Linie) auf der einen und Energieinken in Gewerkschaften und Parteien auf der andern Seite.

6. Zukünftige Konfliktfelder der Kernenergiekontroverse

»Die« andere Seite, die Gegenaufklärer machen keineswegs nur ideologisch mobil, sondern auch »wissenschaftlich«-politikberatend.

Die eingangs erwähnten Kölner Energiewirtschaftler spielten in ihrer »energiepolitischen Bestandsaufnahme« vier Kernenergieszenarien durch, in denen sich eine Argumentationslogik widerspiegelt, deren auffallende Ähnlichkeit mit der Problemsicht und Beweisführung der »Dortmunder« in der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialtechnokraten in der Bundesregierung kaum zufällig sein dürfte. Auch Gegenaufklärer brauchen Bündnispartner.

Ginge es nach ihnen, würden sich die thematischen Schwerpunkte in der Kernenergie-Auseinandersetzung auf zwei Problemfelder konzentrieren, von deren Lösung die energiepolitische Überwindung der Akzeptanzkrise erwartet wird: Auf die Kohlepolitik und das integrierte Entsorgungskonzept.

Die Argumentationskette, mit der die beabsichtigte DGB-Kohlepolitik hintertrieben werden soll, lautet: Geht man realistischerweise davon aus, daß der Kernenergieausbau nicht wie geplant weiter geht (Szenario I), sondern daß faktisch ein Moratoriumszustand besteht, der den Zubau weiterer Kernkraftwerke verhindert (Szenario II), dann wird die Frage interessant, was im Falle eines unbefristeten Bau- und Genehmigungsstopps für KKW passiert, wobei der Weiterbetrieb der vorhandenen Kernenergieanlagen (9000 MW) garantiert bleibt (Szenario III), bzw. wie sich ein totaler Bau- und Betriebsstopp von KKW darstellt (Szenario IV).⁴⁷

Nach Ansicht der Kölner Energiewirtschaftler ergäben sich vor allem Substitutionsprobleme, d.h. anstelle der Kernenergie müßten andere Energieträger eingesetzt werden. Da die technische Umrüstung kein Verhinderungsgrund ist (das als Kernkraftwerk gebaute Kraftwerk Zwentendorf in Österreich wird gerade zum konventionellen umgerüstet), bleibt die Frage nach den »Einsatzbrennstoffen in einer Größenordnung von fast 20 Mill. t SKE«, um »den Ausfall der

vorhandenen Kernenergieleistung auszugleichen, und bis zum Jahre 2000 ein Vielfaches (über 100 Mill. t SKE) als Ausgleich für den Ausfall der geplanten Kernenergiewerke.«

Womit wir beim Kohleproblem angelangt sind. Nun wird zwar nicht behauptet, die Kohle könne Kernenergie nicht substituieren, aber unmißverständlich gewarnt vor der Akzeptanz *dieser* Strategie: es käme unweigerlich »zu dramatischen Verknappungen auf dem (Welt-)Kohlemarkt.«⁴⁸

Und für diejenigen, denen die Treffunsicherheit internationaler Prognosen über Vorkommen, Verteilung und Verbrauch von Energie- und Rohstoffressourcen noch deutlich in Erinnerung ist⁴⁹, wird das energiemoralische Argument dargeboten, wonach sich die »zuspitzenden internationalen Verteilungskämpfe« am wirksamsten durch Ausbau der heimischen und internationalen Kernkraftwerksparks dämpfen ließen.⁵⁰ Man hätte an dieser Stelle gerne etwas über die Beiträge der Energie- und Rohstoff-Multis, die inzwischen beachtliche Teile der westlichen Kohleproduktion und -verteilung beherrschen, erfahren, weil ihnen die Zuspitzung der internationalen Verteilungskämpfe regelmäßig geschuldet ist.⁵¹

Stattdessen wechseln die Autoren übergangslos vom Mengenproblem der Kohlepolitik zur Darstellung vermuteter monetärer Auswirkungen der DGB-Substitutionsforderung. Die Absicht ist durchsichtig: Liefse sich unschwer erweisen, daß die Forderung nach zunehmendem Einsatz von Kohle zur Sicherung des vollbeschäftigungsorientierten Elektrizitätsbedarfs nicht am Mengenproblem scheitert, muß eine betriebs- und volkswirtschaftlich argumentierende Verteidigungslinie aufgebaut werden. Deren wichtigste Argumentationswaffen — durch zunehmende Verstromung der Kohle würde a) ein falscher Kraftwerkspark entwickelt (zu geringer Anteil der KKW im Grundlastbereich) und dadurch wiederum sei b) die stromintensive Produktion im internationalen Vergleich zu teuer⁵² — vermag allerdings nur noch Kuponschneider und Rentiers zu beeindrucken, denen die Rendite-, Dividenden- und Zinsratenentwicklung schon immer als einzig vorstellbare Richtlinie marktwirtschaftlicher Energiepolitik gegolten hat.

Ihre industriellen Sachwalter in der Elektrizitätswirtschaft, wie der RWE-»Tarifmacher« Günther Klätte, ließen schon vor Jahren keinen Zweifel daran, daß gerade die durch den Einsatz von Kernkraftwerken »explosionsartig« gestiegenen Strompreise als Dauererscheinung begriffen werden müßten.⁵³ Entgegen der Annahme der Kölner Energiewirtschaftler werden die Produktionskosten stromintensiver Branchen durch den verstärkten Einsatz unwirtschaftlicher Kernkraftwerke also nicht gesenkt, sondern erhöht.

Man muß demnach Energiepolitik nicht einmal als das betrachten, was sie ist, als Teil eines gewerkschaftlichen und ökologischen Strukturkonzepts⁵⁴, um einer bloß ökonomisch-technologisch verteidigten Kernenergiepolitik schnell die Basis ihrer Vernunft zu entziehen. Der DGB wird deshalb auf eine aktive Kohlepolitik im Energiesektor dringen müssen, wenn er den Verstromungsskandal,

der begann, als beispielsweise die VEW ihm ein Ende machen wollte⁵⁵, endlich im öffentlichen Interesse bewältigen will.

Der zweite Konfliktbereich, in dem über die Durchsetzung der DGB-Energiekonzeption entschieden wird, stellt sich durch das Junktim zwischen integrierter Entsorgungslösung und weiterem Ausbau der Kernenergie her.

Die Gorleben-Entscheidung des Landes Niedersachsen hatte zwar die gesellschaftliche Akzeptanzkrise der Kernenergie verstärkt, aber die wissenschaftlichen — und neuerdings sozial-liberalen hessischen — Gegenaufklärer haben inzwischen eine Akzeptanzlogik entwickelt, die nicht die atomwirtschaftlichen Ursachen gesellschaftlicher Widerstände beheben, sondern ihre technischen, ökonomischen, ökologischen und politischen Konsequenzen modifizieren soll.

Die Begründung für die entsprechende »Entscheidungsstrategie« dürfte auf absehbare Zeit zum beherrschenden Thema der Kernenergiekontroverse werden. Deshalb sei sie vollständig zitiert.

»Am sinnvollsten erscheint unseres Erachtens die Verwirklichung der folgenden Entscheidungsstrategie. Als Leitidee wird die integrierte Entsorgung nicht aufgegeben, es wird aber eine zeitliche und inhaltliche Modifikation des Konzepts angestrebt. Die Wiederaufarbeitung wird gegenüber den bisherigen Planungen fest befristet hinausgeschoben (dies würde im übrigen auch dem veränderten Kernenergieausbauteempo Rechnung tragen); gleichzeitig wird überprüft, ob nicht auch inhaltliche Änderungen (beispielsweise bezüglich der Anlagengröße: statt Wiederaufbereitungsgrößenanlage mehrere kleiner dimensionierte Einheiten) vorgenommen werden sollten. Unmittelbar sollte aber die 'rückholbare' Zwischenlagerung in Gorleben eingeleitet und diese — innerhalb des zeitlich abgestuften integrierten Konzepts — als für die Erteilung weiterer Teilerrichtungs-genehmigungen erst einmal ausreichend deklariert werden; der Nachweis vertraglicher Vereinbarungen über die Wiederaufarbeitung im Ausland müßte ebenfalls als hinreichende Vorsorge anerkannt werden. Unmittelbar einzuleiten wären die notwendigen Schritte zur Errichtung einer Endlagerkapazität, so vor allem die Erforschung des Gorlebener Salzstocks hinsichtlich der Geeignetheit als Endlager. Dieses modifizierte Entsorgungskonzept folgt einer Strategie, die wegen ihrer Flexibilität und Reversibilität die Berücksichtigung neuer technischer, ökonomischer, ökologischer und politischer Daten ermöglicht. Diese mittlere Strategie müßte als Kompromiß politisch konsensfähig und für die Energiewirtschaft akzeptabel sein.«⁵⁶

Sie ist es, zumindest für den Bundeskanzler und die Regierungschefs aller Bundesländer, die am 28. September 1979 eine Vereinbarung beschlossen, die besagt, daß anstelle der Gorlebener 1400-Jato-Aufbereitungsanlage in verschiedenen Bundesländern kleinere (350-Jato-Anlagen) »Entsorgungssysteme« gebaut werden sollen. Zum energiepolitischen Vorreiter für die Realisierung dieser Strategie hat sich die Hessische Landesregierung (SPD/FDP-Koalition) gemacht⁵⁷ — die Regierung eines Bundeslandes, in dem mehr Umweltkatastrophen in den letzten Jahren nachweisbar sind als die Regierung bewältigen konnte.

In einer FR-Notiz unter der Überschrift »CDU lobt Börner«⁵⁸ war dieser Tage zu lesen, was als abschließende Bemerkung dieses Aufsatzes gelten kann: »Zum erstenmal nach langer Zeit hat Ministerpräsident Holger Börner Lob von der Opposition bekommen. Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Gottfried Milde, bezeichnete Börners Eintreten für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage (...) als einen 'Schritt in die richtige Richtung' und bot ihm zugleich die 'energiepolitische Kooperationsbereitschaft' der Opposition an. Die CDU

werde den Ministerpräsidenten ermutigen, sagte Milde, seine Einsichten auch gegen den Widerstand der Linken in der SPD und seines Umweltministers Willi Görlach durchzusetzen. (...) Dies bedeute auch, daß der SPD-Landesvorsitzende Börner sich für eine Revision der kernenergie-feindlichen Beschlüsse seiner Parteifreunde im SPD-Bezirk Hessen-Süd einsetzen müsse.«

Wir werden es zu verhindern wissen.

Anmerkungen

- 1 Im Gegensatz zum sozialtechnokratischen Begriffsverständnis, das die Akzeptanzkrise nur als Ausdruck sozialer Widerstände gegen die Kernenergie begreift, soll dieser Begriff hier zusätzlich ausdrücken, daß nuklearindustrielle Entwicklungswidersprüche selber technologische und ökonomische Krisen verursachen. Die Kernenergie und nicht die Anti-Atombewegung hat mithin die Akzeptanzkrise verursacht.
- 2 Ulrich Steger, »Zwischenbilanz der Kernenergie Diskussion«, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, Jg.3, Heft 1 (März 19079), S.53-56.
- 3 Georg Forster, »Der Schnelle Brüter in den Argumenten der Atomindustrie«, in: Jörg Halberbach (Hrsg.), Die eigentliche Kernspaltung, Darmstadt-Neuwied 1978, S.178-200.
- 4 Steger, a.a.O. (s.o. Anm.2), S.55.
- 5 Helmut Schmidt, »Alle Energie-Optionen offenhalten«, in: Manfred Krüper (Hrsg.), Energiepolitik, Kontroversen — Perspektiven, Köln 1977, S.10.
- 6 Schmidt, ebd., S.9.
- 7 Bundesminister für Wirtschaft (Hrsg.), Energie: Bewältigung des Übergangs. Bericht der trilateralen Energie-Arbeitsgruppe an die Trilateral-Kommission, Bonn 1979, S.131.
- 8 Diese Erklärung ist nachzulesen in: Krüger (Hrsg.), a.a.O. (s.o. Anm.5), S.16f.
- 9 Vgl. Abschnitt 4 dieses Aufsatzes.
- 10 Ausführlicher über diesen Zusammenhang: Knut Krusewitz, »Der Energie-Kompromiß oder Die trinitarische Atom-Formel«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg.22, Heft 12 (Dez. 1977), S.1467-1476, hier: S.1474
- 11 »Klassen und die Freiheit«, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 302 v.29.12.1979, S.2.
- 12 Dieter Schmitt/Hans, K. Schneider/Heinz J. Schürmann, »Nach Harrisburg und Teheran: eine energiepolitische Bestandsaufnahme«, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, Jg.3, Heft 2 (Juni 1979), S.93-103, hier: S.103.
- 13 Schmitt u.a., ebd., S.103.
- 14 Publizistischer Ausdruck dieser Offensive ist die Tatsache, daß vom *Bayernkurier* über die *Welt* und *FAZ* bis in die seriöse bürgerliche Energie-Fachpresse (und umgekehrt!) die Kernenergie immer weniger mit energie-, und zunehmend mit sicherheitspolitischen Argumenten verteidigt wird. Die Verknüpfung von militärischen und atomwirtschaftlichen »Überzeugungs«argumenten in der konservativ-gegenaufklärerischen Publizistik bringt allerdings die Kernenergieproblematik, sicher ungewollt, damit genau auf ihren Punkt.
- 15 Klaus Knizia, »Stromerzeugung im Spannungsfeld zwischen Energiepolitik und Nachfrage«, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, Jg.3, Heft 4 (Dezember 1979), S.229-235, hier: S.234; daß Knizia vom Untergang der Kraftwerkhersteller und nicht von dem der Kernkraftwerkhersteller spricht, charakterisiert die Ernsthaftigkeit der Atom-Apologeten.
- 16 Manfred Wörner, designierter Verteidigungsminister einer möglichen Strauß-Regierung, »Nur die Atomenergie sichert unsere Abwehrkraft«, in: *Welt*, Nr. 9, 11.1.1980, S.7.
- 17 Beispielhaft: Lutz Mez/Manfred Wilke (Hrsg.), *Der Atomfilz. Gewerkschaften und Kernenergie*, West-Berlin 1977.
- 18 Diesen Zusammenhang von »Entlarvungstechnik« und gewerkschaftstheoretischer Verallgemeinerung präsentieren die Autoren Lutz Mez, Thomas v. Zabern, Joachim Dyllick, Dieter Kampe u. Werner Sewing in ihren Beiträgen zum »Atomfilz« (s.o. Anm.17), S.137-167.

- 19 Knut Krusewitz, »Von der Blockstation zum Kernkraftwerk. Zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der deutschen Elektrizitätswirtschaft«, in: Jörg Hallerbach (Hrsg.), Die atomare Gesellschaft, Darmstadt-Neuwied 1978, S.49-78.
- 20 Hans Michaelis, Kernenergie, München 1977, S.288.
- 21 Hans-Joachim Bieber, »Historische und politische Aspekte der friedlichen Kernenergienutzung in der Bundesrepublik«, in: Constanze Eisenbart/Georg Picht (Hrsg.), Wachstum oder Sicherheit? Beiträge zur Frage der Kernenergie, München 1978, S.19-31, hier: S.20f. Detaillierter: Helga Bufo/Jürgen Grumbach, Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979, bes. S.70-74.
- 22 Bufo/Grumbach, ebd.
- 23 Zur Verstaatlichungsdiskussion innerhalb der SPD von 1919-1977, soweit Elektrizitätswirtschaft gemeint, vgl. meinen Aufsatz zur Geschichte dieser Branche (s.o. Anm.19). Zur Gewerkschaftsdebatte: Karl Heinz Hoffmann, »Energiepolitik aus der Sicht der ÖTV«, in: Hauptvorstand der ÖTV (Hrsg.), Energie — Leistungen — Prognosen — Alternativen, Stuttgart 1972, S.21-25, hier: S.22.
- 24 George W.F. Hallgarten/Joachim Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Frankfurt a.M.-Köln 1974.
- 25 Joachim Radkau, »Die Kalkulation des Unberechenbaren. Zur Entwicklungs- und Wirkungsweise des industriellen Kernenergie-Interesses in der BRD«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg.23, Heft 12 (Dez. 1978), S.1440-1466, hier: S.1443.
- 26 Radkau, ebd., S.1449.
- 27 Radkau, ebd., S.1458f.
- 28 Radkau, ebd., S.1443f.
- 29 »Übersicht über besondere Vorkommnisse in Kernkraftwerken der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1977 und 1978«, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Umwelt, Nr. 72 (12.10.1979), S.61-92.
- 30 Radkau, a.a.O., S.1444.
- 31 Knut Krusewitz, »Konservative Umweltpolitik der Gewerkschaften?«, in: Das Argument, Jg.21, Heft 118 (Nov./Dez. 1979), S.797-808, bes. S.802f. Zuletzt: Christian Götz (HBV), »Die Gewerkschaften müssen eine aktive Umweltpolitik betreiben«, in: *Deutsche Volkszeitung*, Nr.3, 17.1.1980, S.20.
- 32 Jörg Hallerbach, »Das Arbeitnehmerinteresse an der Atomkraft«, in: ders. (Hrsg.), Die eigentliche Kernspaltung. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen im Streit um die Atomkraft, Darmstadt-Neuwied 1978, S.95-116.
- 33 Als Zusammenhang von »Kernenergie und Umweltschutz« wird seit Anfang 1977 auf DGB-Ebene die Kernenergie-debatte geführt.
- 34 Diese drei Positionen sind nachzulesen in: Bundesvorstand des DGB (Hrsg.), Angenommene Anträge und Entschlüsse des 11. Ordentlichen Bundeskongresses, Hamburg 21.-27.5.1978, Düsseldorf 1978, S.103-111.
- 35 Bundesvorstand des DGB (Hrsg.), ebd., S.104.
- 36 Bundesvorstand, ebd., S.105.
- 37 Bundesvorstand, ebd., S.105.
- 38 Bundesvorstand, ebd., S.105.
- 39 Bundesvorstand, ebd., S.107.
- 40 Bundesvorstand, ebd., S.104.
- 41 Für den Geschäftsbereich und die -politik der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW, Vorstandsvorsitzender: Klaus Knizia) wiesen Jörg Hallerbach und Ulrich de Greiff diesen auch von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite immer wieder erhobenen Vorwurf detailliert nach. Nachzulesen in ihrem Aufsatz »Die Bürgerinitiative der Bergleute«, in: Hallerbach (Hrsg.), Die eigentliche ... (s.o. Anm.32), S.152-158; über gewerkschaftliche und sozialdemokratische Kritik an der Kohle-Verhinderungspolitik der Elektrizitätswirtschaft wurde in einer Rundfunk-Gemeinschaftsproduktion von SFB/WDR/RB

- berichtet, die als »Die Großen und die Grünen« am 20.12.1979 gesendet wurde. Ms. 34 S.
- 42 Zur Kritik an der herrschenden angewandten Wirtschaftsforschung, die sich aufgrund ihrer methodologischen Verfassung als unfähig erweist, diesen Zusammenhang praxisrelevant darzustellen, vgl. die hervorragende Analyse Robert A. Dicklers: »Atomenergie und Arbeitsplätze. Zum Mythos des Zielkonflikts Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Umweltschutz«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg.22, Heft 9 (Sept. 1977), S.1075-1094.
- 43 Rolf Seitzzahl, Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt. Von einer quantitativen Tarifpolitik zur umfassenden Verteilungspolitik, Frankfurt a.M.-Köln 1976, S.98ff.
- 44 Vgl. dazu vor allem seinen bereits erwähnten Aufsatz (s.o. Anm.32) sowie seine Gesprächsprotokolle, als »Sicher leben — sicher arbeitslos? Die Kernenergie in der Diskussion betroffener Kollegen« in dem genannten Band erschienen: S.128-149.
- 45 Jörg Hallerbach, Die eigentliche..., a.a.O. (s.o. Anm.32), S.54-59 und 108-116.
- 46 Beispielhaft reflektieren sich die Positionen beider »Fraktionen« in den Anträgen 106 (»Dortmunder«) und 107 (»Gorlebener«) auf dem DGB-Bundeskongreß vom Mai 1978. Nachzulesen in: Vorstand (Hrsg.), Angenommene ..., a.a.O. (s.o. Anm.34), S.108-111.
- 47 Dieter Schmitt u.a., a.a.O. (s.o. Anm.12), S.98.
- 48 Schmitt u.a., ebd., S.99.
- 49 Zuletzt: M. Massarat, »Ist die Erde endlich? Kritik der Thesen des Club of Rome«, in: Das Argument, Jg.21, Heft 118 (Nov./Dez. 1979), S.819-829.
- 50 Schmitt u.a., a.a.O. (s.o. Anm.12), S.102f.
- 51 Beispielhaft: Christopher Tugendhat, Erdöl. Treibstoff der Weltwirtschaft — Sprengstoff der Weltpolitik, Reinbek 1972; Jean-Marie Chevalier, Energie — die geplante Krise, Frankfurt a.M. 1976 sowie Jungsozialisten (Hrsg.), Reden erst die Völker selber. Zur entwicklungspolitischen Strategie, o.O., o.J. (West-Berlin-Bonn 1976).
- 52 Schmitt u.a., a.a.O. (s.o. Anm.12), S.99.
- 53 Günter Kemmer, »Strompreise: Immer schneller höher« in: Zeit, Nr. 47, 25.11.1977, S.10.
- 54 Ansätze eines gewerkschaftlich orientierten energiepolitisch fundierten Strukturkonzepts finden sich bei Robert a. Dickler (s.o. Anm.42) und bei Harald Legler/Eberhard Jochem, »Der Zusammenhang zwischen Energieverbrauch, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 22, Heft 3 (März 1977), S.270-285. Ein ökologiepolitisch begründetes Energiekonzept legte kürzlich das Freiburger Öko-Institut vor: F. Krause, Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl, Freiburg 1979.
- 55 Vgl. dazu die Fallstudie von Hallerbach/de Greiff (s.o. Anm.41).
- 56 Schmitt u.a., a.a.O. (s.o. Anm.12), S.101.
- 57 Man lese dazu das Plädoyer des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik, Heinz-Herbert Karry (FDP), das unter dem bezeichnenden Titel »Für eine Wiederaufbereitung in Hessen« in der FAZ Nr. 6, 8.1.1980, S.9f., erschien. Man würde seiner Versicherung, wonach ihm »Vernunft und Verantwortung« geböten, die Voraussetzungen für die Wiederaufbereitungsanlage »in aller Öffentlichkeit« mit allen Beteiligten »zu prüfen« gern Glauben schenken. Nur: Wie hoch ist die Vernunft des Wirtschafts- und Technikministers vor dem Hintergrund der Erfahrungen einzuschätzen, die die bundesdeutsche Öffentlichkeit im Zusammenhang mit seiner »Wiederaufbereitung« bayerischer Kapitalinteressen in Hessen in den Jahren 1973 bis 1977 zur Kenntnis nehmen konnte? Damals war er nicht einmal in der Lage, den Zusammenhang von Kapitalinteresse, Papiertechnologie und Umweltschutz wirtschaftspolitisch so zu prüfen, daß er der Öffentlichkeit ein problemadäquates Bild darbieten konnte. Und damals ging es nur um eine Papier- und nicht um eine Atom-Fabrik! Über den Hintergrund informieren Knut Krusewitz/Walter Erb, »Aufstieg und Fall der Starlight-Fabriken — eine Papier-Burleske. Sind Minister Karry und das Land Hessen die Gehörnten?« in: Frankfurter Rundschau, Nr. 133, 11.6.1977, S.5.
- 57 Frankfurter Rundschau, Nr. 14, 17.1.1980, S.19.

Die Kernenergie Diskussion auf dem Bundesparteitag der SPD und ihre Konsequenzen für die Partei-Linke

Das politische Spannungsfeld, in dem sich die Parteiführung und der Parteitag in der Kernenergieauseinandersetzung bewegten, war nicht neu. Bereits auf dem Hamburger Parteitag 1977 hatte man durch eine energiepolitische Kompromißformel versucht, der ständig steigenden Anti-AKW-Stimmung in der Bevölkerung und der Parteimitgliedschaft sowie dem ökonomischen und politischen Druck der Atom-Industrie Rechnung zu tragen. Der Berliner Parteitag fand jedoch unter zwei wichtigen veränderten politischen Bedingungen gegenüber dem vorhergegangenen Parteitag statt, die seine Brisanz beträchtlich erhöhten. Die erste wurde im Leitantrag des Parteivorstandes selbst formuliert: »Die Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle bzw. ihrer Bearbeitung oder die Art der Wiederaufarbeitung ist auf erhebliche, noch nicht ausgeräumte Sicherheitsbedenken gestoßen.«¹ Dieses Ergebnis des Gorleben-Hearings und seine Vorgeschichte gefährdete vom sicherheitspolitischen Standpunkt den gesamten weiteren Ausbau der Kernenergie oder könnte ihn um Jahre oder Jahrzehnte verzögern. Die zweite veränderte Bedingung war die bevorstehende Bundestagswahl mit einer Offensive der extremen Rechten und der möglichen Gründung einer grünen Partei auf Bundesebene, die die parlamentarischen Mehrheiten der sozial-liberalen Koalition erheblich gefährden konnten. Verlauf und Ergebnis der Kernenergie Diskussion auf dem Bundesparteitag und seine öffentlichen Auswirkungen könnten daher entscheidenden Einfluß auf zukünftige politische Kräftekonstellationen in der Bundesrepublik haben. Wie reagierten die Parteiführung und die Delegierten auf diese Situation?

Prüfstein: Entsorgung

Der vom Parteivorstand vorgelegte Leitantrag knüpfte an die Hamburger Kernenergie-Kohle-Kompromißformel an und formulierte folgende Eckwerte sozialdemokratischer Energiepolitik:

- »Grundrichtung« weg vom Öl,
- entschiedene Anstrengungen zur besseren Nutzung und Einsparung von Energie,
- vorrangige Erschließung neuer Energiequellen (z.B. Sonne, Wind, Erdwärme, Biogas),
- Vorrang der heimischen Kohle in der Wärmeversorgung und bei der Stromerzeugung,
- weitere Nutzung der Kernenergie nur subsidiär zur Kohle und nur unter genau umrissenen Bedingungen.«²

Mit diesen Inhalten und ihrer Reihenfolge kam man den Kernkraftgegnern unter den Delegierten entgegen, die eine grundsätzliche Umorientierung in der

Energiepolitik forderten in der Perspektive eines stufenweisen Ausstiegs aus der Kernenergie. Daß es aber um die Durchsetzung einer genau entgegengesetzten Politik ging, die den weiteren Ausbau der Kernenergie in erheblichem Umfang zum Ziel hatte, wurde in der festgeschriebenen Position im Leitantrag zur Entsorgungsfrage deutlich. Auf die erheblichen und »noch nicht ausgeräumten Sicherheitsbedenken« war im Leitantrag selbst hingewiesen worden. Hatte man in Hamburg trotz des damals verbreiteten Glaubens an die technische Möglichkeit einer sicheren Entsorgung ein Junktim formuliert, das einen weiteren Ausbau der Kernenergie an sichere Entsorgungsbedingungen koppelte, hieß es nun im Berliner Antrag: »Die Lösung dieser für die Nutzung der Kernenergie zentralen Frage wird (wegen der Sicherheitsbedenken, d. Verf.) eine längere Zeit beanspruchen und zunächst auf *Zwischenlösungen* (Herv.d. Verf.) angewiesen sein.«³ Damit war die »Katze aus dem Sack«. Das von den Kernkraftbefürwortern in der Diskussion vertretene Prinzip »Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit« verkam auf diesem Hintergrund zur rein taktischen und verbalen Akklamation, um eine Politik der Anpassung an die Gewinnmaximierungsstrategien der Energieunternehmen zu kaschieren, die auf die Sicherheit der Bevölkerung keine Rücksicht nehmen. »Wir haben jetzt ungefähr 10000 Megawatt im Netz. Es geht um die Betriebsgenehmigung von weiteren 10000 Megawatt. Was hier geplant ist, bedeutet 15000 t atomaren Mülls, bis zum Jahr 2000 kumuliert. So der Bericht der Staatssekretäre. Wer das alles zulassen will, ohne die Frage der Entsorgung geklärt zu haben, handelt für mich verantwortungslos.«⁴ Zu diesem harten Vorwurf des Genossen Lafontaine (Saar) fügte der Genosse Spöri (Baden-Württemberg) richtig hinzu: »... ihr nehmt mit dieser Bereitschaft, die Entsorgungsjunktum-Beziehung des Hamburger Beschlusses wegzunehmen, den Druck von den Energieversorgungsunternehmen, zusätzliche Kohlekraftwerke zu bauen.«⁵ Und das war ja auch der Zweck des Berliner Antrages, wie der Genosse Eppler nachdenklich feststellte: »Eigentümlich ist doch, daß dieser Antrag in der Öffentlichkeit als grünes Licht für den Bau von Kernkraftwerken verstanden wird.«⁶

Kernenergie, Wachstum, Arbeitsplätze — oder: die antigewerkschaftliche und irrationale Haltung der Kernkraftkritik

Die Politik des Parteivorstandes, am Ausbau der Kernenergie trotz erhöhter Sicherheitsbedenken in der Entsorgungsfrage festzuhalten, die ursprünglichen Sicherheitsanforderungen sogar erheblich zu reduzieren, und damit dem Druck der Atomindustrie nachzugeben, mußte die Legitimationskrise der Partei gegenüber Teilen ihrer Wählerschaft verstärken. Bereits die verklausulierte Einbettung der Kernenergiepolitik in eine energiepolitische Gesamtkonzeption, die den positiven Vorschlägen der Kernkraftkritiker breiten Raum gab, zeigte, daß man versuchte, eine Integrationsstrategie zu entwickeln. Die Breite des Widerstandes sowohl außerhalb wie innerhalb der Partei erlaubte es nicht, die entwickelte Kritik zu ignorieren. Denn auch der Kanzler hatte in seiner Rede festgestellt: »... die

friedliche Nutzung der Kernenergie (kann) auf die Dauer nicht ohne breite Zustimmung der öffentlichen Meinung erfolgen.«⁷ Um diese öffentliche Meinung zu erhalten, war es aber nicht nur notwendig, Integrationsangebote an die Atomenergiegegner zu richten, da dies ja zumindest die partielle Anerkennung ihrer Position bedeutete, sondern es bedurfte auch der positiven und negativen Abgrenzung.

Die positive Abgrenzung bestand in der inhaltlichen Argumentation pro Kernenergie, die auf dem Parteitag in unterschiedlichen Variationen vorgeführt wurde: Die starke Importabhängigkeit der Bundesrepublik in der Rohstoffversorgung birgt aufgrund politischer Entwicklungen in der Dritten Welt viele Risiken für eine sichere Energieversorgung in der Zukunft in sich. Da Energieeinsparungen insbesondere in der Stromversorgung kaum möglich sein werden, muß sich eine national unabhängigere Energiepolitik vorrangig auf die einheimische Kohle, ergänzt durch Kernenergie primär zur Stromerzeugung, stützen. Nur auf dieser Grundlage können in Zukunft wirtschaftliches Wachstum und damit Arbeitsplätze erhalten bleiben und der soziale Fortschritt gesichert werden. Die Erfolgsformel hieß also: (Kern-)Energie — Wachstum — Arbeitsplätze.

Neben dieser inhaltlichen Argumentation trat gegenüber den Atomenergiegegnern eine negative, psychologisierende Abgrenzungsstrategie, die dieser Position letztendlich ihre Rationalität absprechen wollte. Der Kanzler billigte den Kernkraftkritikern »berechtigte Ängste« zu, die man nicht etwa durch eine andere Energiepolitik, sondern durch »verständliche Sprache und Gedankenführung« beheben könnte. Noch deutlicher wird diese *Psychologisierung* des Problems bei den Ausführungen von Holger Börner:

»Ich sehe mit großem Respekt, wie sich Erhard Eppler und andere bemühen, auf Fragen einzugehen, die sich in Teilen unserer jungen Generation stellen. Ich nehme diese Fragen ernst und behaupte nicht, auf alle fertige Antworten zu besitzen. Ich habe auf unserem Landesparteitag in Hessen vor vierzehn Tagen gesagt: 'Wir müssen wohl lernen, auf solche Fragen wohl auch da einzugehen, wo sie nach unserer Auffassung nicht ganz richtig gestellt werden.' Ich habe hinzugefügt, daß solche neuen Fragen nicht nur neue Antworten erfordern könnten, sondern auch eine andere Sprache. Ich weiß, daß diese Sprache Erhard Eppler in besonderem Maße zu Gebote steht und bin dafür dankbar.«⁸

Es ist in der Tat nicht nur eine sprachliche Meisterleistung von Holger Börner, wie hier die Kernkraftkritik auf ein Generations- und Kommunikationsproblem verschoben wird, sondern wie mit Engelszungen diese Verkürzung und der damit unterstellte mangelnde Rationalitätsgehalt der Kernenergiekritik von der außerparteilichen Opposition an die innerparteiliche weitergegeben wird. Denn wer — wie anders als mit seiner Sprache — auf »nicht ganz richtig gestellte Fragen« Antworten gibt, kann wohl von der Richtigkeit seiner Antworten ausgehen? Und jeder Genosse weiß ja, welche Antworten der Genosse Eppler auf Probleme der Kernenergie gibt: Die Politik der Kernkraftgegner in der SPD erhält damit allein eine »sozialpädagogische« Funktion gegenüber kritischem Wählerpotential und legitimiert sich nicht etwa durch ihre Inhalte als sozialdemokratisch.

Wie überzeugend mußte im Gegensatz dazu die Rationalität der eigenen Argumente erscheinen, die die harten energiepolitischen Realitäten ohne ideologische Verklärungen erfaßt, selbst wenn sie sich auf die gesellschaftlichen Irrationalitäten bestehender kapitalistischer Produktionsverhältnisse gründen. Nach der Würdigung des Genossen Eppler fuhr Holger Börner daher entsprechend der kernenergiepolitischen Kurzformel fort:

»Zugleich nehme ich aber in Anspruch, ein offenes Ohr auch für die Fragen zu haben, die die Arbeitnehmer uns stellen, die uns den Auftrag gegeben haben, *getreu unseren Traditionen* (Herv.d.Verf.) für sichere Arbeitsplätze und eine bessere Verteilung der Lebenschancen zu kämpfen. Ich kann und will diese Frage nicht überhören. Es ist für mich ein wichtiger Hinweis, daß die Gewerkschaften und auch unsere eigene Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen sie genauso formuliert.«⁹

Der damit dargestellte Zusammenhang zwischen Energieversorgung und Arbeitsplatzsicherheit beruht zwar auf der Binsenwahrheit, daß die ausreichende Versorgung mit Energie eine entscheidende Voraussetzung des Wirtschaftsprozesses ist, doch war wohl das Arbeitsplatzproblem der Bundesrepublik in der Vergangenheit eher den Rationalisierungs-, d.h. Gewinnmaximierungsstrategien des Kapitals und damit verbundenen Krisenerscheinungen geschuldet als mangelnder Energieversorgung.

Diese Tatsache versprach auch vorerst in der Zukunft keine Änderung. Da aber die herrschenden ökonomischen Verhältnisse noch allemal die Köpfe von SPD-Parteitag delegierten beherrschen, hatte das Arbeitsplatzargument durchschlagende Wirkung im Begründungszusammenhang pro Kernenergie.

Mit dieser Argumentation wurde das Votum für die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht nur einfach im Rahmen kapitalistischer Logik rational und sozial legitimiert, sondern man erhielt für diese Politik *die breite Legitimation*, die einem die Anti-AKW-Bewegung streitig machte. Angesichts der Arbeitsplatzproblematik, die heute die breite Masse der abhängig Beschäftigten erfaßt hat, müssen sich die Ziele der Kernkraftgegner geradezu als egoistische und bornierte Sonderinteressen ausnehmen, wenn sie die Arbeitsplatzsicherheit gefährden. Diesen Gegensatz griff auch der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter in seiner Begrüßungsrede an den Parteitag auf:

»Die Gewerkschaften sind der Meinung — und es handelt sich um Beschlüsse unserer höchsten Wahlorgane, wie sie im Aktionsprogramm niedergelegt wurden —, daß auf die friedliche Nutzung der Kernenergie gegenwärtig nicht verzichtet werden kann. Niemand, der für eine radikale Abwehr von Atomenergie plädiert, hat uns bisher schlüssig erklärt, wie wir unter anderen, die damit verbundenen Arbeitsplatzprobleme bewältigen könnten.«¹⁰

Auch die anschließende Forderung nach hoher technischer Sicherheit beim Reaktorbetrieb ändert nichts an dem politischen und Legitimationsdruck, der damit für die Kernkraftgegner des Parteitages aufgebaut war, nach dem Motto: Zeige mir, für welchen Energieantrag du bist, und ich sage Dir, ob Du ein guter Gewerkschafter bist. Stillschweigend trat damit zu dem Vorwurf der Irrationalität gegenüber den Kernkraftgegnern — nicht nur in der Partei — noch der der antigewerkschaftlichen Haltung. Mit dieser Argumentationsstrategie war bereits

eine Vorentscheidung über die Kräfteverhältnisse auf dem Parteitag gefallen. Durch das Bündnis zwischen Kernkraftbefürwortern und Gewerkschaftern sollte der Leitantrag des Parteivorstandes auf dem Parteitag durchgesetzt werden. Wie reagierten nun die Kernkraftgegner unter den Delegierten auf diese Diskussionsstrategie und -taktik und die Bündniskonstellation, mit der das Atomprogramm der Bundesregierung durchgesetzt werden sollte?

Technik- und Wachstumskritik statt Kapitalismuskritik

Dem taktisch unterstellten Vorwurf der Irrationalität versuchte die Parteilinke dadurch zu entgehen, daß sie besonders die Rationalität ihrer Argumente unterstrich. Man diskutierte »aus der Sache heraus« und das bedeutete die Widerlegung der Kurzformel: Kernenergie — Wachstum — Arbeitsplätze. Erscheint diese Strategie auch in Hinblick auf die Bündnispolitik des Parteivorstandes einsichtig, so betrat man das Feld der Auseinandersetzung genau dort, wo die Kernkraftbefürworter es wollten. Es wird zu zeigen sein, daß gerade diese Einlassung eine erhebliche Argumentationsschwäche für die eigene Position bedeutete.

Da die Begründung für den Ausbau der Kernenergie unter anderem mit einer möglichen Unterversorgung im zukünftigen Strombedarf begründet wurde, spielte die Diskussion um die Bedeutung von Energieprognosen eine erhebliche Rolle. Daher riet der sonst so weit blickende Kanzler bereits am 2. Verhandlungstag in seinen grundsätzlichen Ausführungen, auf alle Energieprognosen aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit zu verzichten und wollte nach dem Motto »sicher ist sicher«, lieber ein Kraftwerk mehr als eines zu wenig bauen. Diese Argumentation lag bereits dem Bericht der Energiepolitischen Kommission für den Parteitag zugrunde, in der festgestellt wurde: »Die Kommission ist sich einig in der Erkenntnis, daß es keine exakte und verbindliche Prognose der Entwicklung des Bedarfs, der Produktion und des Verbrauchs an Primärenergie oder Strom in den nächsten 20 Jahren geben kann.«¹¹ Ein Teil der Kommission kam trotzdem auf der Grundlage bisheriger Energiebilanzen zu dem Schluß: »... daß zur Deckung eines weiterhin — wenn auch weniger schnell — steigenden Strombedarfs auf absehbare Zeit auf die Nutzung der Kernenergie *voraussichtlich* nicht verzichtet werden kann.«¹² Die Kritik an dieser Auffassung, die ebenfalls im Kommissionsbericht festgehalten war, wurde von Erhard Eppler nochmals im Plenum formuliert:

»Jede Energieprognose, auch und gerade wenn sie sich wissenschaftlich oder technokratisch gibt, enthält politische Vorentscheidungen, einen politischen Willen. Die Stromzuwachsrate sind kein Naturgesetz. Wenn der zukünftige Strombedarf die Bauentscheidung über neue Kernkraftwerke prägen soll, dann werden wir die politische Entwicklung nur noch prägen können, indem wir die möglichen Handlungsspielräume in der Beeinflussung des Strombedarfs nutzen.«¹³

Die Linke trat also gegen eine Anpassung an existierende Bedarfsentwicklungen mit der Forderung nach dem Primat der Politik an, das hauptsächlich durch rationelle Ausnutzung bestehender fossiler Energieträger (z.B. durch Reduzie-

rung von Umwandlungsverlusten) und Energieeinsparungen (z.B. durch Wärmedämmung oder energiesparende Haushaltsgeräte) unter Beweis gestellt werden sollte. Parallel seien neue Energiequellen technisch zu erschließen, die in Zukunft an die Stelle sowohl endlicher fossiler Energieträger als auch kurzfristig der Kernenergie treten könnten. Da die natürlichen und sozialen Lebensbedingungen der Menschen aber nicht allein durch die stoffliche Substanz der Kernbrennstoffe gefährdet sei, sondern auch durch die Großtechnik »an sich«, sollten umweltfreundliche Energiequellen dezentral organisiert werden. Nur dadurch würde die Energieerzeugung durch die Menschen beherrschbar sein.¹⁴

Ausgehend von dieser Position entwickelte die Parteitageopposition ihre Kritik am Verhältnis zwischen Energiepolitik und wirtschaftlichen Wachstum, wie es von den Kernkraftbefürwortern unterstellt wurde.

»Eine Energiepolitik, die sich auf dezentrale, womögliche sanfte Technologien der Energiegewinnung und des Energiesparens konzentriert, argumentiert nicht mit Wachstumsraten, sondern unmittelbar mit der Lebensqualität des Bürgers. (...) Es geht also nicht um die Frage, ob wir Wachstum wollen oder nicht, sondern es geht darum, ob Wachstum des Bruttosozialproduktes unser Ziel ist, wobei wir dann nachträglich feststellen, was an besserer oder schlechterer Lebensqualität dabei herauskommt, ... oder ob bessere Lebensqualität unser Ziel ist und wir nachträglich feststellen, was dabei in der Statistik an Wachstumsraten anfällt. Das ist der entscheidende Unterschied.«¹⁵

Mit diesem Plädoyer für eine Energiepolitik als Bestandteil eines »humanen Wachstums«, in der auf Kernenergienutzung verzichtet werden kann, war auch der Boden bereitet, dem Arbeitsplatzargument und der damit den Kernkraftkritikern unterstellten antigewerkschaftlichen Haltung entgegenzutreten. »Eine Energiepolitik, die langfristig prognostizierte Zuwachsraten des Energieverbrauchs durch großtechnische Anlagen, vor allem Kernkraftwerke, zu decken versucht, ist äußerst kapitalintensiv. Eine Energiepolitik, die kurz- und mittelfristig den Akzent auf Energieeinsparung, langfristig auf dezentrale erneuerbare Energiequellen legt, ist wesentlich arbeitsintensiver.«¹⁶ Damit war begründet, daß auch die Kernkraftgegner ihre alternative Energiekonzeption an beschäftigungspolitischen Maßstäben ausrichteten, deren arbeitsmarktpolitische Effekte sogar höher bewertet wurden als bei einem weiteren Ausbau der Kernenergie.

Trotz dieser betuernden Worte vermochten die Kernkraftkritiker mit ihrer Gegenargumentation nicht recht zu überzeugen. Waren diese Argumente nicht alle Spekulationen, obwohl sie die kernenergiepolitische Kurzformel in ihrer Unzulänglichkeit durchaus glaubhaft kritisiert hatte? Die entwickelte Technik- und Wachstumskritik mit der Forderung nach Alternativkonzeptionen ohne Kernenergie löste ein Problem nicht, das die Kernkraftbefürworter in dieser Art nicht hatten und das der Genosse Scherf mit der Frage formulierte: »Wie kriegen wir das nun hin?«¹⁷ Dazu stellte er fest: »Es ist unübersehbar, daß wir uns bei den Energieversorgungsunternehmern bis heute in einem Kreis von Menschen befinden, die sich in allererster Linie — das ist auch die betriebswirtschaftliche Logik — um ein Mehr an Ausstoß und Umsatz bemühen. Es ist der Ehrgeiz jedes Betriebswirtes, jedes Unternehmers, Jahr für Jahr den Umsatz zu erhöhen.«¹⁸ Mit

diesen Ausführungen kündigt sich eine Kritik an, die offensichtlich weitergehender war, als die bis dahin vorgetragene. Obwohl stark personifiziert, weist sie doch auf die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten hin, denen in unserer Gesellschaftsordnung auch die Energiewirtschaft unterworfen ist. Aber statt diesen Gedanken weiter zu entwickeln, fährt Scherf fort: »Nach meiner Auffassung ist dafür (eine Energiepolitik nicht im privatkapitalistischen Gewinninteresse, d.Verf.) entscheidend, daß wir nicht über die *Erzeugung* der Energie allein reden, sondern auch über die *Dienstleistungen* (Herv.d.Verf.) sprechen, für die das alles veranstaltet werden muß. (...) Wir müssen erreichen, daß nicht die Erzeuger, sondern endlich auch die Verbraucher, die Arbeitnehmer, diejenigen, die auf die Energie angewiesen sind, das Sagen bekommen.«¹⁹ Kann man dem letzten Satz sicher vorbehaltlos zustimmen, so erinnert doch die Gesamtargumentation des Genossen Scherf an den Sturmlauf eines Fußballspielers, der im gegnerischen Elfmeterraum bereits Verteidiger und Torwart überspielt hat und den Ball danach mit Wucht über die Seitenlinie schießt. Wie bekommen denn nun die Verbraucher und die Arbeitnehmer das Sagen in der Energiepolitik? Dadurch, daß man über die Dienstleistung Energie diskutiert? Im Bericht der Energiepolitischen Kommission wird im Gegensatz zu dieser Argumentation treffend festgestellt: »Nach wie vor entscheiden die Unternehmer nach ihren einzelwirtschaftlichen Rentabilitätsüberlegungen, welche Investitionen getätigt werden und welche nicht. Die energiepolitischen Notwendigkeiten werden dabei von ihnen nur sehr begrenzt berücksichtigt.«²⁰ *Dieses Problem nicht in das Zentrum der Auseinandersetzung auf dem Parteitag gerückt zu haben, machte die Schwäche der linken Kritik auf dem Parteitag aus.* Solange die Energieunternehmen in die ökonomische Logik kapitalistischer Verwertungsinteressen mit ihrer Ware »Energie« eingebunden sind, werden Sparprogramme, alternative Technologien und Arbeitsplätze allein unter Kapitalverwertungsgesichtspunkten bewertet. Eine geplante und gesteuerte Energiepolitik — wie sie die Linke letztendlich fordert —, ist daher nur unter veränderten Eigentumsverhältnissen und nach einem Bruch mit der Logik des Kapitals möglich. Solange dies nicht geschieht, ändert auch kein Sozialdemokrat oder Gewerkschafter im Vorstand eines Energieunternehmens etwas an der herrschenden Energiepolitik. Da diese ökonomische Machtfrage nicht thematisiert wurde, wirkte der Kanzler mit seinen Argumenten pro Kernenergie allemal überzeugender. Er mußte nicht gegen die kapitalistische Logik reden, sondern er argumentierte mit ihr. Natürlich ist es richtig, daß unter den gegebenen ökonomischen Verhältnissen durch kapitalistische Investition in der Kernenergieindustrie Arbeitsplätze geschaffen werden — ebenso wie sie wieder vernichtet werden. Diesem Problem wird man nicht Herr, wenn man beteuert, die Produktion »sanfter Technologien« erfordere auch Arbeit. Und da — wie bereits gesagt — die herrschenden Verhältnisse weitgehend die Köpfe auch von SPD-Parteitagsgedelegierten beherrschen, wirkte die verkürzte Kritik an der Kernenergie hilflos gegen die »Macht des Faktischen«.

Darüber hinaus hätte eine Einordnung der Kernenergie Diskussion nicht nur in

die grundlegende Problematik kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten, sondern auch in die aktuellen ökonomischen und politischen Interessen des Kapitals die Parteitagsdiskussion den unmittelbaren Realitäten der Klassenauseinandersetzungen ausgesetzt, was nicht so eine elegante Verabschiedung des Leitantrages des Parteivorstandes ermöglicht hätte, wie es auf dem Hintergrund der Technik- und Wachstumskritik möglich war.

Exkurs: Nukleartechnologie, Kapitalinteressen und Widerstand

Die Auseinandersetzung um die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik wird meist im Namen des Umweltschutzes geführt, doch der reale Interessenkonflikt geht erheblich über diesen Problembereich hinaus. Die Fortentwicklung der Nukleartechnologie ist aus der Sicht ihrer Befürworter eine der wesentlichen Voraussetzungen für das westdeutsche Kapital, um seine bisher erfolgreiche ökonomische Expansion im OECD-Maßstab auch für die Zukunft abzusichern. Dazu kommen politische Interessen an der Nukleartechnologie, die in der öffentlichen Diskussion wohl aus guten Gründen kaum berücksichtigt worden sind, aber für die Expansionsinteressen des Kapitals und damit für die Politik der Rechtskräfte eine wesentliche Rolle spielen. Prof. Frank Barnaby, Direktor des Stockholmer Instituts für Friedensforschung, begründete seine Bedenken gegen eine Wiederaufbereitungsanlage für verbrauchte Brennelemente in der Bundesrepublik auf dem Gorleben-Hearing wie folgt: »Der Bau einer Aufarbeitungsanlage im Besitz der Bundesrepublik Deutschland würde unvermeidlich den Verdacht erzeugen, daß zumindest ein Ziel der Anlage darin besteht, der Bundesrepublik die Möglichkeit an die Hand zu geben, Kernwaffen für eine nationale Atommacht herzustellen.«²¹ Wie begründet diese Überlegungen sind, wird z.B. an den programmatischen Erklärungen des Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß deutlich, der ohne alle Umschweife die Forderung nach der Errichtung einer nationalen Atommacht in der Bundesrepublik erhebt, um militärisch gegenüber den USA zu einer Eigenständigkeit zu gelangen, die auf ökonomischem Gebiet bereits erkämpft wurde. Die Nukleartechnologie ist daher ein entscheidendes Kalkül in der nationalen Großmachtstrategie des bundesrepublikanischen Kapitals und der Rechtskräfte.

Diese Politik im Bereich der Nukleartechnologie ist in den letzten Jahren nicht in erster Linie auf den Widerstand von Organisationen und Bewegungen gestoßen, die der Arbeiterbewegung zuzurechnen sind. Der Widerstand wurde von Bevölkerungsteilen organisiert, denen die Sicherheitsrisiken der Nukleartechnologie durch den Bau von Kernkraftwerken in ihrer unmittelbaren Umgebung lebensbedrohlich erschienen. Dieses Widerstandspotential, das inzwischen zu einer breiten Anti-AKW-Bewegung innerhalb der Bundesrepublik vereinigt ist und im Zeichen der Sonne zur internationalen Protestbewegung gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie gehört, hat bisher die oben skizzierte Politik des Kapitals erheblich gestört und behindert. Obwohl diese Bewegung aufgrund ihrer sozialen Basis, die z.B. große Teile der fortschrittlichen bürgerlichen Intelli-

genz und der bäuerlichen Bevölkerung umfaßt, keine Klassenbewegung ist, die in ihrer Bündnisbreite bewußt sozialistische Zielsetzungen verfolgt, hat sie neben den ökonomischen Kämpfen der Gewerkschaft den größten Widerstand gegen die Durchsetzung von Kapitalinteressen zu Lasten der Bevölkerung geleistet. Die politische Bedeutung der Anti-AKW-Bewegung als integraler Bestandteil der Ökologie-Bewegung erhöht sich noch dadurch, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe gegen das Kapital über die Sozialdemokratie im politisch-parlamentarischen Raum keinen entsprechenden Ausdruck mehr finden. Insbesondere in der Regierungsverantwortung verzichtet die Sozialdemokratie auf eine klassenspezifische Politik im Interesse der gewerkschaftlich Organisierten. Gegenüber anderen westeuropäischen Ländern, in denen die Klassenauseinandersetzungen höher entwickelt sind und von starken kommunistischen und sozialistischen Parteien getragen werden, fällt der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik eine besondere Funktion zu. Die angepaßte Politik der Sozialdemokratie einerseits und die gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit kommunistischer Parteien andererseits erlauben es dieser Bewegung, sich als die alleinige »systemkritische« Bewegung darzustellen, die zusätzlich auf der parlamentarischen Ebene zu der einzigen Oppositionspartei gegen die herrschenden »etablierten« Verhältnisse und Parteien wird, wo sie sich als Partei formiert. Für die bestehenden Parteien ist diese Entwicklung zu einer tiefen Legitimationskrise geworden, die sie in ihrer parlamentarischen Machtausübung beeinträchtigen. Insbesondere die SPD ist mit ihrer Unterstützung für den Ausbau der Kernenergie von dieser Legitimationskrise betroffen, die sie einerseits bereits bei den bevorstehenden Bundestagswahlen die Regierungsverantwortung kosten kann und die andererseits innerhalb der Partei zu einer breiten Opposition gegen das Atomprogramm der Bundesregierung geführt hat. Trotz aller Erfolge der Anti-AKW-Bewegung fällt der SPD in der sozialen Auseinandersetzung um die Kernenergie nach wie vor eine besondere Bedeutung zu. Geht man von der oben vertretenen These aus, daß den Kapitalinteressen in der Bundesrepublik in der gegenwärtigen Phase der größte Widerstand von den Gewerkschaften und der Anti-AKW-Bewegung entgegengebracht wird, so stellt sich natürlich die Frage nach dem Verhältnis der Bewegung zueinander. Daß die Chancen der »friedlichen« Nutzung der Kernenergie im Interesse des Kapitals in der Bundesrepublik erheblich sinken würden, wenn auch die DGB-Gewerkschaften sich eindeutig gegen diese Politik stellen würden, liegt auf der Hand. Da die Sozialdemokratie nach wie vor in der Gewerkschaftsbewegung stark verankert ist, gleichzeitig aber auch ein starkes Potential von Kernkraftgegnern umfaßt, lag eine der wichtigsten politischen Bedeutungen des Berliner SPD-Parteitag in der Frage, welches Verhältnis zwischen diesen beiden Bewegungen zum Ausdruck kam.

Wie weiter?

Die Atomkraftgegner waren auf dem Parteitag im Verhältnis 40:60 unterlegen. Ursache dieser Niederlage war die in der Diskussion deutlich gewordene

Spaltung zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und Kernkraftgegnern, die vom Parteivorstand in nur jeder erdenklichen Weise gefördert wurde. Fragt man nach den politischen Konsequenzen dieser Diskussion und der Niederlage — und beschränkt man sich nicht auf wehleidige Diskussionen der Organisationsfrage —, ist an dieser Erkenntnis anzusetzen. Die innergewerkschaftliche Diskussion über die »friedliche« Nutzung der Kernenergie ist insgesamt erheblich differenzierter, als sie auf dem Parteitag dargestellt wurde.²² Insbesondere in sicherheitspolitischen Fragen decken sich viele Aussagen der DGB-Gewerkschaften nicht mit den Positionen des Parteitagsbeschlusses. In der weiteren Diskussion der Sozialdemokratie wird es daher für die Linke von großer Bedeutung sein, den bisherigen Diskussionsstand in den Gewerkschaften aufzuarbeiten, weiter zu verfolgen und mit der Kernenergiepolitik der Sozialdemokratie zu konfrontieren.

Gegenüber der Anti-AKW-Bewegung ist insbesondere die antigewerkschaftliche und — so schwierig es sein mag — die antisozialdemokratische Stimmung zu bekämpfen, die die Kernenergieproblematik zu einem technokratischen und bürokratischen Systemkonflikt verkürzen — wie es große Teile der SPD-Linken selbst tun —, damit die realen Klassenfronten verdecken und in ihrer Politik erhebliche Fehler für eine erfolgreiche Bündnispolitik machen. Innerhalb der Sozialdemokratie muß der bisher erreichte Stand der Kernenergiekritik in ihrer Begrenzung auf Technik- und Wachstumskritik überwunden werden. Die in der Bundesrepublik praktizierte Energiepolitik ist in den Zusammenhang herrschender ökonomischer und politischer Machtverhältnisse einzuordnen und hat ihre Kritik von diesem Ausgangspunkt zu entwickeln. Erst auf diesem Hintergrund wird noch ein weiterer zentraler Aspekt der Kernenergie Diskussion in das Blickfeld rücken, der auf dem Parteitag mit keiner Silbe erwähnt wurde, obwohl mit der zweiten zentralen Parteitagsentscheidung dieses Thema auf dem Tisch gelegen hat. Aufgrund der Diskussion um den Aufrüstungsbeschluß der Nato hätte der Frage nach dem Zusammenhang von »friedlicher« und militärischer Nutzung der Kernenergie eine erhebliche Sprengkraft zukommen können. Gerade dieses Thema sollte in den zukünftigen Diskussionen erheblich stärker berücksichtigt werden, um die Konturen kapitalistischer Interessenpolitik im Bereich der Nukleartechnik noch deutlicher werden zu lassen. Insgesamt ist es aber erst auf dem Hintergrund einer polit-ökonomischen Kritik der gegenwärtigen Energiepolitik möglich zu zeigen, daß sowohl die Nutzung der Nukleartechnologie wie die damit verbundene Arbeitsmarktproblematik von Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmt wird und daß diese Tatsache Gewerkschafter, Atomkraftgegner und Sozialdemokraten nicht trennt, sondern zu gemeinsamen Interessen führt. Dieser Erkenntnis zum Durchbruch zu verhelfen, ist insbesondere Aufgabe von Marxisten in der SPD. Ihr Beitrag dazu steht noch aus.

Anmerkungen

- 1 SPD-Parteitag, 3.-7.12.1979, Antrag 500, Energiepolitik, in der Fassung der Antragskommission, S.1.
- 2 Ebd.
- 3 Ebd.
- 4 SPD-Parteitag, 3.-7.12.1979, unkorrigiertes Protokoll vom 4.12.79, Arbeitsgruppe III, Energie, S.55.
- 5 Ebd., S.58; Nach der Planung der Bundesregierung sollen bis zum Jahr 2000 insgesamt 53000 MW Kernstrom in das Netz geschaltet werden. Vgl.: Lafontaine (Saar), unkorrigiertes Protokoll vom 6.12.79, S.113.
- 6 Ebd., S.61.
- 7 Helmut Schmidt, Rede vor dem Parteitag am 4.12.1979 in Berlin, Manuskript, S.21.
- 8 Unkorrigiertes Protokoll vom 4.12.1979, a.a.O., S.9.
- 9 Ebd.
- 10 Heinz-Oskar Vetter, Rede vor dem Parteitag am 3.12.1979 in Berlin, Manuskript, S.4.
- 11 Energiepolitik, Erster Zwischenbericht der Kommission Energiepolitik beim Parteivorstand der SPD, Bonn, September 1979, S.10.
- 12 Ebd., S.14.
- 13 Unkorrigiertes Protokoll vom 4.12.1979, a.a.O., S.11.
- 14 Vgl. zu dieser Form der Technikkritik: Linke, Westermann, Westphal, Mit neuen Werten zum Sozialismus, in diesem Heft, S.28ff.
- 15 Unkorrigiertes Protokoll vom 4.12.1979, a.a.O., S.19.
- 16 Ebd., S.16.
- 17 Unkorrigiertes Protokoll vom 6.12.1979, S.76.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Energiepolitik, a.a.O., S.10.
- 21 Helga Buße, Jürgen Grumbach, Entsorgungszentrum oder nukleare Zeitbombe, Die Ergebnisse des Gorleben Hearings im Überblick, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai 1979, Heft 5, S.550.
- 22 Vgl. Knut Krusewitz, Gewerkschaften und Nuklearproblematik, in diesem Heft, S.39ff.

Peter Brosche

Rüstung und Arbeitsplätze

1. Überblick

Das nachfolgende Thema kann als irrelevant angesehen werden, wenn man davon ausgeht, daß sich gegenwärtig keinerlei Aussichten auf eine wirkliche Rüstungsverminderung oder gar Abrüstung abzeichnen. Unser Politikverständnis (das der Linken in der SPD und der DGB-Gewerkschaften) geht aber doch wohl davon aus, daß die zur Zeit betriebene Regierungspolitik nicht unseren Vorstellungen entspricht. Dies gilt auch gerade im Bereich »Frieden und Abrüstung«, wo Jungsozialisten, andere Teile der SPD und der Gewerkschaften weit nach vorn gerichtete Forderungen erheben. Unumstritten ist für Sozialisten die hohe Priorität, die der Friedenspolitik zukommen muß. Eine Entwicklung zu einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird verhindert, wenn der Frieden dauernd gefährdet ist oder gar kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden. Die Zielsetzung, über Entspannungspolitik zur Rüstungskontrolle und Abrüstung zu kommen, muß auch die »Utopie« denken können, daß jegliche militärische Macht auf der Welt langfristig überflüssig ist.

Unsere Beschäftigung mit ökonomischen Fragen bedingt auch die Auseinandersetzung mit dem Thema »Rüstung und Arbeitsplätze«. Dies ist bei Forderungen nach Rüstungsverminderungen und Abrüstungsmaßnahmen mit nicht unerheblichen Problemen in bestimmten Wirtschaftsbereichen verbunden. Die Jungsozialisten haben in ihren »Siegener Beschlüssen« und auf dem Bundeskongreß in Dortmund 1976 ausgesagt:

»Eine abrupte Reduzierung von Rüstungsaufträgen ohne zentrale, regionale und lokale Planung zur Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktionen sowie des Aufbaues ziviler Forschungs- und Entwicklungsinstitute, in die die in der Rüstungsforschung Tätigen überführt werden, würde zu erheblicher Arbeitslosigkeit, insbesondere in den rüstungsintensiven Regionen Bayerns und an der Küste, führen.«

Bereits im Vorfeld von Rüstungskontroll-Vereinbarungen werden die Widerstandsgruppen sichtbar, die gegen jegliche Verminderungen im Rüstungsbereich zu Felde ziehen. Die jüngste Entwicklung hat dies an zwei schwerwiegenden Beispielen erneut deutlich gemacht. Selbst gegen die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages (der außer der Festsetzung bestimmter Höchstgrenzen von verschiedenen strategischen Waffen nicht zur Rüstungsverminderung beiträgt) wird heftiger Widerstand des militärisch-industriellen Komplexes, hauptsächlich in den USA, sichtbar. Die alte Klamotte der 3000 sowjetischen Soldaten auf Kuba wird dazu aus der Requisitenkammer des »Kalten Krieges« geholt. Auch die kürzlich von Leonid Breschnjew angekündigten einseitigen Truppenabzugsangebote werden von westlichen Überlegenheitsstrategen als Schlag gegen die Interessen der NATO umgedeutet. Hinter diesen Reaktionen verbergen sich neben einem Bedrohungswahn hauptsächlich handfeste wirtschaftliche Interessen. Rüstungsverminderungen, selbst nur Gespräche darüber, stoßen auf den erbitterten Wider-

stand der Militärs und der Rüstungslobby. Keinen von uns wird dies besonders wundern, wir haben uns darauf einzustellen und die politischen Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Abrüstung zu schaffen. Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Konfliktpunkt ist für Sozialisten der mögliche und unter den gegenwärtigen Bedingungen fast zwangsläufige Konflikt mit den in der Rüstungsindustrie beschäftigten Lohnabhängigen.

2. Arbeitsplatzsituation

Weltweit sind rund 30 Mill. Menschen in der Waffenfertigungsindustrie beschäftigt. 20 Mill. Soldaten »benutzen« die erzeugten Produkte. Die Gesamtjahresausgaben für Rüstung bewegen sich auf eine Billion DM zu. Während die weltweite Rezession in den kapitalistischen Ländern auf den verschiedensten Wirtschaftszweigen lastet, bildet der Bereich der Rüstungsproduktion die große Ausnahme. Der entsprechende Export steigt ständig und in der BRD werden nicht zufällig von interessierten Kreisen Forderungen nach einer weiteren Liberalisierung der Waffenexportbestimmungen erhoben. Zur Situation »Rüstung und Arbeitsplätze« sind in der Bundesrepublik immer wieder zwei Zahlen in der Diskussion: 1,2 Mill. Menschen sind direkt und indirekt in der Rüstungsindustrie und in militärischen Diensten der BRD tätig. Rund 150 000 bis 200 000 Lohnabhängige werden direkt in der Rüstungsproduktion beschäftigt. Als Vorteil der BRD gegenüber anderen kapitalistischen Ländern wie USA und Frankreich kann festgestellt werden, daß die Rüstungsindustrie bisher nicht als Konjunkturstabilisator eingesetzt wurde. Wenn auch »erst« 4-5 % der Gesamtarbeitsplätze von der Rüstungsproduktion abhängig sind, so ist dies zumindest ein besorgniserregender Faktor. Hinzu kommt die Konzentration der einschlägigen Produktionsstätten auf hauptsächlich zwei Regionen, nämlich den Küstenbereich und Südbayern. In diesen Gebieten ist der Anteil der Rüstungsarbeiter an der jeweiligen Gesamtarbeiterschaft wesentlich größer. Untersucht werden muß auch in diesem Zusammenhang, wie sicher Rüstungsarbeitsplätze sind und welche Kosten (volkswirtschaftlich gesehen) entstehen.

Da in der Bundesrepublik so gut wie keine Daten und Fakten zum Rüstungskomplex vorliegen, beziehe ich mich im nachfolgenden Abschnitt hauptsächlich auf Material aus den USA. Dieses Land ist mit Abstand der größte Rüstungsproduzent und -exporteur. Grundsätzliche Tendenzen und Feststellungen lassen sich direkt auf die BRD (viertgrößter Rüstungsexporteur) übertragen. Die häufig erscheinenden Zitate von bürgerlichen Institutionen und Personen wurden von mir bewußt verwendet, um dem Leser »unangreifbare« Beweise für mögliche Auseinandersetzungen mit Rüstungsproduktions-Befürwortern zu liefern. Auch Feststellungen von »unverdächtigen« Rüstungskritikern, die für Sozialisten wie Binsenweisheiten klingen, hielt ich aus dem selben Grund für zitierfähig.

3. Wirkung der Rüstung auf die Volkswirtschaft

Im »Forum« der Vereinten Nationen, Ausgabe März 1979, nahmen verschiedene Fachleute zu oben genanntem Thema Stellung. Der ehemalige Admiral der US-Kriegsmarine, *Gene La Roque* (Leiter des Informationszentrums für Verteidigungsfragen in Washington), zieht den angeblichen Nutzen der Militärausgaben für die Volkswirtschaft in Zweifel. In einer Studie stellt er fest:

1. Mit der Ausdehnung der Streitkräfte ist das Wirtschaftswachstum der USA ständig gesunken. Die Industrie büßt ihre Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit ein, weil ein zu großer Teil von Fähigkeiten, Forschungsanstrengungen und Kapital von der Rüstungsindustrie beansprucht wird.

2. Durch die mehr als 25jährige Betonung der Rüstungsprogramme ist eine mächtige Rüstungslobby entstanden, die ihren Einfluß auf alle Bereiche der Gesellschaft ausdehnt.

3. Der Aufwand an Rüstung ist als Triebkraft der Wirtschaft verschwenderisch und ineffizient. Von den öffentlichen Ausgaben ist der Rüstungsanteil am wenigsten arbeitsplatzfördernd.

4. Der Militärhaushalt ist Hauptursache für das große Defizit des öffentlichen Haushaltes.

Der frühere Admiral ist überzeugt, daß Arbeitskräfte, Industrieeinrichtungen und Materialien der militärischen Produktion besser für zivile Zwecke eingesetzt werden könnten.

Arthur F. Brunst, früherer Präsident des US-Zentralbankrates, stellt in einer anderen Studie fest:

»In dem Maße, in dem wir Arbeitskraft, Material und Kapital für die Verteidigung ausgeben, müssen wir auf die Befriedigung anderer Bedürfnisse verzichten. Die realen laufenden Kosten des Militärbereiches sollten deshalb durch den Verlust der Güter und Dienstleistungen im zivilen Bereich berechnet werden.«

Die Behauptung, Rüstungsausgaben nützten der Volkswirtschaft, ist eines der »hartnäckigsten Märchen unserer Zeit«. Es wurde in den ausgehenden 30er Jahren erfunden, da Millionen Arbeitslose in den USA und anderswo im Militärapparat und in der Rüstungsindustrie Beschäftigung fanden. Nicht der II. Weltkrieg, sondern die gewaltigen öffentlichen Ausgaben kurbelten die Konjunktur an. »Die Depression (der kapitalistischen Weltwirtschaft, Anm.d.V.) hätte auch ihr Ende gefunden, wenn Mittel dieser Größenordnung für irgend etwas anderes ausgegeben worden wären.« Als Beispiele werden in der Studie angeführt: Neubau des verlotterten Eisenbahnsystems, Beseitigung der Wohnungsnot, Schulneubauten, sowie Ausbau der Krankenversorgung usw. Weiter bemerkt Arthur F. Brunst, »... jeder Kapitalstoß gleicher Größenordnung hätte Millionen Menschen Arbeit gebracht, hätte der Volkswirtschaft den gleichen Impuls gegeben.«

In einer Studie der Yale-Universität werden die Prioritäten analysiert, die die US-Amerikaner (repräsentativer Querschnitt) setzen würden, wenn Gelder aus dem Militäretat für andere Zwecke frei werden würden. Von jeder Milliarde US-Dollar, die jetzt an das Pentagon geht, würden ausgegeben werden (in Millionen US-Dollar) für:

Dienstleistungen	187
langlebige Gebrauchsgüter	163
nichtmilitärische öffentliche Ausgaben	128
Verbesserung der Wohnungssituation	114
Industrieinvestitionsgüter	110
Export	97
kurzlebige Verbrauchsgüter	71
allgemeine Strukturverbesserungen	68
nichtmilitärische Staatsbeschaffung	48
Importgüter	25

Wenn nun als Beispiel der US-Verteidigungshaushalt von 1978 mit 116,4 Milliarden US \$ herangezogen wird, läßt sich ahnen, welche ungeheuren Summen das Pentagon den einzelnen Wirtschaftssektoren abzieht und wieviel Arbeitsplätze dort entstehen könnten.

4. Rüstungspolitik löst keine Beschäftigungsprobleme

Der Gesamtverlust an Arbeitsplätzen in den USA durch Rüstung wird von verschiedenen wissenschaftlichen US-Instituten einheitlich auf 900 000 bis 1 Mio. berechnet. Für jede Milliarde US \$, die von der Rüstungswirtschaft auf die zivile Industrie übertragen würde, stellen die Studien fest, könnten 14 000 neue Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen werden. Im öffentlichen Dienst könnten es sogar 30 000 Lehrer, Feuerwehrleute, Umweltschützer usw. pro Milliarde US \$ sein. Dabei sind nicht allein die Personalkosten, sondern die komplette Erstellung des Arbeitsplatzes (z.B. die Einrichtung einer Schule oder die Anschaffung von Geräten usw.) mit einkalkuliert.

Eine Studie der Cornell-Universität stellt fest, daß Verminderungen des Verteidigungshaushaltes dann keine negativen Folgen für die Volkswirtschaft nach sich ziehen, wenn sie hinreichend im voraus geplant werden. In »Time« erklärte der Washingtoner Wirtschaftsexperte *George Perry*: »Um die Arbeitslosigkeit (die der USA, Anm.d.V.) deutlich zu senken, wäre etwas nötig, was sich nicht machen läßt — etwa ein neuer Krieg ...« Dieses Zitat stammt aus einer Hörfunk-Sendung des Bayerischen Rundfunks mit dem Titel »Die Inflation kommt aus dem Pentagon«. Dort war weiter zu hören:

»... wenn es stimmt, daß die Amerikaner ihre Rüstung — und manchmal sogar den Krieg — als Vorwand für die staatliche Finanzierung der Konjunktur betrachten, warum finden sie dann für diesen Zweck nicht einen nützlicheren Anlaß? Amerika ist voll von besseren und dringenderen Verwendungsmöglichkeiten. Amerikas Großstädte brauchen 200 Milliarden Dollar für die allernötigsten Sanierungsaufgaben — ohne die blasseste Aussicht, sie je zu ergattern. Zu schweigen vom Ausmaß der ungelösten Sozialprobleme in der vielberufenen 'reichsten Nation der Geschichte'«.

Warum ist sie so auf Kriegsmaterial fixiert? Der innere politische Grund ist einfach: Die Militärausgaben sind nämlich der einzige Posten im Staatsetat, für den sich im Parlament stets leicht eine solide Mehrheit findet. Die Verteidigung der Freiheit zu unterstützen, gilt bei den allermeisten Senatoren und Kongreßabgeordneten als eine überparteiliche, patriotische Pflicht, der man sich nicht mit kleinlichen Bedenken widersetzt. Soziale Programme dagegen werden von den

starken konservativen Gruppen in beiden Parteien verzögert, durchlöchert oder gar prinzipiell bekämpft. Nicht nur patriotische Eintracht begünstigt das Verteidigungsbudget, sondern auch der Umstand, daß die Politiker gerade mit diesem Budget unmittelbar etwas für die Großindustrie tun können — wofür die Großindustrie sich auch gerne unmittelbar erkenntlich zeigt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die rüstungsorientierten Konzerne vor allem der Luft- und Raumfahrtindustrie und der Elektronikbranche beständig wesentliche Summen in die Kriegskassen der beiden großen Parteien und einer großen Zahl einzelner Politiker zahlen. Der harte Kern der Kritiker, die das Pentagon und die Rüstungsindustrie wegen exzessiver Forderungen und Verschwendung attackieren, besteht im Senat aus 12 Männern — 12 von hundert Senatoren. Kongreßberater *Kaufmann* erklärt:

»Die große Mehrheit der Senatoren und Kongreßmänner steht unter dem Einfluß, den das Verteidigungs-Establishment allein schon durch seine Riesenhaftigkeit ausübt ... Schließlich hat das Pentagon 22000 Vertragsfirmen mit fast 100000 Unterkontraktfirmen. 76 Industriezweige sind als 'verteidigungsorientiert' eingestuft. Es gibt kaum einen Wahlkreis ohne Rüstungsfirmen und Militärbasen, an denen viele Tausend Arbeitsplätze hängen. Und die Wähler auf diesen Arbeitsplätzen setzen ihren Abgeordneten natürlich viel stärker unter Druck als die Leute aus den nicht staatsabhängigen Erwerbszweigen, weil sie glauben, daß ihr Mann in Washington unmittelbar für ihr Wohlergehen sorgen kann.«

Der Senator *Philip Hart* aus Michigan hat das Dilemma der Volksvertreter plastisch beschrieben als er sagte:

»Wir haben das Verteidigungs-Establishment in den letzten 20 Jahren zu einem Dinosaurier großgezogen. Jedes Jahr kommt er an unsere Tür und will gefüttert werden — und jedesmal verlangt er mehr. Entweder wir füttern ihn — oder wir haben einen ungeheuren Kadaver am Hals.«

Diese Feststellungen sind trotz der inzwischen stattgefundenen Rüstungsbegrenzungs-Gespräche nach wie vor höchst aktuell. Die Mehrheitsverhältnisse im Kongreß und Senat haben sich ganz offensichtlich nicht verändert, wenn selbst ein Aufrüstungskontroll-Abkommen wie SALT II nur sehr mühsam (wenn überhaupt) Mehrheiten findet. Der amerikanische Senat hat inzwischen den »Verteidigungshaushalt« für 1980 in einer neuen Rekordhöhe von 131,7 Milliarden Dollar gebilligt. Die Gesetzesvorlage wurde mit 72 gegen 3 Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde mit großer Mehrheit ein Antrag zurückgewiesen, der die Streichung des Programms zur Entwicklung des mobilen MX-Raketensystems zum Ziel hatte. Das Repräsentantenhaus stockte mit 304 zu 28 Stimmen den Wehretat um 5 Millionen Dollar für die Entwicklung modernster Sprengköpfe für die Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II auf. Die Ereignisse im Iran und Afghanistan als Vorwand nutzend, haben sich die Rüstungslobbyisten im Senat mit der Forderung nach Steigerung des Militärhaushalte um »20 %« lautstark zu Wort gemeldet.

5. Analyse des Umsatz-Beschäftigungsverhältnisses in der BRD-Rüstungsindustrie

Nachfolgende Daten und Fakten stammen aus den offiziellen Bilanzen von fünf süddeutschen Rüstungsbetrieben sowie aus Veröffentlichungen von »Han-

delsblatt«, »Spiegel«, »Stern«, »Süddeutsche Zeitung« und Firmeninformationen. Die folgenden Firmen betreiben in Bayern (dieses Bundesland weist die höchste Rüstungsfertigungskonzentration in der BRD auf) hauptsächlich Rüstungsgeschäfte. Mit der Auswahl dieser fünf Betriebe will ich darstellen, wie Entwicklungen der Beschäftigung ablaufen.

1. Die Firma *MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm)* ist der größte Flugzeug- und Raketenhersteller in der BRD. Sie ist Hauptauftragnehmer beim Verteidigungsministerium. Folgende Beteiligungen an diesem Konzern (Stand 1979) sind gegeben:

- Fides-Gruppe 33,78 % (davon Siemens und Thyssen je 11 %, Aerospatiale 11,78 %)
- Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung 20,78 %
- Hamburger Gesellschaft für Beteiligungsverwaltung mbH 20,25 %
- Erben Prof. Messerschmitt 11,05 %
- Freistaat Bayern 7,8 %
- Beoing Comp. 0,99 %
- Ludwig Bölkow 4,14 %
- Familie Blohm 0,75 %

Die aufschlußreiche Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung bei MBB verdeutlicht Tabelle 1 im Anhang dieses Beitrages. Bei einer gewaltigen Steigerung der Umsatz-Millionen auf den doppelten Wert sank die Anzahl der Beschäftigten, entgegen dem Märchen »Rüstung schafft Arbeitsplätze«. Der Militäranteil dürfte nach eigener Schätzung durch das inzwischen voll laufende MRCA-Flugzeugbauprogramm auf 75 % gestiegen sein.

2. Die Firma *Dornier* ist der »kleinste« Flugzeug- und Raketenbaubetrieb der BRD. Hauptsächlich werden über Zulieferverträge und Bau von leichten Flugzeugen wie z.B. das Strahlflugzeug »Alpha Jet« Geschäfte gemacht. Laut FAZ ist der Umsatz für 1979 auf 900 Millionen DM projektiert und damit der Militäranteil am Umsatz auf über 50 % angestiegen. Alleineigentümer ist hier die Familie Dornier. Auch in diesem Betrieb verlief eine deutliche Abwärtsentwicklung der Beschäftigungszahlen bei gleichzeitig enormer Umsatzsteigerung.

3. Die Firma *MTU (Motoren-Turbinen-Union)* ist der größte Produzent für Flugzeugtriebwerke und Panzermotoren in der BRD. MAN und Daimler Benz sind zu je 50 % an den MTU-Werken beteiligt. Beide vereinten ihre Kapazitäten aus den Gebieten Flugzeug-Planzer- und Schiffsantrieben im Jahre 1968. Die Schätzungen über den Militäranteil am Gesamtumsatz dürften durch den Auftrag für das MRCA-Triebwerk realistisch bei 60 % liegen.

4. Die Firma *Krauss Maffei* ist derzeit die größte Panzerfabrik Westeuropas. Eigentümer sind die Buderus Eisenwerke, Wetzlar mit über 95 % Anteil. Die fehlenden 5 % werden von verschiedenen Aktionären gestellt. Der Militäranteil liegt 1979 bei über 75 % gegenüber 60 % im Jahre 1977. Der Umsatz betrug im gleichen Jahr über 1,7 Mrd. DM. Durch starke Rationalisierungsmaßnahmen ist das Auseinanderklaffen von Umsatz zur Beschäftigtenzahl besonders hoch (vgl. Tabelle 2 im Anhang dieses Beitrages).

5. Auch die Kanonen- und Lafettenbaufirma *Keller und Knappich*, Augsburg

burg, hat bei rund 33 % Rüstungsanteil eine deutliche Auseinanderentwicklung zwischen Umsatz und Beschäftigtenanzahl. Hauptbeteiligte an der KUKA, inzwischen zur IWKA durch Fusion mit den Industrierwerken Karlsruhe geworden, ist Herbert Quandt mit einem Anteil von rund 80 %.

6. Kostenvergleich zwischen Rüstungsarbeitsplätzen und zivilen Arbeitsplätzen am Beispiel der Firma Krauss Maffei*

Originaltext »Handelsblatt«:

»Bei der Krauss Maffei AG, München, kam es vor allem aufgrund der hohen Auslieferungen des Flakpanzers »Gepard« für die Bundeswehr sowie für die niederländischen und belgischen Streitkräfte auch 1978 wiederum zu einer Umsatzexplosion: Der Gruppenumsatz wurde auf 1,8 (1977: 1,087 nach 0,508) Mrd. DM hochkatapultiert, wovon allein rd. 1,4 Mrd. DM auf die Wehrtechnik entfielen. Doch auch das zivile Geschäft weitete sich beachtlich auf 400 (350) Mill. DM aus. All dies wurde mit einer nur leicht auf 4800 (4600) Mitarbeiter erhöhten Belegschaft erreicht, von der nur ein Viertel im militärischen Bereich — in der Produktion nur ein Fünftel — beschäftigt ist. So hat sich durch die bessere Auslastung und den weitaus höheren Pro-Kopf-Umsatz auch die Ertragskraft der Flick-Tochter beträchtlich verstärkt.«

Aufgegliedert ergeben obenstehende Daten folgendes Bild:

Beschäftigte

	Gesamt	Wehrtechnik	Zivilbereich	
1977	4600	1 150	3 450	
1978	4800	1 200	3 600	
	200	50	150	neue Arbeitsplätze

Umsatz (in Mill. DM)

	Gesamt	Wehrtechnik	Zivilbereich	
1977	1 087	737	350	
1978	1 800	1 400	400	
	113	663	60	Umsatzsteigerung

Diese Zahlen besagen, daß im Jahr 1978 für 13,26 Mill. DM aus Steuereinnahmen des Staates ein Arbeitsplatz im Rüstungsproduktionsbereich bei Krauss-Maffei neu geschaffen wurde. Im Zivilproduktionsbereich der selben Firma haben 3 Mill. DM den gleichen Effekt erzielt. Auch diese Summe ist im Vergleich zu anderen Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen sehr hoch. Dies erklärt sich aus den hohen Investitionen für Technologie und Rationalisierung. Das Verhältnis zwischen eingesetzten konstanten zu variablen Kapital klafft hier enorm auseinander.

7. Argumente gegen den angeblichen technischen Fortschritt durch Rüstung

Ein immer wieder vorgebrachtes Argument gegen die Forderung nach konsequenten Abrüstungsschritten ist neben der Behauptung einer forcierten sowjetischen Rüstung, der gegenüber der Westen nicht untätig bleiben könne, der Hinweis auf die Rolle der Rüstungsproduktion als Motor des technologischen Fort-

* Quelle: Daten aus »Handelsblatt« vom 31.1.1979

schritts. Rüstungsproduktion fördere das wirtschaftliche Wachstum und sichere so Arbeitsplätze, während Abrüstungsmaßnahmen umgekehrt die Wirtschaft eines wichtigen Antriebsfaktors berauben und folglich zu wirtschaftlichen Engpässen und Arbeitslosigkeit führen würden.

Durch verschiedene Untersuchungen — vor allem in den USA — ist eindeutig belegt worden, daß die behauptete Bedeutung der Rüstungsforschung für den technologischen Fortschritt im zivilen Produktionsprozeß ein Mythos ist, und daß ein direkter Einsatz finanzieller Mittel in der Zivilforschung erheblich wirksamer wäre. Außerdem haben verschiedene Wissenschaftler zu Recht betont, daß Rüstungsausgaben volkswirtschaftlich unproduktiv sind und *nicht zu einem erhöhten Wirtschaftswachstum* führen, sondern im Gegenteil der Volkswirtschaft Ressourcen entziehen und somit die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindern. Diese These ist durch eine Studie in den USA bestätigt worden. Die Public Interest Research Group in Michigan (PIRGIM-Gruppe für Forschung im öffentlichen Interesse), die als non-profit-Organisation von über 25000 Studenten finanziert und kontrolliert wird, hat mit Hilfe bekannter Ökonomen (u.a. John Henderson und Seymour Melman) die Auswirkung des Pentagon-Budgets auf die Arbeitsmarktsituation untersucht und ist zu folgendem Ergebnis gelangt:

»Entgegen populären und langgehegten Vorstellungen führt ein hohes Niveau an Militärausgaben zu Arbeitslosigkeit. Eine Analyse der Jahre 1968 bis 1972, als das Militärbudget durchschnittlich 80 Mrd. Dollar betrug, zeigt, daß der jährliche Nettoverlust an Arbeitsplätzen in den USA 840000 Arbeitsplätze betrug.«

Zu diesem Ergebnis gelangte die Forschungsgruppe durch eine statistische Analyse des negativen Effekts von Militärausgaben auf die folgenden sechs Hauptsektoren der US-Wirtschaft: dauerhafte und nicht dauerhafte Güter, Wohnungsbau und übrige Bauwirtschaft, Staats- und Kommunalausgaben und Dienstleistungen. Es stellte sich heraus, daß die Ausgaben in diesen Wirtschaftssektoren um bestimmte Prozentsätze zurückgingen, wenn die Militärausgaben stiegen. Außerdem zeigte es sich, daß Militärausgaben noch in einer anderen, mehr indirekten Weise Arbeitslosigkeit erzeugen. Pro Regierungsausgaben von 1 Milliarde Dollar schaffen Militärausgaben nämlich eine geringere Zahl von Arbeitsplätzen als jede andere Form von Regierungsausgaben (außer dem Raumfahrtprogramm): Während Staatsausgaben von 1 Milliarde Dollar 150000 Arbeitsplätze im job corps schaffen, 100000 Arbeitsplätze für Lehrer, 77000 für Krankenpfleger, 76000 im Bereich des Baus öffentlicher sozialer Einrichtungen sowie 50000 Arbeitsplätze im Bereich des Schulbaus, *werden für dieselbe Summe nur 52000 Arbeitsplätze im militärischen Sektor neu errichtet*. Die durchschnittliche Summe der durch Staatsausgaben von 1 Milliarde Dollar geschaffenen Arbeitsplätze beträgt 100000.

8. Haltung der Gewerkschaften zur Rüstungsfrage

Im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 wird ausgesagt, daß

»... Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt die Erhaltung des Friedens ist. Die Bereitstellung von Mitteln für soziale und

kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden. Die Gewerkschaften fordern die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und aller sonstiger Massenvernichtungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut, Analphabetentum und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.«

Im Grundsatz unterstützen alle Gewerkschaften im DGB diese Passage aus dem Grundsatzprogramm. Schwieriger wird die Angelegenheit, wenn es um die konkrete Politik zu Abrüstungsfragen im Detail geht. Hier kommt zwangsläufig die persönliche Betroffenheit der jeweiligen Mitglieder zum Tragen. Die Führung der HBV kann z.B., ohne mit ihrer Mitgliedschaft in irgendwelche Interessengegensätze zu geraten, drastische Abrüstungsmaßnahmen, Verbot von Rüstungsexport usw. fordern. Bei der IG-Metal dagegen stößt dies zumindest bei Teilen der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder auf Ablehnung. Erst im Dezember 1978 gelang es der IG-Metall Führung, den »Arbeitskreis Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen« aufzulösen. Dieser AK funktionierte jahrelang als regelrechter Rüstungslobbyist. Aus einem Grundsatzpapier dieser Gruppe:

die (Rüstungs-)Politik der Bundesregierung wird »uneingeschränkt unterstützt«

- Behauptung des Defensivcharakter der Bundeswehr
- Betonung der hohen Steuerkraft der wehrtechnischen Industrie
- Forderung nach Füllaufträgen aus Nichtspannungsgebieten (außerhalb der NATO)
- die angebliche »enge« Auslegung der Spannungsgebiete wird kritisiert
- die weitere »Reduzierung« der Rüstungsindustrie wäre deren Tod
- die Verhinderung der Vergabe von Füllaufträge an nichtausgelastete Nicht-rüstungsfirmen wird gefordert; u.a.m.

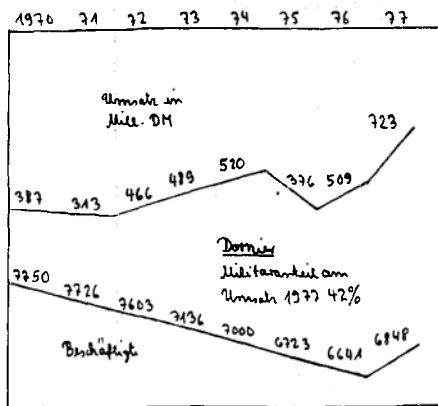
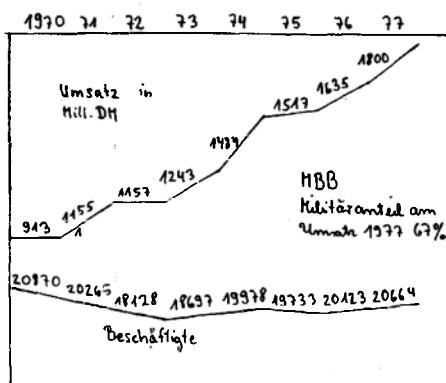
Im Metall-Pressedienst vom 12.4.1977 nahm die IG-Metall-Führung zu dem Problem Stellung: Beschlüsse von IG-Metall und DGB verpflichten die Gewerkschaft, »auf der einen Seite gegen alles das einzutreten, was Spannungen in irgendeinem Teil der Welt erhöhen könnte, auf der anderen Seite alle Bemühungen zu unterstützen, die darauf abzielen, im Rahmen einer konsequenten Entspannungspolitik die Rüstungsausgaben zu vermindern.« ... »Die lobbyistische Tätigkeit verschiedener in der IG-Metall organisierter Betriebsräte von mit Rüstungsproduktion beschäftigten Unternehmen ist von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern eindeutig verurteilt und als im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Beschlüssen stehend gekennzeichnet worden« Die Position der IG-Metall insgesamt (die meisten Rüstungsarbeiter sind gewerkschaftliche organisiert) zu Fragen der Rüstungskontrolle, kontrollierten Abrüstung und Rüstungsexportverbot ist klar und eindeutig. *Priorität* haben Konversion (Umstellung auf zivile Produktion) und Abrüstungsverhandlungen. Kurz- und mittelfristig auftretende Probleme dürfen nicht auf Kosten der Arbeitnehmer gelöst werden. Die *Strategie* besteht in der Sicherung der Arbeitsplätze sowie der Unterstützung al-

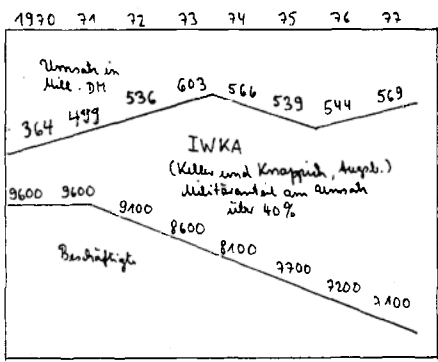
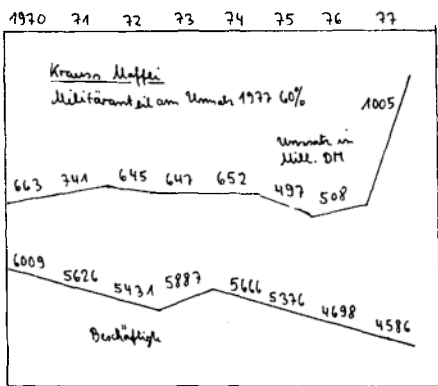
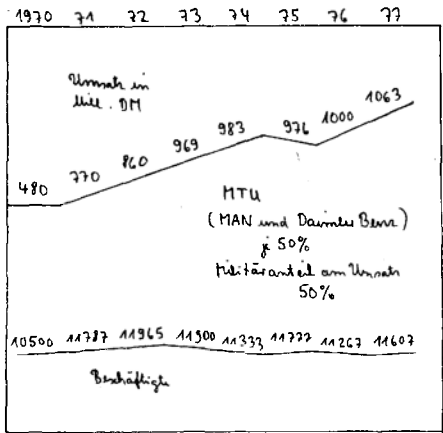
ler politischen Bestrebungen, die auf Abrüstung und Entspannung gerichtet sind.

Der innerhalb der IG-Metall neu gegründete Gesprächskreis »Wehrtechnik und Arbeitsplätze hat ein Programm beschlossen, dessen wichtigste Punkte Fragen der Exportbeschränkungen, die langfristige Kapazitätsplanung der Bundesregierung, die Erhaltung und Erhöhung des Anteils ziviler Fertigung bei den wehrtechnischen Unternehmen sowie Arbeitsplatzprobleme bei Umstellung von militärischer auf zivile Produktion sind.

Forderungen der Jungsozialisten

Auf der »Fachtagung Militär- und Sicherheitspolitik« 1975 in Siegen hatten die Jungsozialisten detaillierte und umfassende »Vorschläge zur Umstrukturierung der Rüstungsindustrie vorgelegt, die der Bundeskongreß 1976 auch beschloß. Sie wurden veröffentlicht in JUSO 2/1975.





Der »Nachrüstungsbeschluß« der NATO, die SPD und die »Sicherheit für die 80er Jahre«

Im folgenden Beitrag wird der Versuch unternommen, die verschiedenen Aspekte des »Nachrüstungsbeschlusses« der NATO vom 12.12.1979 kritisch zu durchleuchten und v.a. die bislang mit teilweise großem Engagement geführte Raketendebatte mit dem notwendigen Hintergrundwissen auszustatten. Denn die Schwäche der Aufrüstungsgegner in der bisherigen Diskussion — von Ausnahmen abgesehen — bestand darin, daß sie Grundsatzpositionen vertraten, aber kaum der bewußten Irreführung der Öffentlichkeit durch die Aufrüstungslobby eine fundierte Argumentation entgegensetzen konnten.

Die Kompliziertheit der Materie und der technokratische Fachjargon sind nicht nur für die breite Öffentlichkeit, sondern auch für verantwortliche Politiker und für breite Kreise der aktiven Gewerkschafter und Sozialdemokraten weithin undurchschaubar. Die so entstandene »Unwissenheit« — nicht zu verwechseln mit »Dummheit« — hat es den Interessenvertretern des Rüstungswettlaufes leicht gemacht, sich politisch durchzusetzen.

Der Artikel kann nur ein erster Beitrag zur notwendigen Diskussion sein. Bewußt konzentriert er sich auf einen Hauptaspekt des gegenwärtigen Rüstungswettlaufes: die Raketenrüstung. Sie bedeutet das wohl gefährlichste Moment des Rüstungswettlaufes, der »sich in den letzten Jahren zunehmend auf den qualitativen Bereich verlagert« (Parteitagbeschuß, These 7) und ein Tempo erzielt, das der Politik davonläuft, sich dem Einfluß der Politiker immer schneller entzieht. — Die vom SPD-Parteitag formulierte Strategie der »kooperativen Rüstungssteuerung«, die auch versuchen muß, neue »destabilisierende Rüstungsoptionen rechtzeitig (also noch vor der Produktion und Stationierung, W.B.) in Verhandlungen einzubeziehen«, ist tatsächlich die einzige Chance, den Rüstungswahnsinn in den Griff zu bekommen. Allerdings ist der NATO-Nachrüstungs-»Doppelbeschluß« ein denkbar schlechtes Beispiel dafür, wie noch zu zeigen sein wird.

Im Abschnitt I werde ich auf die verschiedenen »Denkmodelle« eingehen, die für den NATO-Beschluß vorgebracht wurden, und sie auf ihre immanente Stichhaltigkeit prüfen. Im Abschnitt II wird geprüft, ob der NATO-»Doppelbeschluß« überhaupt den propagierten Absichten der Bundesregierung und dem Inhalt des SPD-Parteitagbeschlusses entspricht. Im Abschnitt III werden einige militärstrategische Konsequenzen der NATO-»Nachrüstung« untersucht.

I Denkmodelle und Entscheidungshintergründe für den NATO-Beschluß

Denkmodell A: »Die nukleare Nachrüstung ist notwendig, weil die Überlegenheit der UdSSR bereits heute Westeuropa bedroht.« Zahlenbeispiele mit Mittelstreckenraketen — über die Manipulierbarkeit von Fakten —

Zahlen spielen eine erhebliche Rolle bei der »Begründung« der sowjetischen Überlegenheit. Sie können diese »Begründung« auch widerlegen. Die Zahlenquellen sind immer die gleichen: die Geheimdienste vornehmlich der USA. Die UdSSR veröffentlicht ihre errechneten Zahlen leider nicht. Dennoch kommt man zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen aufgrund unterschiedlicher Kriterien und Absichten, je nachdem, ob jemand als Militär, Politiker oder Mitarbeiter eines neutralen, prowestlichen oder proöstlichen Friedensforschungsinstituts Zahlen herausgibt. Die Aversion v.a. auf seiten der politischen Linken gegen die »Fliegenbeinzählerei« darf nicht dazu führen, das »Zählen« nur den Lobbyisten zu überlassen.

Eine Behauptung besagt, die UdSSR habe mit ihrer Ablösung veralteter Mittelstreckenraketen (z.Zt. ca. 500) durch neue Raketen (SS-20, z.Zt. ca. 100-200 Stück mit jeweils drei Sprengköpfen) heute bereits ein bedrohliches Übergewicht gegenüber den NATO-Staaten.

Diese Behauptung kann als platte Demagogie bezeichnet werden, die von der CDU/CSU und von reaktionär-konservativen Presseorganen verbreitet wird und von einzelnen bestenfalls inkompetenten Sozialdemokraten nacherzählt wurde. Verschwiegen oder übersehen wird von Vertretern dieser Behauptung, daß

1. sowjetische Mittelstreckenraketen seit eh und je der »kontinentalstrategische Schutzschirm« gegen eine *mehr als doppelte quantitative Überlegenheit* und damit Bedrohung Osteuropas durch Atomsprengköpfe der NATO ist (Verhältnis Ost-West nach NATO-Angaben: 3500:7500 bei den »taktischen« Atomsprengköpfen in Europa)¹,

2. die NATO unter ihrem europäischen Kommando (SACEUR) mindestens 2 USA-Atom-U-Boote mit jeweils 24 Mittelstreckenraketen (mit jeweils 10-14 lenkbaren Atomsprengköpfen!), also 500 Sprengköpfen hat. Reichweite dieser Raketen: 4500 km. (Insgesamt haben die USA zur Zeit 496 solcher seegestützten Raketen mit insgesamt rund 5000 Sprengköpfen unter ihrem »Strategischen« Kommando, von denen zumindest ein kleiner Teil unter das europäische Kommando SACEUR unterstellt werden könnte. Die UdSSR hat demgegenüber nur 1/5 gleichartiger U-Boot-Raketen entgegenzustellen.)²

Da diese U-Boot-Raketen zu den »strategischen Waffen« gezählt werden, fallen sie unter das SALT-II-Begrenzungsabkommen. Aus der Sicht der UdSSR sind sie nichtsdestoweniger »vorgelagerte« bedrohende Waffensysteme der USA; in den »Grauzonenbilanzen« westlicher Militärs und Politiker fehlen sämtliche USA-U-Bootraketen, so daß das angebliche Ungleichgewicht zugunsten der Sowjetunion ausfällt. Entsprechend einseitig ist auch die Darstellung im Weißbuch der Bundesregierung von 1979.³

3. Verschwiegen werden zumeist auch die 64 U-Bootraketen mit 192 Sprengköpfen auf britischen U-Booten und die 64 französischen U-Boot-Raketen, die logischerweise auch zum westeuropäischen Bedrohungspotential gerechnet werden müssen. Die französische Raketenanzahl soll bis 1981 auf 80 Stück mit

jeweils 10 Sprengköpfen, also auf insgesamt 800 Sprengköpfe anwachsen.⁴

Die nukleare Bilanz zwischen NATO und Warschauer Pakt sieht zur Zeit insgesamt folgendermaßen aus (Quelle: SIPRI und »Military Balance«)⁵

a) im Bereich der europäischen Mittelstreckenraketen: Was die Anzahl der *unter westeuropäischem Kommando* stehenden *Raketensprengköpfe*, die gegen die UdSSR gerichtet sind angeht, so ergeben sich *insgesamt bis zu 752 Stück (1981: 1488 Stück)*. Auf *Warschauer Pakt-Seite* ergeben sich einschließlich SS-20 (je 3 Köpfe): *insgesamt ca. 970 Stück*.

b) im Bereich der »taktischen Atomsprengköpfe« in Europa (für Reichweiten unter 1000 km einschließlich der nuklearen Artillerie und der von Flugzeugen getragenen Sprengköpfe): Rein numerisch herrscht hier ein etwa doppeltes Übergewicht des Westens von ca. 7500:3500 vor. Die USA wollen hier rund 1000 veraltete Sprengköpfe abziehen.

c) im Bereich der strategischen Sprengköpfe (USA-UdSSR): Hier herrscht zur Zeit ein Übergewicht der US vor von rund 11000 zu 5000 Stück. Das SALT-II-Abkommen sieht hier erstmals eine gleiche Höchststärke von jeweils bis zu 20000 Stück (!) vor. (Hinweis: Die Anzahl der Raketen und Flugzeuge als Träger dieser Waffen ist wesentlich geringer, da sie jeweils mehrere Sprengköpfe normalerweise tragen.)

Denkmodell B: Die mit SALT II vereinbarte Parität zwischen USA und UdSSR ermöglicht der Sowjetunion ab etwa 1985 eine nukleare Überlegenheit in Europa.

Insbesondere von Sozialdemokraten wie Alfons Pawelczyk, Hans Apel und Georg Leber, aber auch von bundesdeutschen Militärs wird behauptet, das derzeitige Übergewicht der UdSSR bei den Mittelstreckenraketen werde durch das Übergewicht der USA bei den strategischen Waffen ausgeglichen.⁶ Weil aber SALT II ab 1985 eine *strategische Parität zwischen USA und UdSSR* vorsehe, würde dieser Ausgleich dann wegfallen.

SALT II würde also eine *Nachrüstung des Westens in Westeuropa bei den Mittelstreckenraketen* erforderlich machen, sonst entstünde eine »Raketengap« (Helmut Schmidt 1977).⁷

Diese These ist schon eine im Ansatz seriösere Ableitung von Atomrüstungsplänen, aber sie ist dennoch fragwürdig in ihrer Konsequenz:

Erstens hat die UdSSR angeboten, *schon während der SALT-II-Verhandlungen über die »Grauzonen« zu verhandeln*, von denen sie sich bedroht sieht bzw. von denen sich die NATO-Verbündeten bedroht sehen. Dies *hat der Westen abgelehnt*, »denn sonst hätten die Sowjets aus Beschränkung unserer Waffensysteme in Europa bestanden ... Wir haben die taktischen Nuklearwaffen nicht einbezogen, weil unsere Verbündeten das nicht wollten.« (US-Chefunterhändler Warnke im Spiegel 20/79).

Zweitens hat die UdSSR und der Warschauer Pakt seit Mai 1978 Gespräche über die »Grauzonenwaffen« angeboten. Der Westen ging nicht darauf ein.

Drittens hat die UdSSR mit der Breschnewinitiative im Oktober 1979 die Reduzierung ihrer Mittelstreckenraketen für Verhandlungen in Aussicht gestellt. *Viertens ist die Parität, die in SALT II vereinbart worden ist, unwahrscheinlich*, da die USA parallel zu SALT II dermaßen riesige neue, vor allem qualitative neue, Atomrüstungsprogramme beschlossen hat, daß ein Gleichziehen der UdSSR bis 1985 so gut wie ausgeschlossen ist.

Fünftens war ein »vorsorglicher« Aufrüstungsbeschluß der NATO technisch und militärisch schon allein deshalb nicht notwendig, weil die beschlossenen Waffensysteme »Cruise Missile« und Pershing II in den USA schon seit 1974/75 entwickelt und erprobt werden.

Sechstens wurden Aufträge zur Produktion der Pershing II-Raketen — entgegen den offiziellen Beteuerungen aus Bonn, ein Beschluß der NATO sei dafür die Voraussetzung — *bereits Anfang des Jahres 1979 erteilt*. So hieß es in einer Meldung der »Europäischen Wehrkunde« vom April 1979: »Die amerikanische Firma Martin Marietta erhielt den Auftrag, innerhalb von 57 Monaten *Mittelstreckenraketen* des Typs *Pershing II* zu liefern; der Preis beläuft sich auf 360 Millionen Dollar. Die Rakete, die ein Gegengewicht zur sowjetischen SS 20 bilden soll, hat eine Reichweite von 2400 km und kann von einer mobilen Rampe abgeschossen werden. Neben der größeren Reichweite verfügt sie über erhöhte Treffgenauigkeit und größeren Schutz vor gegnerischer Vernichtung als die Pershing I.⁸

Diese in keiner Tageszeitung veröffentlichte Meldung wirft ein Schlaglicht auf den eigentlich *tragenden Inhalt des NATO-Beschlusses: Die verbindliche Stationierung der Pershing II in Westeuropa!* Oder anders ausgedrückt: Die NATO — und damit die Bundesregierung — muß sich den Vorwurf gefallen lassen, lediglich die von der Militär- und Rüstungslobby der USA bereits vollzogene Produktionsentscheidung durch die Stationierungsbereitschaft nachzuvollziehen.

Denkmodell C: »Der Nachrüstungsbeschluß war vor allem aus politischen Gründen im Dezember 1979 notwendig.«

Das Drängen der USA und der BRD auf Beschließung der »Nachrüstungs«maßnahmen läßt verschiedene dringende *politische* Motive vermuten. Nach Auskunft verschiedener Friedensforscher wurde die Begründung, der NATO-Beschluß sei weniger militärisch als vielmehr politisch notwendig, in verschiedenen Gesprächen mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums in den Vordergrund gestellt. Mögliche politische Motive sind:

1. Die USA hielten Regierungen der kleineren NATO-Länder angesichts des zu erwartenden innenpolitischen Druckes für unfähig, zu einem späteren Zeitpunkt noch solche weitreichenden Aufrüstungsprogramme zu beschließen; man mußte sozusagen »jetzt durchziehen« (d.h. dann »Solidarität des Bündnisses«!)
2. Sozialdemokraten in der Bundesregierung als Miturheber des NATO-Beschlusses glaubten, daß

- a) die reaktionäre Stimmung in den USA bei einer Nichtbefassung des Aufrüstungsbeschlusses zum Scheitern von SALT II und zu noch schlimmeren eigenständigen Atomrüstungsprogrammen führen würde, und
- b) die SPD nicht mehr mit der FDP koalitionsfähig sein würde und ansonsten einen Wahlkampf gegen die vereinigte bundesdeutsche Reaktion nicht durchhalten könnten. Das historische Trauma der »vaterlandslosen Gesellen«, die Angst vor dem großen Aufschrei der CDU/CSU hat bei solchen Überlegungen gewiß Pate gestanden.
3. Nicht zu vergessen ist auch die bereits erwähnte Tatsache, daß es die Bundesregierung, namentlich Helmut Schmidt, selbst war, die seit 1977 die US-Regierung in der Notwendigkeit der Schließung der Raketenlücke bestärkte. *Ein Rückzug der Bundesrepublik aus dieser Linie wäre geradezu eine Provokation der westlichen Führungsmacht USA gewesen.*

Denkmodell D: »Die USA könnten sich ohne die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen aus der Nukleargarantie für Westeuropa entziehen.«

Anstoß für diese Bereitschaft der Bundesregierung zur nuklearen Nachrüstung war der nach Ende des Vietnamkrieges und nach Abschluß von SALT I zu verzeichnende — wie man heute weiß: vorübergehende Rückzug der USA aus ihrer Weltpolizistenrolle und die damit scheinbar defensivere Begrenzung auf die eigene nationale Sicherheit.

In dieser Zeit wurden in der BRD-Sicherheitsdebatte Befürchtungen laut, die USA könnten ihre Nukleargarantie für Westeuropa im Konfliktfalle nicht einlösen, um sich selbst schadlos zu halten (Abkoppelungseffekt). Da eine eigene Nuklearstreitmacht der Bundesrepublik nicht zur Rede stand, war die einzige Alternative die Stationierung von US-Raketen in Westeuropa, die die UdSSR bedrohen könnten.

Grundüberlegung dieses Modells: Die USA sind auf einer »mittleren« Eskalationsleiter des atomaren Schlagabtausches eingebunden mit ihren Atomwaffen; das Risiko des sowjetischen Gegenschlages tragen aber (zunächst) nicht die USA, sondern die westeuropäischen NATO-Partner.

Die merkwürdige »Logik« dieses Modells hat allerdings noch zwei andere Kehrseiten: *erstens* birgt sie die Gefahr sowjetischer Präventivschläge gegen die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa — gleichbedeutend mit der atomaren Verwüstung insbesondere der BRD-, *zweitens* kann dieses Modell die befürchtete »Abkoppelung« der Bereitschaft der USA, für Westeuropa mit ihren strategischen Waffen zu garantieren, sogar auf die Spitze treiben⁹: die in Westeuropa stationierten Mittelstreckenraketen ermöglichen den USA, auf ihre Weise die UdSSR zu bedrohen, ohne daß sie selbst Ziel von Vergeltungsmaßnahmen wären (das wären nämlich zunächst die westeuropäischen Stationierungsländer).

Für die Version der Abkoppelung der USA von den Risiken eines europäischen Atomkrieges durch die Stationierung von Pershing II und der Cruise

Missiles spricht besonders deutlich die *Technologie dieser Waffen*: Sie sind dermaßen treffgenau und zugleich »gering« von ihren Kollateralschäden (Nebenwirkungen) her, daß sie selektiv auf militärische und industrielle Ziele gerichtet werden können, ohne zwangsläufig ein nukleares Inferno zu bewirken. Damit kann der Atomkrieg »führbar« gemacht werden; ihr Einsatz — so kalkulieren Militärs — muß die UdSSR nicht zur massiven Vergeltung gegen die USA zwingen, da diese wegen der zu erwartenden Gegenreaktionen die beiderseitige totale Vernichtung beider Großmächte herbeiführen würde, die Vergeltungsschläge bleiben auf Europa beschränkt.

Aus der Sicht amerikanischer Militärs hätte die auf dem Boden der BRD stationierte Pershing II noch einen besonderen Reiz: Ihre Nähe zum sowjetischen Territorium ermöglicht *überraschende nukleare Erstschläge binnen weniger Minuten gegen militärischer Ziele in der westlichen Sowjetunion. Auch wenn ein solcher Überraschungsangriff von keinem amerikanischen Präsidenten erwogen wird, ist er aus der Sicht der UdSSR zumindest eine reale Möglichkeit.* Und wer garantiert in einer Woge krisenhafter Zuspitzung in der Welt — man denke an die amerikanischen Reaktionen auf die sowjetische Intervention in Afghanistan —, daß die UdSSR angesichts militärisch zugespitzter Entwicklungen nicht atomare Präventivschläge gegen die in der BRD stationierten Pershing II Raketen vorbereitet, weil sie ihren Ersteinsatz durch die USA befürchtet?

Mit diesen Überlegungen soll eines klar gemacht werden: Die Gefahr des Abkoppeln der USA im Falle eines innereuropäischen Konfliktes wird durch die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa nicht gebannt, sondern verstärkt. Zugleich verstärkt die Präsenz von nuklearen Erstschlagwaffen, die gegen die UdSSR gerichtet sind, in Westdeutschland zwangsläufig die Gefahr sowjetischer Präventivschläge.

Eine *militärische Lösung des »atomaren Gleichgewichts« in Europa*, wie sie der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 vermeintlich bringen soll, *gibt es überhaupt nicht.* Je »militärischer« (besser: nuklearmilitärischer) die »Lösung« ist, desto gefährlicher für die Existenz Westeuropas und insbesondere die Bundesrepublik.

Damit wird ein Schlaglicht auf die gesamte Ideologie der nuklearen Verteidigung Westeuropas geworfen. *Eine Strategie der »nuklearen Abschreckung« auf dem europäischen Kontinent ist aus der Interessenlage Westeuropas völlig unreal aufgrund seiner geostrategischen Lage.* Jeder nuklearer Schlagabtausch zwischen den westeuropäischen NATO-Staaten und der UdSSR führt zwangsläufig zu ungleichen Ergebnissen: Schwerwiegende Verwundung der UdSSR gegenüber der faktischen Vernichtung Westeuropas. Und je mehr sich die Militärs oder Regierungen Westeuropas einreden, sie könnten durch »Parität« der nuklearen Angriffswaffen auf immer höherer Stufe der vermeintlichen sowjetischen Gefahr begegnen, desto mehr schaffen sie sich für den Kriegsfall den atomaren Untergang Westeuropas.

Die einzige Alternative für die Sicherung Westeuropas ist der Abbau der nu-

klaren Bedrohung, sind konsequente Schritte zur Abrüstung, die auch den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion entgegenkommen. Diese Binsenweisheit kann nicht oft genug wiederholt werden. Die Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der UdSSR ist kein Kuschen vor einer vermeintlichen sowjetischen Bedrohung, sondern im ureigensten Interesse des Westens insgesamt. Es ist fast eine Ironie der Geschichte, daß der Vater der amerikanischen Eindämmungspolitik, George F. Kennan, eindringlich an diese Erkenntnis appelliert und vor einer neuen »Politik der Stärke« warnt.¹⁰

II Der »Doppelbeschuß« der NATO — Jokerspiel oder Selbsttäuschung der SPD?

Die SPD legitimierte ihre Zustimmung zur »Nachrüstung« mit dem Ziel weiterer Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR, um die Einführung der mit dem NATO-Beschluß in Auftrag gegebenen Mittelstreckenraketen »überflüssig zu machen«.¹¹

Die Koppelung des — schon 1978 im NATO-Langzeitprogramm geplanten¹¹ Nachrüstung im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen mit seinem Verhandlungsangebot an die UdSSR ist durchaus ein Erfolg der Sozialdemokratie, wie Alfons Pawelczyk betont.¹³ Diese Bemühungen sollen nicht abqualifiziert werden, sie sind durchaus ernst gemeint und gegen den Widerstand der USA durchgesetzt worden. Daraus aber die vom SPD-Parteitag formulierte »Vorrangigkeit von Rüstungskontrollvereinbarungen« als offizielle NATO-Politik abzuleiten, erscheint vor dem Hintergrund der Fakten vermessen:

1. Hätten Rüstungskontrollvereinbarungen Vorrang gehabt, so hätten die NATO-Staaten bereits während der SALT-II-Verhandlungen Gelegenheit, über die Mittelstreckenraketen der USA und der UdSSR sowie die »Forward Bases Systems« zu verhandeln. Die UdSSR hatte dies während der SALT-II-Verhandlungen gefordert, die USA waren dazu bereit, und *einzig die »europäischen Verbündeten«* waren nach Angaben des SALT-Chef-Unterhändlers Paul Warnke¹⁴ *gegen die Einbeziehung der in Europa stationierten Nuklearwaffen.* Und der Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, Stanley R. Resor, betont, daß »die Besorgnisse der Europäer« über SALT II im Abkommen berücksichtigt werden. Bis zu einem zukünftigen SALT-Abkommen würden »alle Möglichkeiten der NATO ... im technischen Sinne offen sein, und zwar so weit, daß Abrüstungen entwickelt werden können und zur Dislozierung (Bereitstellung und Stationierung) bereit sein werden. Sie werden im gesetzlichen Sinne offen sein, indem Forschungsarbeiten und Dislozierungsentscheidungen unbeeinträchtigt von dem Abkommen fortgeführt werden können.«¹⁵

Resor erwähnt auch, daß die Produktions- und Dislozierungsplanungen nicht nur die »Curise Missles« und Pershing II-Raketen betreffen, sondern darüberhinaus »über eine längere Zeitspanne, einer ballistischen Mittelstreckenrakete« (mit noch größerer Reichweite als Pershing II). »Erhebliche

Anstrengungen laufen bereits in allen diesen Programmen und werden innerhalb des US-Verteidigungshaushaltes ... erweitert werden.«¹⁶

2. Vertraut man dem Text des offiziellen NATO-Kommuniqués über den »Doppelbeschluß« vom 12.12.1979, so ist das Verhandlungsangebot an die UdSSR bei genauer Lektüre des Textes mit einem *Joker* versehen, der die Annahme des Angebotes durch die UdSSR unmöglich macht: »c) Das unmittelbare Ziel dieser Verhandlungen soll die Vereinbarung von Begrenzungen für amerikanische und sowjetische *landgestützte* Mittelstreckenrakensysteme sein. d) Jede vereinbarte Begrenzung dieser Systeme muß mit dem Grundsatz der Gleichheit zwischen beiden Seiten vereinbar sein.«¹⁷

Die Ablehnung eines solchen »Angebots« durch die UdSSR muß für Militärexperten von vornherein logisch und zwingend gewesen sein:

a) Das »Angebot« schließt à priori Verhandlungen über die Waffensysteme aus, die für die UdSSR den Hauptbedrohungsfaktor in Europa darstellen:

- die 64 britischen auf U-Booten stationierten Mittelstreckenraketen mit 192 Sprengköpfen,
- die unter europäischem Kommando SACEUR stehenden 48 auf U-Booten stationierten Mittelstreckenraketen mit 400-500 Sprengköpfen,
- die 64 seegestützten französischen Mittelstreckenraketen, die allerdings nicht ohne weiteres in Verhandlungen einbezogen werden können, da sie dem nationalen französischen Kommando unterstehen, gleichwohl ein erhebliches Drohpotential darstellen.

Die Beschränkung des NATO-Angebotes auf landgestützte Raketen klammert also erhebliche Bedrohungspotentiale der NATO aus, während sie faktisch das gesamte sowjetische Mittelstreckenpotential (mit Ausnahme der 18 in der Ostsee stationierten Mittelstreckenraketen mit je 1 Sprengkopf) einschließt.

Das Festlegen jeder vereinbarten »Begrenzung dieser Systeme« auf den »Grundsatz der Gleichheit« bedeutet faktisch, daß die NATO sich einerseits die Vielzahl von seegestützten Raketen vorbehält und andererseits den Anspruch auf die gleiche Anzahl landgestützter Raketen wie die UdSSR erhebt. Anders ausgedrückt: Nur wenn die UdSSR alle Mittelstreckenraketen auf »Null« reduziert, verzichtet die NATO auf die »Nachrüstung«. Die UdSSR müßte dann allerdings von 18 auf rund 750 Sprengköpfe in der Ostsee »nachrüsten«, um auf den westlichen Stand der seegestützten Raketen zu kommen.

Das NATO-Angebot stellt also völlig auf den Kopf, was der SPD-Parteitagsbeschluß fordert: Während die SPD »alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Kernwaffen« einbeziehen will mit dem Ziel, »bei Beachtung und Wahrung gegenseitiger Sicherheitsbedürfnisse und -interessen eine ausgewogene Gesamtbilanz aller nuklearer Waffen beider Seiten auf möglichst niedrigem Niveau zu erreichen«¹⁸, bietet die NATO in einem *Teilbereich* eine Gleichheit an, die offenkundig die gegenseitigen Sicherheitsbe-

dürfnisse kaum beachtet. Diese Position ist wohl »Grundlage« des NATO-Angebotes an den Warschauer Pakt, nicht aber realistische Grundlage von beiderseitigen Verhandlungen.

3. Wiederholt hat der Warschauer Pakt noch vor dem Beschluß der NATO davor gewarnt, daß dieser Beschluß und seine Durchführung »die Grundlage für Verhandlungen zerstören würde.«¹⁹ Sowohl am 6.12. als auch bereits bei seinem Besuch in Bonn am 25.11.1979 hatte UdSSR-Außenminister *Gromyko* unzweideutig erklärt: »Sollte es zu dem Beschluß kommen, dann wird die Grundlage für Verhandlungen zerstört.«²⁰ Leonid Breschnew hatte sein Angebot vom 6.10.1979, die in der westlichen UdSSR stationierten Mittelstreckenraketen zu reduzieren, davon abhängig gemacht, daß »in Westeuropa keine Kernwaffenträger mittlerer Reichweite zusätzlich stationiert werden«²¹ und zugleich das schon früher allgemein ausgesprochene Verhandlungsangebot über die Reduzierung der Mittelstreckenraketen in Europa erneuert.

Die Bundesregierung und andere Verfechter des Doppelbeschlusses der NATO nutzten die unterschiedlichen Formulierungen der östlichen Seite zu der Interpretation, daß mit dem NATO-Beschluß keineswegs die Verhandlungsgrundlage zerstört würde.²² Auf dem SPD-Parteitag und auch noch nach der offiziellen Ablehnung des NATO-Angebotes interpretierte Alfons Pawelczyk den Zusatz im Warschauer Pakt-Außenminister-Kommunique »... und die Verwirklichung dieses Beschlusses« in diesem Sinne.²³

Diese Interpretation drückt zwar ebenso wie die »auflösende Bedingung« des Parteitagsbeschlusses den Wunsch vieler Sozialdemokraten aus, durch Verhandlungen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zu verhindern. In der Realität jedoch

a) gab der Parteitag durch die Ablehnung der Forderung des Initiativantrages I/13, daß nach Prüfung der Verhandlungsergebnisse im NATO-Bündnis nach 1983 »ein erneuter Beschluß im Bündnis erforderlich« sei, grünes Licht für einen *uneingeschränkten Produktions- und Stationierungsbeschluß*

b) beschloß die NATO eindeutig und ohne Vorbehalt die Dislozierung der neuen Mittelstreckenwaffen — wie seit langem festgelegt — und

c) gaben zumindest die USA unverhohlen zu, daß sie vor einer Stationierung der neuen Waffen in Europa ab 1983 keineswegs an ein Verhandlungsergebnis glauben. US-Außenminister Vance erklärte nach dem Brüsseler Beschluß auf die Frage nach den Verhandlungsaussichten bis zum Stationierungstermin in 4 Jahren: »Die Verhandlungen zum SALT-II-Vertrag waren schwierig. Sie haben sechseinhalb Jahre gedauert. Die vor uns stehenden Verhandlungen über die Mittelstreckenatomwaffen sind von der Materie her noch viel komplizierter.

Vor dem Hintergrund dieser Realitäten und angesichts des oben dargestellten Inhalts des NATO-Angebotes, lediglich über landgestützte Raketen zu verhandeln — erscheinen die ganz im westlichen Sinne gedachten Interpretationen der östlichen Stellungnahmen mehr als Selbsttäuschungen denn als diplomatische

Meisterleistungen. Ein geradezu groteskes weiteres Beispiel für die Wahrnehmung der sowjetischen Vorschläge ist das Angebot Breschnews, bei Verzicht der NATO auf die »Nachrüstung« die »Anzahl der in den westlichen Gebieten der UdSSR stationierten Kernwaffenträger mittlerer Reichweite im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren«. Anstatt das darin enthaltene Eingehen der UdSSR auf westliche Sorgen über die sowjetischen Mittelstreckenraketen zu nutzen und sofort den substanziellen Inhalt durch Sondierungsgespräche für Verhandlungen auszuloten, wurde die Breschnewäußerung im Westen als Täuschungsmanöver verstanden, weil nicht namentlich der Stationierungsstopp der SS 20 angeboten wurde. Die allgemeingehaltene Formel Breschnews interpretierten westliche Militärs und Politiker so, als habe er nur die Verlagerung der SS 20 hinter den Ural angeboten, von wo aus sie weiterhin gegen Westeuropa gerichtet blieben. Andere meinten gar, daß Breschnew mit der Reduzierung nur den Abbau der veralteten SS 4 und SS 5 Raketen bei gleichzeitigem unverminderten Aufbau der mit dreifachen Sprengköpfen ausgerüsteten SS 20 vorgeschlagen hätte. (In der Tat wäre das ein merkwürdiges »Angebot«, bei dem zwar die Anzahl der Raketen verringert, die Anzahl der Sprengköpfe aber erhöht worden wäre.)

Dieser westlichen Interpretation widersprachen offiziöse sowjetische Stellen (Verteidigungsminister Ustinow und Retsnitschenko) und erläuterten, »daß Breschnew

- nicht etwa nur Verhandlungen über eine *Verlagerung* der SS 20 nach Osten angeboten habe, sondern
- 'über eine Reduzierung, ja sogar über einen Abbau' ... und auch
- über die 'Verringerung der Stärke ihrer Sprengköpfe'.«²⁵

Es kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein, Motivforschungen darüber anzustellen, warum solche Signale insbesondere in der Bundesrepublik nicht aufgegriffen wurden. Vieles spricht jedenfalls dafür, daß bereits im Vorfeld des NATO-Beschlusses vom 12.12.1979 eine historische Chance verpaßt wurde, das atomare Wettrüsten in Europa zu stoppen. Die Konzeption der SPD, diese Chance durch ein »rüstungskontrollpolitisches Angebot« in Verbindung mit dem »Nachrüstungsbeschluß« doch noch wahrzunehmen, ist daran gescheitert, daß die Bundesregierung innerhalb der NATO nur ein solches »Angebot« an die UdSSR durchsetzen konnte, das gerade die Waffen ausklammert, die für die Sowjetunion die größte Bedrohung in Europa darstellen — und das somit für die östliche Seite unannehmbar sein mußte.

Die Kritik an dem Vorgehen der NATO und insbesondere an der Bundesregierung muß auch dann aufrechterhalten bleiben, wenn wir die Fehler seitens der UdSSR im Vorfeld des NATO-Beschlusses beleuchten. Geht man davon aus, daß die UdSSR von den Festlegungen der NATO seit 1978 informiert gewesen ist, so bleibt es unverständlich,

- warum sie erst im Oktober 1979, *nach* dem Kabinettsbeschluß der Bundesregierung im September, der die »Nachrüstung« festlegte, mit einem präzisen

Angebot an die Öffentlichkeit getreten ist. Dieses Angebot zu einem früheren Zeitpunkt hätte die Willensbildung in der BRD zumindest erheblich beeinflussen können. Unklar bleibt auch,

- warum die UdSSR ihr Angebot vom 6.10.1979, ihre Mittelstreckensysteme zu reduzieren, nicht expressis verbis mit dem Angebot des Stationierungsstoppes der SS 20 verband (worauf Bemühungen einiger Sozialdemokraten gerichteten waren).

Eine Vermutung über die möglichen sowjetischen Motive bleibt im Bereich der Spekulation: Entweder glaubte man in der UdSSR nicht daran, daß sich bei den westeuropäischen NATO-Verbündeten ein Beschluß durchsetzen ließ, der im Endeffekt die Drohung mit dem nuklearen Selbstmord bedeutete, oder die sowjetische Führung sah den »Zug schon abgefahren«, so daß das Angebot lediglich eine demonstrative Geste darstellte.

Ein Grundübel des NATO-Beschlusses und der gesamten Diskussion um die Mittelstreckenraketen in Europa ist der scheinbar simple »Rechenfehler«, die Kategorie der landgestützten Mittelstreckenraketen und ihre Sprengköpfe in Ost und West gegeneinander aufzurechnen. Die in dieser Kategorie haushohe Überlegenheit der UdSSR bestimmt die gesamte politische Debatte. Die haushohe Überlegenheit der NATO in der Kategorie der seegestützten Mittelstreckenraketen wird aus verschiedenen formaltechnischen Gründen verschwiegen.

Ebenso bleibt es im allgemeinen sowohl Politikern wie der gesamten Öffentlichkeit vorenthalten, was die sowjetischen Motive zur Stationierung der SS 20 Raketen sein mögen. Es bleibt dann nur den Friedensforschern und einer kleineren Öffentlichkeit überlassen, festzustellen, daß die seit 1977 eingeführten SS 20 im Prinzip ihr qualitatives Gegenstück in den seit 1970 eingeführten neuen U-Boot-gestützten Mittelstreckenraketen der NATO haben²⁶:

- während die NATO seit 1970 ihre seegestützten Mittelstreckenraketen »vermirtete«, also mit jeweils bis zu 14 Sprengköpfen ausstattete (bei den »Poseidon C2-U-Booten« der USA),
- ersetzte die UdSSR ihre landgestützten Raketen seit 1977 durch die SS 20 mit jeweils 3 »Mirvs« (lenkbaren) Sprengköpfen.

Der unterschiedliche Beginn der Erneuerung bzw. Modernisierung ergibt sich aus der Tatsache, daß die »Mirv-Technologie den USA bereits seit 1970, der UdSSR erst 1976 zur Verfügung stand.

Die oft als besonders gefährlich angesehene geringe Möglichkeit des Westens, die SS 20 auszuschalten (sie sind nicht mehr fest, sondern beweglich installiert), korrespondiert mit der z.Zt. faktischen Unmöglichkeit der UdSSR, die Atomraketen tragenden westlichen U-Boote zu vernichten.

Es ist simplerweise die unterschiedliche geostrategische Lage, die in der UdSSR zur beweglichen Stationierung auf dem Lande und bei der NATO zur beweglichen Stationierung zur See führt.

Mit anderen Worten: Die von den meisten Befürwortern der NATO-Nachrüstung in den USA und in der BRD ins Feld geführte Argumentation, die NATO

habe der SS 20 nichts Vergleichbares entgegenzusetzen, ist unrichtig. Hingegen weist z.B. der US-Senator Nunn einschränkend darauf hin, daß die NATO keine vergleichbaren *landgestützten Raketensysteme* entgegenzusetzen habe.²⁷

Allerdings gibt es z.Zt. den Unterschied in der Treffgenauigkeit der jeweiligen Sprengköpfe der SS 20 (ca. 200 m Streukreishalbmesser = Zielabweichung) und der Poseidon C3 (ca. 450-500 m)²⁸; letztere soll ab 1981 von Trident C4 (ca. 250 m) abgelöst werden. Bei den britischen Polaris A-3-Raketen beträgt der Streukreishalbmesser ca. 900 m.

Gegen die Vergleichbarkeit der SS 20 mit den unter europäischem NATO-Kommando stehenden seegestützten Mittelstreckenraketen der USA könnte bestenfalls ein Argument stehen, welches auch gebraucht wird, um sie aus der europäischen »Grauzonenbilanz« herauszuhalten: Sie werden im SALT-II-Abkommen als strategische Waffensysteme gezählt. Das ändert jedoch nichts an ihrer *inhaltlichen* Bestimmung als eurostrategische Waffe gegen die UdSSR. Andererseits ist die geplante Pershing II Rakete mit ihrem neuen Steuerungssystem eine geradezu revolutionäre technologische Neuerung, die nicht ernsthaft der SS 20 vergleichbar ist: Ihr Streukreishalbmesser beträgt durchschnittlich *ganze 18 Meter (!)*. Sie erhält damit eine atomare Durchschlagskraft gegen sämtliche gehärteten militärischen Ziele, die ihren Einsatz auf einer unteren Eskalationsebene geradezu provoziert. Das wird Auswirkungen auf neue Nachrüstungsmaßnahmen der UdSSR haben, die heute noch unabsehbar sind und — sollte sie stationiert werden — auf längere Sicht Rüstungskontrollabkommen mit der UdSSR erheblich erschweren.

III. Die Veränderung der Lage in Europa durch den Nachrüstungsbeschluß: Zurück zum kalten Krieg — oder eine neue offensive Nuklearstrategie der USA?

1. Eine Tatsache ist bei uns vielen unbekannt: Amerikanische Mittelstreckenraketen gab es in Westeuropa bereits seit Ende der 50er Jahre. *Bis 1962 wurden rund 90 sogenannte »Jupiter« — und »Thor«-Raketen in europäischen NATO-Ländern stationiert*, die das Territorium der UdSSR erreichen konnten. Die 1956 durch das Pentagon in Auftrag gegebenen Mittelstreckenraketen waren überwiegend in England stationiert (Februar 1960 68 Stück). Mit diesen Raketen wollte die NATO einer möglichen atomaren Erpressung durch die UdSSR entgegentreten — die mit der nuklearen Drohung 1956 die Engländer und Franzosen zum Rückzug aus Ägypten (Suez-Krise) veranlaßt hatte.

Die Sowjetunion hatte 1959 begonnen, *eigene Mittelstreckenraketen* gegenüber Westeuropa zu installieren. Aus der Sicht des Warschauer Paktes waren diese Raketen der *»eurostrategische«* Schutzschild für die Warschauer-Pakt-Staaten, die ihre (auch heute noch) erhebliche Unterlegenheit im taktisch-nuklearen Bereich ausgleichen sollte (nach NATO-Angaben stehen den rund 7000 westlichen rund 3000 bis 3500 östliche taktische Sprengköpfe gegenüber). Diese westliche Überlegenheit wird im Rahmen der »flexible response« als Ausgleich

für das Übergewicht des Warschauer Paktes im konventionellen Bereich (Panzer usw.) verstanden. Als *Schutzschild für die Westeuropäer* gilt bis heute das *nuklearstrategische Potential der USA*.

2. Die westeuropäischen Mittelstreckenraketen stellten aus der Sicht der UdSSR eine akute Bedrohung dar, da sie binnen weniger Minuten einen Angriff auf die UdSSR — also ohne Vorwarnzeit — starten könnten. Diese strategische Situation veranlaßt die UdSSR 1962, ihrerseits *Mittelstreckenraketen* in unmittelbarer Nähe der USA *auf Kuba* zu stationieren, was bekanntlich die »Kuba-Krise« auslöste. Die Verhandlungen zwischen USA und UdSSR hatten u.a. zum Ergebnis, daß *beide Seiten alle landgestützten Mittelstreckenraketen in der jeweiligen Nähe des Gegners abbauten: Die UdSSR zog ihre aus Kuba, die USA zogen ihre 90 Raketen aus Westeuropa ab.*²⁹

3. Das *Ergebnis dieser Vereinbarung ist im Prinzip bis heute von beiden Seiten eingehalten worden*, trotz umfassender Modernisierungen auf beiden Seiten im Bereich der vorhandenen Atomwaffenträger. (In Westeuropa u.a.: Ersetzung der »Seargent«-Raketen durch die »Lance«-Raketen, ebenso Ersetzung der »Honest-John«, Stationierung von rund 150 hochmodernen F-111-Mittelstreckenflugzeugen zu »voll nuklearfähigen Systemen«, britische Polaris-A3-U-Bootraketen unter europäischem (US-)NATO-Kommando. In Osteuropa: ca. 120 SS 20 Raketen, die weiter anstelle der veralteten Systeme installiert werden, ca. 80 »Backfire«-Bomber, die den F-111 der USA vergleichbar sind, rund 20 seegestützte Raketen, SS 21-Kurzstreckenraketen.)

4. Die *Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen*, insbesondere die geplanten 106 Pershing-II-Raketen, *würde die Vereinbarung von 1962 praktisch außer Kraft setzen. Die strategische Lage der UdSSR würde durch ein solches Vorgehen tatsächlich — wie 1960 — einschneidend verschlechtern:*

a) Der UdSSR könnten durch die Pershing-II-Raketen binnen sieben bis zehn Minuten atomare *Erstschläge* versetzt werden, *die ihre gesamte Abwehr- und Reaktionsstruktur in Europa außer Gefecht setzen könnten.* (Insbesondere auf Grund der vielfach höheren Treffgenauigkeit der Pershing II gegenüber etwa der sowjetischen SS 20 - letztere ca. 200 m, erstere etwa ca. 18 m Zielabweichung! —)

Die erneute Installierung von US-Mittelstreckenraketen ist keine Rückkehr zur früheren Nuklearstrategie, sondern entspricht einer neuen Nuklearstrategie der USA, anstatt wie vor 1962 Vergeltungsschläge gegen Städte, gezielte Vernichtungsschläge gegen Militär- und Industriezentren zu planen.³⁰

b) Beim Einsatz von in Westeuropa stationierten Raketen hätte die UdSSR *keine Vorwarnzeit* und damit *keine Reaktionsmöglichkeit*. Anders im Falle von Interkontinentalraketen der USA oder auch beim Start von »Cruise Missiles«, die zwar nicht abgefangen, die dabei von der Satellitenaufklärung erkannt werden können und wegen ihrer längeren Flugzeit zu Gegenmaßnahmen gegen die NATO führen würden. Cruise Missiles sind aus diesem Grunde nicht zu einem entwaffnenden und überraschenden Erstschlag gegen die Sowjetunion geeignet,

obgleich sie eine uneingeschränkte »Zweitschlagsfunktion« haben. Wegen der längeren Flugzeit (Cruise Missles fliegen langsamer als Schallgeschwindigkeit) wären zudem Irrtümer eher korrigierbar, und gegebenenfalls wäre der vereinbarte »heiße Draht« zwischen Washington und Moskau zu mobilisieren.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß z.B. am 9.11.1979 durch einen Schaltfehler in den US-Abwehrcomputern für 6 Minuten Atomalarm gegeben worden war, kann man sich vorstellen, welches »Pannennisiko« in Westeuropa stationierte Pershing II mit sich bringen.

5. Die in These 4 dargestellten militär-technischen Aspekte der Stationierung der Pershing II in Westeuropa verdeutlichen nicht nur, warum die UdSSR ein dringendes Sicherheitsinteresse daran hat, die Stationierung dieser Waffen in Westeuropa zu verhindern und darüber zu verhandeln. Die genannten Gesichtspunkte verdeutlichen auch, warum Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland objektiv überhaupt kein Interesse an der Stationierung von Mittelstreckenraketen haben kann:

a) die enorme Beeinträchtigung der Lage der UdSSR würde die gesamte *Entspannungspolitik infragestellen*; insbesondere die ausschließliche Stationierung der Pershing II in der Bundesrepublik würde die ohnehin latenten Ängste vor »den Deutschen« in unvorstellbarem Maße schüren; Gegenreaktionen der UdSSR besonders im Hinblick auf die *Lage in Berlin* wären mit Sicherheit zu erwarten.

b) *Militärisch* gesehen ist die beabsichtigte Abschreckungswirkung der Pershing II Raketen nichts anders als eine »Selbstmordofferte«: Schon allein die Präzision und Schnelligkeit dieser *Erstschlagswaffe* fordert im Konfliktfalle *Präventivschläge* heraus, da andernfalls der Gegner die entwaffnende Ausschaltung seiner militärischen Zentren ohne jegliche Vorwarnzeit riskieren würde.

Während aber die Erstschlagswaffen der USA und der UdSSR in un- oder kaum bewohnten Gebieten stationiert sind und selbst bei ihrer gezielten Vernichtung eines Überlebenschance und Zweitschlagsmöglichkeit bieten würden, wäre die Ausschaltung der Pershing II Basen in Mitteleuropa mit unserer nuklearen Verwüstung verbunden.

6. Es kann daher vom Interesse der Westeuropäer eigentlich nur eine *klare Ablehnung der Stationierung von Pershing II Raketen in jedem Falle* geben. Für die Stationierung der geplanten Cruise Missles »Tomahawk« können NATO-Verbündete bei Anerkennung der bisherigen Militärstrategie nur dann eintreten, wenn tatsächlich

a) bis zum Auslaufen des SALT-II-Abkommens 1985 im strategischen Bereich die UdSSR real einen quantitativen und qualitativen Gleichstand mit den USA erzielt haben sollte (zur Zeit haben die USA ungefähr eine doppelte Anzahl strategischer Atomsprenghköpfe, die als »strategischer Schirm« für Westeuropa wirken können. Zudem lassen sowohl die Einschätzungen von Friedensforschern und US-Politikern (Kennedy, Brown) als auch die neuen enormen Rüstungsprogramme der USA (z.B. MX-Raketen u.a.m.) bezweifeln, ob die

UdSSR die ökonomische und technologische Kraft hat, mit den USA »gleichzuziehen«),

b) die UdSSR im »eurostrategischen« Bereich weiterhin unvermindert die veralteten SS 4 und SS 5 durch die SS 20 ersetzen würde und zugleich die NATO ihr qualitatives und quantitatives Übergewicht im taktisch-nuklearen Bereich nicht ausbauen würde (deren Modernisierung wurde jedoch bereits auf der Tagung des Nordatlantikrates am 31.5.1978 im »Long Term Defense Program« und im »Five Year Defense Plan« der USA für 1979-1983 festgelegt).

c) die NATO auf ihre derzeitigen Modernisierungsprogramme bei den U-Boot-gestützten Mittelstreckenraketen — den eigentlichen Gegenstücken zur SS 20 verzichten würde. Auch dies ist eine rein theoretische Fragestellung, weil die Modernisierungsprogramme sowohl bei den britischen, amerikanischen und französischen Raketen-U-Booten bereits im Realisierungsprozeß stehen. Mit anderen Worten: Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, daß die UdSSR 1985 strategisch voll mit den USA gleichzieht und zugleich erheblich ihr eurostrategisches Potential ausbaut, wäre der Ausbau einer *Zweitschlagskapazität in Form der Cruise Missles* für Ende der 80er Jahre als »Beitrag zum militärischen Gleichgewicht« denkbar.

Nicht anzustreben ist dieser Schritt jedoch unter dem Gesichtspunkt der *Gefahren*, die er mit bringt: Die Präzision und Durchdringungsfähigkeit der Cruise Missile leitet ebenso wie die Pershing II eine *neue Stufe des qualitativen Wettrüstens* ein. Sie hat wie die Neutronenwaffe die Funktion, den *Atomkrieg wieder führbar zu machen, indem sie die zivilen »Kollateralschäden« in »Grenzen« hält.*³¹

Noch weit gefährlicher dagegen ist, wie ausgeführt, die Erstschlagswaffe Pershing II für die dichtbesiedelte Bundesrepublik: Sie *proviziert* im Ernstfall zwangsläufig Präventivschläge, *unterläuft Vereinbarungen* zum Schutz vor unbeabsichtigten Atomkriegen und kann ungünstigstenfalls sogar *kriegsauslösende Effekte* erzielen.

Es muß daher die Hauptstoßrichtung des politischen Widerstandes gegen die Realisierung der »Nachrüstung« sein, in erster Linie die Stationierung der erstschlagsfähigen Pershing II auf dem Boden der BRD zu verhindern. Dies kann selbstverständlich nur ein Teilziel des Kampfes gegen den friedengefährdenden Rüstungswettlauf darstellen. Auch wenn es zunächst absurd klingt, den Kampf gegen die nukleare Aufrüstung zu »teilen«: Der Kampf gegen eine unmittelbar friedengefährdende Waffe hat Vorrang vor dem Kampf gegen Waffen, die »nur« den Rüstungswettlauf vorantreiben. Der Kampf gegen den Rüstungswettlauf, der innerhalb und mit der SPD geführt werden muß, ist nicht etwa dadurch zum Scheitern verurteilt, daß der Doppelbeschluß der NATO und die Ablehnung des NATO-Angebots durch die UdSSR und den Warschauer Pakt bereits erfolgt ist. Die Ablehnung durch den Warschauer Pakt bezieht sich auf die »Verhandlungsgrundlage«, also auf das unannehmbare NATO-Angebot vom 12.12.1979 und das Breschnew-Angebot vom 6.10.1979. Das NATO Angebot

entspricht außerdem keinesfalls den inhaltlichen Forderungen des SPD-Parteitagcs zur Sicherheitspolitik. Der Weg für Verhandlungen auf einer die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigenden Grundlage ist damit durchaus nicht verbaut.

Anmerkungen

- 1 Lt. SIPRI und Military Balance.
- 2 Spiegel Nr. 24/79.
- 3 Weißbuch der Bundesregierung 1979, S.107.
- 4 Frankfurter Rundschau vom 1.12.1979.
- 5 Vgl. Frankfurter Rundschau, ebd.
- 6 Alfons Pawelczyk in der Neuen Gesellschaft 2/1979, S.95ff. und 1/80, S.41ff.
- 7 Vgl. Helmut Schmidts Rede vor dem Internat. Inst. f. Strateg. Studien, London, vom 28.10.1977, zusammengefaßt in: Europ. Wehrkunde, (i.F. abgekürzt EWK), 12/1977, S.631f. — Nach Aussagen des rechtsstehenden Rüstungsexperten Wolfram Raven, werden die USA 1986 aufgrund der SALT II Vereinbarung immer noch ein Übergewicht in der Anzahl der nuklearen Gefechtsköpfe von 26 % haben, also »ihre Überlegenheit ... wohl noch wahren« (EWK 10/79, S.483) Schon diese Aussage eines engagierten Verfechters massiver Aufrüstungsmaßnahmen widerlegt die Notwendigkeit des Auffüllens der »Raketengücke«.
- 8 EWK 4/79, S.199.
- 9 Vgl. H.D. Berke, Um die Fähigkeit zurückzuschlagen, EWK 11/79, S.543.
- 10 G.F. Kennan, Die russische Gefahr ist viel Einbildung, Die Zeit, 7.1.1980.
- 11 Beschlossener Leitantrag des Parteivorstandes der SPD, These 25.
- 12 Vgl. Dieter S. Lutz, Das Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, o.O., o.J. (vervielf. Manuskript), S.6.
- 13 Alfons Pawelczyk, Neue Gesellschaft 1/80, S.43.
- 14 Paul Warncke, Interview im Spiegel Nr. 24/79.
- 15 Stanley R. Resor, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, EWK 4/79, S.166f.
- 16 a.a.O., S.167; ebenso angekündigt in: Harold Brown, Department of Defense, Annual Report Fiscal Year 1979, o.O., 1979, S.133.
- 17 Wortlaut des NATO-Kommuniques, abgedr. in: Tagesspiegel v. 14.12.1979.
- 18 Beschlossener Leitantrag des Parteivorstandes, These 25.
- 19 Kommuniqué der Tagung des Komitees der Außenminister der Staaten des Warschauer Vertrages am 6.12.1979 in Berlin, ND v. 7.12.1979.
- 20 Süddeutsche Zeitung v. 26.11.1979, ND v. 7.12.1979.
- 21 ND v. 7.10.1979.
- 22 »Bonn glaubt trotz der Warnungen Gomykos an Verhandlungsbereitschaft Moskaus«, Artikel in der Süddeutschen Zeitung v. 26.11.1979.
- 23 Alfons Pawelczyk, NG 1/1980, S.43.
- 24 Die Welt v. 14.12.1979.
- 25 Christian Potyka, In der Raketengücke nistet der Zweifel, Südd.Zeitg. v.5.11.1979.
- 26 Milton Leitenberg, NATO-WTO-LRTNF's, Draftpaper v. 20.11.1979, hrsg.v. The Swedish Institute of International Affairs, Stockholm, S.4.
- 27 a.a.O.
- 28 Gert Krell, Das militärische Gleichgewicht bei den nuklearstrategischen Waffen, Manuskript vom Oktober 1979, S.32.
- 29 Vgl. Die Welt v.26.10.79, S.1; EWK 10/79, S.483; EWK 11/79, S.542.
- 30 Vgl. Peter Hughes, Hans Rühle, Zur gegenwärtigen Debatte über eine neue Nuklearstrategie, in: EWK 5/79, S.228-235.
- 31 Vgl. a.a.O.

Pietro Ingrao (KPI):

»... Strauß will ganz Europa eine andere Orientierung geben.«

— Zu einigen Fragen hegemonialer Politik der italienischen Kommunisten —

Das folgende Interview entstand am Rande des 2. Otto Bauer Symposiums in Wien Ende November 1979 (vgl. auch den Kongreßbericht in diesem Heft). Einer der Referenten dieser von der Sozialistischen Jugendinternationale (IUSY) veranstalteten Tagung war Pietro Ingrao, führender Funktionär der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), von 1976 bis 1979 Präsident der Abgeordnetenkammer des italienischen Parlaments.

Zu Beginn antwortete Ingrao auf eine Frage nach der innerparteilichen Diskussion der Generallinie von Partei und von der kommunistisch orientierten Gewerkschaft CGIL, die im vergangenen Herbst ausgelöst wurde durch die Kritik von Giorgio Amendola — wie Ingrao Mitglied der Direktion und des Zentralkomitees (ZK). Ingrao erläutert ferner, wie sich kommunistische Politik in Italien abgrenzt von Praxen der Sozialpartnerschaft, wie andererseits der »historische Kompromiß« als eine Strategie hegemonialer Politik über den Leninismus hinausgeht. Fragen entstehen: Welche Bedeutung gewinnt der Staat der monopolkapitalistischen Länder Westeuropas in einem Prozeß sozialistischer Transformation? Wie weit reichen die Aufgaben der Parteien? Bemerkenswert ist Ingraos Forderung nach Zusammenarbeit der westeuropäischen Linken — die zwar noch nicht Wirklichkeit, aber durch Konvergenzen möglich und angesichts der Strauß-Kandidatur notwendig geworden ist. Es bedarf eines »neuen Internationalismus« auf der Grundlage der Autonomie der nationalen Bewegungen und Parteien.

Das Interview machte unser ständiger Mitarbeiter Peter Pelinka, die Übersetzung aus dem Italienischen besorgte Brigitte Herdin.

spw: Genosse Ingrao, Giorgio Amendola hat kürzlich die Politik der KPI und der italienischen Gewerkschaften hart kritisiert. Hat sich die Kritik durchgesetzt?

Ingrao: Amendola hat in zwei Hauptpunkten Kritik geübt: Einmal hat er die Gewerkschaften kritisiert, weil sie Arbeiterforderungen nach Lohnerhöhungen unterstützten, die nach Amendolas Meinung die Unternehmer zum Ankurbeln der Inflation ermuntern. Und dann hat er die Gewerkschaften kritisiert, weil sie sich angeblich nicht scharf genug von terroristischen Aktionen in den Betrieben distanzieren haben. Der dritte Kritikpunkt betraf dann die Institution der Fabrikräte.

Zuerst muß man einmal die Form der Diskussion erwähnen: Wir haben alle Punkte in unserer Presse und im Zentralkomitee diskutiert, wo auch Amendola seinen Standpunkt dargelegt hat. Das ZK hat seine Kritik nicht akzeptiert und durch Berlinguer eine Gegenerklärung abgegeben. Danach bestand der Hauptfehler Amendolas darin, den Kampf gegen die Inflation ausschließlich auf dem Weg der Reduzierung der Arbeitskosten zu sehen. Berlinguer hat klar gemacht, daß die Inflation eine strukturelle mit internationalen Ursachen ist. Wir haben Amendola gesagt, daß wir nicht etwas gesund machen können, ohne es gleichzeitig gründlich zu verändern. Wir müssen also auch die Orientierung der Produktion in Frage stellen, wollen wir der Krise Herr werden. Wir werden nur dann erfolgreich von den Massen Opfer verlangen können, wenn wir ihnen die Perspektive der Veränderung geben. In Bezug auf die Fabrikräte wurden Fehler zugegeben, wir werden aber von dieser wichtigen Form der Verbindung zwischen der Gewerkschaft und dem Kollektiv nicht abgehen.

Die Diskussion in unserer Partei ist aber jetzt nicht beendet, das ZK hat nur seine Meinung gesagt und Amendola nicht überzeugt. Wir stehen auch in diesem Punkt nicht in der Tradition der III. Internationale, daß man immer einheitlich zu Schlußfolgerungen kommen muß. Ich habe im Laufe meines politischen Lebens auch gelernt, daß der Moment einer offenen Diskussion äußerst wichtig ist, wir müssen die Dialektik der Auffassungen nur verbinden mit der zu leistenden Aktivität.

spw: In ultralinken und manchen sozialdemokratischen Einschätzungen wird der von der KPI angestrebte »Historische Kompromiß« mit der in Österreich fest institutionalisierten Form der Sozialpartnerschaft verglichen ...

Ingrao: Das ist völlig falsch, wir streben das Gegenteil Eurer Form der Sozialpartnerschaft an. Wir wollen die breiten Volksmassen in ihrem Bewußtsein so verändern, daß sie große Kämpfe zur Veränderung der Inhalte unserer unvollkommenen Demokratie führen. Wir wollen keine Massen, die ruhig sind, wir wollen im Gegenteil aktive Massen, keine, deren Klassengeist abgetötet ist. Die Strategie des »historischen Kompromisses« ist daher keine idyllische Strategie, sie beinhaltet nicht nur Kämpfe und kritische Momente, sondern auch Spaltungen. Das bedeutet: Kein Bündnis mit der DC¹ so, wie sie heute ist. Wir stehen ja heute in Opposition zu ihr. Wir wollen aber schon jetzt in der Opposition Schritte entwickeln, die eine Umwandlung der DC und eine Einbeziehung dieser Partei in ein Bündnis ermöglichen, wobei auch wir uns verändern werden, weil der historische Kompromiß von allen Beteiligten Änderungen verlangt.

Außerdem muß man ja sehen, daß diese Strategie nicht 1979 von der KPI erfunden wurde, sondern sich im Laufe der Zeit entwickelt hat. Ihre Formulierung hat klare Voraussetzungen und Wurzeln in unserer gesamten Politik der 60er Jahre. Daß diese Strategie das Bewußtsein der Arbeiterklasse nicht geschmälert hat, scheinen zwei Dinge zu zeigen: 1975/76 erfuhren die linken Kräfte in Italien eine Stärkung wie nie zuvor — nicht einmal wie nach dem Sturz des Faschismus 1945 — was zur Folge hatte, daß in einigen der wichtigsten italienischen Städte und Regionen eine Mehrheit der linken Kräfte die Führung übernahm. Dann gab es in diesen Tagen einen Generalstreik mit äußerst fortschrittlichen Inhalten, die qualitativ über reine Lohnforderungen hinausgingen. Sie hat sehr wichtige Fragen angeschnitten wie die Arbeitsorganisation, ihre Kontrolle durch die Fabrikarbeiter, die Arbeitszeitverkürzungen, den Gesundheitsschutz und vor allem die Investitionskontrolle. Diese Bewegung hat nicht nur Informationsrechte über Unternehmerbeschlüsse errungen, sondern massiv auch die Kontrolle über diese Pläne gefordert. Die Beschlüsse von Fiat, Investitionen in den Süden zu verlegen, sind etwa Resultate des Kampfes der Arbeiterbewegung, es waren Mailänder und Turiner Arbeiter, die dafür kämpften. Als Folge dieser Kämpfe und auch der Krisen der kapitalistischen Welt wird der Kampf noch wesentlich härter werden, vor allem dann, wenn die Bourgeoisie die Möglichkeit sieht, daß die kommunistische Partei in die Regierung eintreten könnte. Wir sind bei einer neuen Phase des Kampfes angelangt, dessen einer Teil ein Angriff auf die sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Arbeiterklasse ist und der den politischen Fortschritt blockieren will. Agnellis Schachzug gegen die 61 Fiat-Arbeiter hat genau diese politische Bedeutung.

spw: Welche Fortschritte habt Ihr beim Einbeziehen neuer Schichten in diese Strategie

gehabt?

Ingrao: Wir verfolgen zum Beispiel mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der katholischen Linken, die sich teilweise noch an der DC orientieren. Die Einbeziehung katholischer Massen ist ja nicht nur eine numerische Frage, sondern auch eine Frage der sozialen Dynamik, die diese Schichten auslösen. Dann will ich nicht den Einfluß und die Bedeutung leugnen, den die italienischen Sozialisten für die demokratische Entwicklung hatten und haben. Am wichtigsten scheint mir aber die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu sein. Im Rahmen der Gesellschaftsverwandlung und der Entwicklung der Arbeitswelt hat sich in Italien die Erfahrung einer Gewerkschaftseinheit ausgebildet, die zu ihren Entscheidungen die ganze Masse der Arbeiter aufruft, auch jene, die kein Gewerkschaftsbuch haben. Eine Gewerkschaft, die ihre Kraft auf dem Netz der Fabrikräte aufbaut, direkte Organe aus den Delegierten der Arbeitskollektive in den verschiedenen Abteilungen sind. Die Gewerkschaftspolitik zielt aber nicht allein auf bestimmte Forderungen ab, sie muß vielmehr die Probleme der ganzen Arbeiterbewegung erfassen und die Kluft zu ihren Repräsentanten, zu Produktionsleitung und Politik überwinden. Den Gewerkschaften obliegt es heute, die Fabrikräte mit den Quartierräten zu verbinden, den Kampf der Beschäftigten mit dem der Beschäftigungslosen, die Probleme der Schule und Universität mit denen der Produktion. So aktivieren wir erfaßte Schichten und erfassen neue Schichten.

spw: Das heißt, Ihr stellt die schematische Trennung zwischen Partei und Gewerkschaft in Frage?

Ingrao: Wir haben immer die Autonomie der Gewerkschaften anerkannt, aber auch erklärt, daß es keine Problemtrennung zwischen den Parteien und den Gewerkschaften geben kann. Wir sind gegen eine mechanische Trennung, derzufolge sich Gewerkschaften nur mit Lohn- und Sozialpolitikfragen beschäftigen, die Parteien dagegen mit »allgemeiner« Politik. Man kann sich heute nicht mit Löhnen beschäftigen, ohne das Thema der Staatsintervention oder der neuen Machtorientierung einzubeziehen. Das heißt auch, die Trennung von Politik und Staat in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft zu bekämpfen und zu verstehen, auf welchem Weg heute die Bildung eines Klassenbewußtseins und eine Entscheidung für Demokratie und Sozialismus erreicht werden kann. Der Kampf und die Erfahrung der Jahrzehnte haben Formen der Unterdrückung hervorgebracht, die nicht direkt dem Arbeitsverhältnis in einer Fabrik entspringen. Immer mehr dringen uns neue Formen der Ungleichheit ins Bewußtsein — wie die neuen Machtelemente in der Wissenschaft und Technologie —, die im Bereich der gereiften kapitalistischen Länder verbleiben, wie die Unterdrückung der Frauen oder eines Teils der Intellektuellen, wie die Beziehungen zur natürlichen Umwelt und zur Sexualität.

spw: Hat nicht die KPI gerade auf diesem politischen Gebiet, das stark von »autonomen« oder Alternativgruppen beherrscht wird, in den letzten Monaten an Boden verloren?

Ingrao: Das ist tatsächlich ein ernstes Problem, das eng mit unserem Verhältnis zur Jugend zusammenhängt, wo wir einige Schwächen registriert haben. Die Ergebnisse der letzten Wahl sind bezeichnend, aber sie sind nicht das einzige Signal für dieses Problem. Schon früher gab es Schwierigkeiten mit der Jugend, denen schon Togliatti² große Aufmerksamkeit gewidmet hat.

Die Partei muß einmal dorthin gehen, wo sich die Jugendlichen befinden, nicht dorthin, wo wir sie gerne hätten. Sie muß sich bewußt machen, wie die sozialen Erfahrungen dieser Jugendlichen aussehen, und darf nicht an einem schematischen Bild des jugendlichen Arbeiters, wie er einmal existiert hat, kleben. Die heutigen Jugendlichen erleben meist zwei oder drei soziale Erfahrungen, sie sind Studenten in dieser krisenhaften Universität, sie haben Gelegenheitsarbeiten, auch solche, die fast gar nicht gesichert sind. Sie konkurrieren untereinander um Anstellungen, gehen im Sommer einen Monat lang Kirschchen pflücken oder richten sich in Rom Geschäfte ein. Auch die Familie selbst übermittelt nicht mehr eine Kultur, eine Tradition, einen Beruf, man kann nicht mehr wie früher von *dem* jungen Angestellten oder *dem* jungen Advokaten sprechen. Früher hat ein Neugeborener einer Arbeiterfamilie in der Toskana oder Emilia oder in Apulien oder Sizilien meist schon mit der Muttermilch eine politische Haltung empfangen, gewisse Weltanschauungen und Gewohnheiten. Heute gibt es auch in Arbeiterfamilien verschiedene Kulturen. Es gibt Jugendliche, die ihre Erfahrungen in Kaufhäusern oder Diskotheken eher machen als beim Vater, der zweifache Arbeit leistet, oder bei der Mutter, die Hausarbeit macht. Als ich jung war, wurden wir von Romanen der sozialen Literatur geprägt, mein Sohn wird heute durch Musik und Schallplatten geprägt.

Man muß die Jugendlichen heute verstehen, die einen anderen Sozialismus im Kopf haben als den, der nur für höhere Löhne oder die Befreiung von der Fabrikausbeutung kämpft, die einen Sozialismus wollen, der ihnen Kreativität gibt und ihnen hilft, individuell glücklich zu sein auch in der Liebe, der Sexualität, den Gefühlen. Es besteht die Notwendigkeit, neue menschliche Beziehungen zu finden, das Thema der Subjektivität muß auch die Partei beschäftigen, sonst können wir die Jugendlichen nicht ansprechen.

spw: Ist das aber nicht mehr als nur ein Problem mit der Jugend, ist es nicht auch ein Problem für das gesamte Verständnis einer Parteifunktion?

Ingrao: Tatsächlich muß eine Arbeiterpartei heute die Autonomie und Spezifität vieler Bewegungen außerhalb anerkennen, sie muß sie als Teil des allgemeinen Kampfes um demokratische Erneuerung einschätzen. Das bedeutet, eine Dialektik zwischen Gesellschaft und Politik zu konzipieren, die weit genug ist, sich von Widersprüchen zu einer Vielfalt von Quellen zu erweitern.

In diesem Feld verschwindet deswegen nicht die Rolle der politischen Partei. Es verschwindet aber ihre totalisierende Konzeption als Organismus, der vorgibt, in sich jegliche politische Erfahrung zu vereinigen oder den Monopolanspruch auf die allein richtige Theorie zu besitzen. Die Partei verliert so nicht ihre Aufgabe, einen allgemeinen Plan für eine neue Gesellschaft zu entwerfen, sie konzipiert diesen Plan sogar auf eine viel reichere Art.

spw: Ist das nicht ein tiefgreifender Bruch mit dem Leninismus?

Ingrao: Dazu muß man rekonstruieren, was der Leninismus in der Geschichte für die westeuropäische Arbeiterbewegung bedeutet hat. Lenin hat in dreierlei Hinsicht eine Wendung herbeigeführt: Erstens hat er die Gesamtheit aller Klassenbeziehungen untersucht und ist dabei über partielle oder rein soziologische Anschauungen hinausgegangen. Politik wird von ihm nicht als Spiel in den oberen Partei Reihen gesehen, sondern in den Zusammenhängen der Klassenbeziehungen insgesamt. Zweitens hat der Leninismus viel Neues für die Bildung von Bündnissen gebracht, insbesondere für die unterentwickelten Zonen.

Und drittens hat er die Frage der Macht und ihrer Ergreifung mit einer eigenen Organisationsstrategie beantwortet.

Ich glaube, daß insbesondere in diesem Punkt Lenin nicht immer die gleichen Aussagen gemacht hat, auch nicht zu den Funktionen der Partei. Auch wir haben uns hier zu Änderungen entschlossen, schon 1944 hat Togliatti die Funktion einer »Neuen Partei« entwickelt. Wir müssen uns auch über einen anderen Punkt der leninistischen Erfahrungen Gedanken machen, über die Rolle des Staates als fundamentaler Hebel für eine Gesellschaftsänderung. Ich glaube, wir kommen heute eher noch weiter zur Marxschen Idee der Auslöschung des Staates, nicht in utopischer Form, sondern konkret, indem wir einen Weg suchen, auf dem der Sozialismus nicht anders als ganz in und mit dem Staat geht. Insgesamt müssen wir von Denkformen wegkommen, wo einer den anderen als Leninist oder Nicht-Leninist titulierte.

spw: Sowohl in der Frage der Staatseinschätzung als auch generell der Möglichkeit eines friedlichen Wegs zum Sozialismus wird Euch von mancher Seite »Reformismus« vorgeworfen.

Ingrao: Es gibt keine Differenzen darüber, daß ein Fortschritt in Richtung Sozialismus die Ausbildung neuer Staats- und Organisationsformen mit sich bringt. Die Kontroversen beginnen dort, wo man den Staat betrachtet. Wir glauben nicht an den Staat als einheitliche Maschine, den man wie eine physische Burg erobern kann. Die Arbeiterbewegung hat vielleicht früher Fehler durch solche Vorstellungen gemacht. Der Staat ist weder eine physische Maschine noch eine einheitliche Festung. Er ist eine soziale Beziehung, d.h. eine Gesamtheit von Institutionen, die die Beziehungen der Klassen untereinander zum Ausdruck bringt und reguliert mit der Tendenz, den herrschenden Klassen die allgemeine soziale Erhaltung des kapitalistischen Systems zu garantieren. Wir müssen den Staat sehen als Gebilde, in dem auch die Massen und deren Beziehungen Gewicht haben, in das sie eindringen können. Auch in Momenten bürgerlicher Vorherrschaft müssen die herrschenden Klassen die Aktionen der großen Bewegungen in ihren Berechnungen miteinbeziehen, daher sind auch die Staatsapparate nicht geschlossene Objekte, sondern Formen bestimmter Beziehungen und Kulturen. In diesem Sinne halte ich den Kampf für eine Transformierung des Staates nicht für einen Kampf nur von außen, sondern auch von innen. Für mich besteht die Radikalität des Kampfes nicht in der Verneinung von außen, womit man die Transformierung nur verschiebt, sondern im Eingriff heute, indem man die Erfüllung auch der einfachsten Forderungen wie Lohnerhöhungen oder Wohnungsverbesserungen mit der Perspektive einer Staatsveränderung verbindet.

Der friedliche Weg zum Sozialismus, den wir anstreben, wird natürlich auch starke Konflikte beinhalten. Wir wollen den Sozialismus aber auf Basis eines Konsenses erreichen, der nicht subjektiv von einer Partei hergestellt wird, sondern eine breite Volksmeinung darstellt. Unserer Meinung nach haben sich neue internationale Situationen entwickelt, die diese Strategie ermöglichen. Außerdem gibt es die Erfahrung, daß Kampfformen, die hauptsächlich von gewaltsamen Kräften beherrscht sind, sich später gegen die Arbeiterklasse wenden, was zu Formen des Despotismus, Autoritarismus und Bürokratismus führt.

Wir leben auch Wert darauf, daß auf dem Weg zum Sozialismus bestimmte Freiheiten

wie freie Wahlen garantiert bleiben, und wir betrachten das Parlament als wesentliche Funktion in der Geschichte Italiens und Westeuropas, so daß es kein Zufall ist, wenn reaktionäre Gruppen heute überall dieses Parlament in seinen Rechten beschneiden wollen. Wir haben aber auch in allen Ausarbeitungen des italienischen Wege darauf geachtet, daß das Parlament große Entscheidungen nicht allein trifft, sondern den Konsens in Formen der Basisdemokratie erreicht, die heute schnell in Fabriken, Bezirken und Städten wachsen. Das Element der Freiheit darf nicht zerstört werden. Die Arbeiterklasse muß die Kraft sein, die das Maximum an Kreativität und die Möglichkeit des freien Ausdrucks für jedes Individuum sichert.

spw: In den letzten Jahren ist es verstärkt zur Diskussion um einen »dritten Weg« in der Arbeiterbewegung abseits vom Reformismus und Stalinismus gekommen, wobei insbesondere der Austromarxismus eine Wiederentdeckung erfährt.

Ingrao: Auch in Italien haben wir entdeckt, daß der Austromarxismus viele Parallelen mit Fragestellungen aufweist, die uns schon lange bewegen, etwa die Frage der Demokratie, für die Otto Bauer eine Theorie abseits des unkritischen Verständnisses der alten Sozialdemokratie entwickelt hat. Etwa die Frage des Faschismus, wo Bauer die Ungenügendheit der Kominternhaltung bewies, dann die Bündnisfrage zwischen Arbeiterbewegung und Intellektuellen und schließlich die Frage des »dritten Weges« als Strategie, die die Überwindung der Trennung zwischen den historisch vorherrschenden Traditionen der Arbeiterbewegung beabsichtigt. Unser Interesse an dieser Diskussion ist daher alles andere als äußerlich oder rituell.

Es scheint mir unzweifelhaft, daß in den Ländern Westeuropas heute bestimmte Analogien von politischen und sozialen Konflikten bestehen, die eine Annäherung und einen ersten Impuls für Konvergenzen möglich machen. Andererseits gibt es diese Zusammenarbeit heute noch nicht, da zur historischen Spaltung neue Brüche dazukommen und in verschiedenen Ländern minoritäre Gruppen sich polemisch von den großen Organisationen abgesondert haben, was zu neuen Prozessen der Zersplitterung und Degeneration geführt hat. Dabei sind sogar im Namen des Proletariats terroristische Gruppen hervorgegangen, die den politischen Kampf auf einen Bandenkrieg reduzieren, der die Massen von der Teilnahme ausschließt und die Arbeiter in die Isolation treibt. Diese Gruppen treffen das höchste Ziel, das Verlangen der Massen, die Politik nicht mehr in den Händen weniger Führungsschichten, sondern in der Hand von Millionen sehen zu wollen.

Eine der Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte ist aber auch, daß keine bestimmte Gruppe oder Partei der europäischen Arbeiterbewegung das Monopol auf die Wahrheit besitzt. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß die Möglichkeiten für das Vorwärtsschreiten der Linken über die Fahnen einer einzelnen Arbeiterpartei hinausgeht, ja manchmal sogar von den Traditionen der Arbeiterbewegung entfernt ist. Deshalb sind wir gezwungen, einen Dialog in die Wege zu leiten, von dem beide Teile lernen sollten. Ich bin gerade nach einem langen Leben in der Arbeiterbewegung bereit zu lernen, ich habe auch beim letzten Parteitag der KPI gesagt, wir müßten auch bereit sein, gewisse Dinge von der Sozialdemokratie zu lernen.

spw: Auch von einer Sozialdemokratie wie die SPD nach Godesberg?

Ingrao: Ich glaube, daß eine Realanalyse der heutigen Politik der SPD, ihrer heutigen

Funktion noch fehlt. Wichtiger als eine Reflexion der programmatischen Entwicklung bis Godesberg wäre eine materialistische Untersuchung über die Wandlung der SPD zur Staatspartei. Welche Widersprüche gäbe es da zu nützen, nicht um die SPD als Regierungspartei zu schwächen, sondern um ihre Kraft zur Veränderung zum Ausdruck zu bringen. Wie war es für die SPD möglich, ihre Haltung so zu ändern und doch solchen Konsens zu erhalten? Gerade die Kandidatur von Strauß berührt ja nicht nur Deutschland. Ich sehe da ein großes Problem, nicht weil ich Strauß dämonisieren will, sondern weil er Ambitionen zeigt, ganz Europa eine andere Orientierung zu geben. Es wäre ein fataler Fehler, würde sich das deutsche Volk nicht über die volle Tragweite der »Operation Strauß« bewußt sein. Mich überzeugt das Spiel mit der Angst, das derzeit betrieben wird, solange nicht, wie man sich nur auf die BRD beschränkt. Ich glaube, daß Strauß verlieren würde, begäme die europäische Linke wirklich einen Diskurs über die Rolle Europas, der eine umfassendere und stärkere Antwort aufzeigen könnte.

spw: In vielen österreichischen Medien ist der Besuch des sowjetischen ZK-Sekretärs Ponomarjew in Rom und die angebliche Übereinstimmung in der Frage der Ausweitung der westeuropäischen Raketenrüstung als »Ende des Eurokommunismus« gewertet worden. Hatte dieser Besuch wirklich einen solchen Stellenwert?

Ingrao: Zweifellos ist die Frage der Ausweitung der Raketenrüstung in Europa ein ernstes Problem, unsere Partei macht ja konkrete Abrüstungsvorschläge. Wir halten also den Kontakt mit Ponomarjew ebenso für wichtig, wie wir seine Zusammenkunft mit hohen DC-Politikern wie Andreotti für gut halten. Dennoch teile ich nicht alle Meinungen der Sowjetunion in der Frage, stimme aber überein, daß man mit den NATO-Ländern diskutieren muß, bevor sie einen solchen Beschluß fassen. Es kam also zu einer nützlichen Gegenüberstellung von Auffassungen, nicht mehr. Wir sind ja überhaupt der Meinung, daß die von uns verteidigte Autonomie der Parteien kein Schweigen bedeutet, wir sind ja dafür, daß man gleichberechtigt Auseinandersetzungen führt, das entspricht unserem Verständnis eines neuen Internationalismus. Viele unserer früheren Schwierigkeiten sind aus der Krise eines falsch verstandenen Internationalismus entstanden. Dabei anerkennen wir die Bedeutung des historischen Bruchs, den die Oktoberrevolution hervorgebracht hat. Sie hat eine entscheidende Kraft für den Kampf gegen den Faschismus entwickelt und die Ostländer repräsentieren einen Bezugspunkt für den antiimperialistischen Kampf der Länder der dritten Welt. Wir haben auch die politische Leidenschaft und Hingabe zum Kampf für die Emanzipation gesehen, den die III. Internationale selbst in den finstersten Zeiten des Stalinismus hervorgebracht hat. Wenn wir uns aber heute vom autoritären System in Osteuropa distanzieren, dann geht es uns nicht nur um Westeuropa. Wenn wir gegen Gerichtsurteile wie die von Prag protestieren, erfüllen wir auch eine internationalistische Pflicht, auch im Namen dessen, was uns mit diesen Ländern verbindet. Wir glauben an die Autonomie der kommunistischen Parteien, aber das darf nicht Indifferenz und Scheinheiligkeit bedeuten. Wir wollen die Probleme der Ostländer diskutieren, weil es für Kommunisten nützlich ist, nicht weil wir die Propaganda anderer Kräfte unterstützen. Keine Partei kann sich dahingehend retten, indem sie sich in ihre Provinzgärtlein zurückzieht.

1 DC: Abkürzung für die it. Mutterpartei der CDU/CSU: Democrazia Cristiana.

2 Palmiro Togliatti, geb. 1893, Mitbegründer der kommunistischen Partei 1921. Er führte die KPI seit 1947 bis zu seinem Tode 1964 als Generalsekretär.

Frank Heidenreich

Bericht vom 2. Otto Bauer Symposium

Das 2. Otto Bauer Symposium in Wien vom 23. bis 25. November 1979 ist von Interesse, weil Linksozialisten erstmalig eine gemeinsame und internationale Diskussion über die Perspektiven ihrer Politik für die westeuropäischen Länder führten. »Linksozialismus und Marxismus heute« lautete das offizielle Thema. Im Vordergrund der Tagung stand damit nicht mehr wie noch im Jahr zuvor das Anliegen, das Schweigen über einen wichtigen Vertreter der internationalen Sozialdemokratie wie Otto Bauer zu brechen. Die Diskussion seines — nach wie vor schlecht zugänglichen — Werkes hat zumindest in der BRD inzwischen eingesetzt. Die Referenten bezogen sich auf Otto Bauer insoweit, als sich bei ihm Einschätzungen finden, die im Hinblick auf die gegenwärtigen Aufgaben neu zu durchdenken sich lohnen könnte. Zwei weitere Veränderungen zum 1. Symposium von 1978 verdeutlichen die gewachsene Bedeutung der Tagung: finnische — vertreten durch Folke Sundman, den stellvertretenden Vorsitzenden der Jungsozialisten-Organisation — und vor allem französische Genossen — aus der Mitterand-Gruppe im Zentralkomitee und von C.E.R.E.S. — erweiterten den Teilnehmerkreis. Die Tagung wurde nicht mehr nur von einer sozialdemokratischen Jugendorganisation getragen (wie dies 1978 noch durch die österreichische SJÖ geschah), sondern von der IUSY, der Sozialistischen Jugendinternationale.

Die vorbereiteten Beiträge der Tagung gingen auf Probleme ein, die im Zusammenhang mit einer neuartigen sozialistischen Strategie für die entwickelten kapitalistischen Länder stehen, mit der Öffnung eines eigenständigen, revolutionären und demokratischen Wegs zum Sozialismus in Westeuropa. In den letzten zehn Jahren hat vor allem der kommunistische Teil der Arbeiterbewegung praktische Bedingungen geschaffen, die es der westeuropäischen Linken erlauben, ihre Strategiediskussion mit einem härteren Wirklichkeitsbezug als noch zu Zeiten des Kalten Kriegs zu führen.

Josef Cap (Vorsitzender Sozialistischen Jugend Österreich und Vize-Präsident der IUSY) sah sowohl Linksozialisten wie Europkommunisten im Widerspruch zu der These der reformistischen Sozialdemokratie wie der des sowjetischen Kommunismus. Die Linksozialisten müßten Otto Bauer darin folgen, »mit dem Verlauf des kapitalistischen Akkumulationsprozesses zu brechen, der von rechten Sozialdemokraten als Garant der Vollbeschäftigung verstanden wird.« Der Eurokommunismus habe sich anders, nämlich aus dem Scheitern des sowjetischen Transformationsmodells im Westen und aus der Erfahrung des Stalinismus entwickelt. Seine Aufgabe läge in der Neubestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus vom kommunistischen Standpunkt aus.

Detlev Albers unternahm in einer historischen Betrachtung sehr grundsätzlich die Abgrenzung von Strategien und Entwicklungswegen in der internationalen Arbeiterbewegung seit ihrer Spaltung nach 1917. Er suchte den Begriff des »Dritten Weges« zum Sozialismus in Westeuropa zur Positionsbestimmung marxistischer Sozialdemokraten zu verwenden, überließ es jedoch weiteren Diskussionen, die Tragfähigkeit des Begriffes für die politische Orientierung zu klären. Auszugehen sei vom historischen Scheitern des »typisch

reformistisch-sozialdemokratischen« und des »typisch revolutionär-kommunistischen Wegs« der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Zentren. Aus dieser praktischen Erfahrung müsse der »Dritte Weg« im Verhältnis zum ersten und zweiten abgegrenzt werden. Der »Dritte Weg« des demokratischen Übergangs könnte nicht als Mittelweg verstanden werden. Für marxistische Sozialdemokraten bestünden die grundlegenden Differenzen zur reformistischen Position des bruchlosen Übergangs. Der revolutionäre, demokratische Weg mache ungleich größeres Klassenbewußtsein notwendig, gerade weil die Transformation langsamer vor sich ginge als in den Revolutionen des sowjetischen Typs. Es werde in jedem einzelnen Schritt das Ganze der sozialistischen Veränderung zu verankern sein. Gegenüber dem revolutionär-kommunistischen Weg sei im Kern strittig, ob es überhaupt zwei Wege revolutionärer Veränderung gäbe. *Albers* schloß u.a. mit der Frage an die Linksozialisten, wie sie — im Sinne des Linzer Programms der SPÖ von 1926 — die ideologische Führungsfähigkeit ausbilden könnten.

Dieter Motchane vom C.E.R.E.S. in der PS Frankreich trug zur Ausarbeitung einer Strategie des »Dritten Wegs« den Begriff der »Selbstverwaltung« als Zentralbegriff in einer Politik des Bruchs mit der kapitalistischen Logik gesellschaftlicher Entwicklung bei. *Motchane* grenzte ihn an der Front zu reformistisch-sozialdemokratischem Denken ab: »Viele in der PSF denken Selbstverwaltung als eine neue Technik der Verwaltung, ohne die wichtigste Realität der Produktionsverhältnisse anzugreifen.« Selbstverwaltung antwortete auf das Problem der Zentralisierung von Zuständigkeiten und der »Marginalisierung« der Massen durch den herrschenden Machtblock. *Motchane* warnte jedoch vor dem »Umkippen« eines Prozesses der Dezentralisierung, die Einheit der Gesellschaft und der in sich strukturierten politischen Macht dürfe nicht vergessen werden. »Selbstverwaltung bildet einen Schritt zur Planung von Gesellschaft und Wirtschaft insgesamt.« Er ging auf die kommunistische Kritik ein, die in Selbstverwaltung eine Luxusforderung sieht, angesichts vorherrschender Managerkompetenz. Den KP-Kritikern sei entgegenzuhalten, daß Selbstverwaltung bereits im gegenwärtigen Stadium einen Sinn über die Ausbildung von gemeinsamen Erfahrungen im Klassenkampf erhalte. Viele einzelne Initiativen würden zur Erfahrung der Selbstverwaltung beitragen. Der gegenwärtige Zustand, in dem die Werktätigen die Organisation ihrer Arbeit nicht kontrollierten, sei »nicht normal«.

Im Unterschied zu *Albers* waren *Motchane* und *Pietro Ingrao* (Mitglied des ZK und der Direktion der KPI) durch den fortgeschrittenen Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung und der Parteien ihrer Länder bestimmt. Während *Albers* im Grundsätzlichen Positionen markierte, bildeten die romanischen Genossen ihre Begriffe aus den Erfahrungen einer ausgreifenden und in vielem erfolgreichen politischen Praxis. Als ein Grundproblem der KPI stellte *Ingrao* die Entfremdung vieler Jugendlicher von der Partei ihrer Väter heraus. Die Verbindungen zur neuen Generation seien schlechter geworden. Gegen die Ursachenklärung soziologischer Theorien, wonach eine unbegrenzt chaotische Vielfalt von Interessen existiere, wandte *Ingrao* ein, daß der einzelne im Konflikt verschiedener Kulturen stünde. Die kapitalistische Gesellschaft Italiens sei politisch nicht linear in Klassen polarisiert. Für die Partei stelle sich die Notwendigkeit einer Politik des »interclassismo«, der politischen Organisierung verschiedener Klassen und Gruppen in einem sozialen Block, indem die Arbeiterklasse sich als fortschrittlichste Kraft beweisen und zur »allgemeinen

Klasse« werde. Der Sinn politischer Arbeit und die Aufgabe von Parteien lägen in der Erziehung der Massen zur Selbstregierung (Lenin). Die Aufhebung ihrer Subalternität bilde für die Kommunisten die erlösende Perspektive und sei nur als ein Prozeß denkbar, in dem sich die Veränderung der Gesellschaft über einen längeren Zeitraum vollziehen werde. Im Gegensatz zu einer reformistischen Politik der Sozialpartnerschaft hielten die Kommunisten die Massen nicht ruhig, sondern förderten ihre Aktivität und ihr Klassenbewußtsein. Die Bedeutung einer Minderheit fortschrittlicher Christen erkannte *Ingrao* darin, daß ein einheitlicher katholischer Block verhindert werde und andererseits die KPI wichtige Anregungen für ihre eigene Politik erhalte. Die Massen seien nicht allein numerisch wichtig, es komme vielmehr darauf an, Kompetenz und politische Kultur nicht unter konservativer Hegemonie zu belassen.

Aus den Worten *Ingraos* wird nicht nur eine Differenz zum sozialdemokratischen Modell der Sozialpartnerschaft deutlich, er bestimmt auch die Aufgaben der KPI im Zusammenhang mit der Erringung der Hegemonie der Arbeiterklasse in Abgrenzung zum Lenin'schen Parteiverständnis, über das er mit Gramsci hinauszugehen sucht. *Ingrao* antwortete zwar nicht direkt auf die von *Albers* aufgeworfene Frage nach der Tragfähigkeit des Begriffs »Dritter Weg«, er verwendet ihn aber etwa im Titel seines jüngst in Italien erschienenen Buches »Krise und Dritter Weg«. In wichtigen Dokumenten seiner Partei findet sich der Begriff ebenfalls — u.a. in der siebten der »91 Thesen des XV. Parteitag«. Den inhaltlichen Ausarbeitungen von *Albers* werden marxistische Sozialdemokraten im Grundsatz zustimmen, soweit sie nicht am Modellcharakter von unter anderen als westeuropäischen Voraussetzungen siegreichen sozialistischen Revolutionen festhalten (vgl. Butterwege zu Austromarxismus in »Sozialistische Korrespondenz (SK)«, Nr. 22 und 23, 1979, sowie ders., Zur Staatstheorie der Juso-Linken in den »Herforder Thesen«, in: »Frontal — Verbandsorgan des SHB«, Nr. 1/1980). Die Frage stellt sich dennoch, ob die von *Albers* vorgenommene, differenzierte Positionsbestimmung von westdeutschen Marxisten in der SPD sich im Begriff des »Dritten Weges« sinnvoll verdichten läßt. Daß der Begriff von einer Vielzahl sozialistischer Splittergruppen seit 1945 besetzt und mit CIA-»Revolutions«-Geschichte verbunden ist, kann zwar nicht als hinreichendes Argument gegen eine »Wiedereinnahme« gelten. Der Versuch des Herausbrechens, der Ausgliederung des Begriffs »Dritter Weg« aus dem rechtssozialdemokratischen Diskurs von der »dritten Alternative« zu Kapitalismus und Kommunismus wird schwerfallen, da sein Gebrauch umgehend langwierige, inhaltliche Konkretisierungen verlangt, um falschem Verdacht zu begegnen. Die entscheidende Frage lautet: Was würden wir mit der Eingliederung des Begriffs »Dritter Weg« in den Diskurs einer revolutionären, demokratischen Strategie von westeuropäischen Sozialisten eigentlich gewinnen? Oder: Welche Leistungsfähigkeit, welche Wirksamkeit könnte ihm von unserem Standpunkt im ideologischen Klassenkampf zukommen? — Hier sind Zweifel angebracht. Der »Dritte Weg« steht nicht beziehungslos zum ersten und zweiten; der von *Albers* betonte Sachverhalt des »Querliegens« des »Dritten Weges« zu den traditionellen Entwicklungswegen des sozialdemokratischen Reformismus und der sowjet-kommunistischen Revolution wird begrifflich nicht abgebildet. Linkssozialisten und Eurokommunisten, also Kräfte aus den Traditionen und (parti-)politischen Formationen des 1. und des 2. Weges, werden sich *gemeinsam* an der

Ausarbeitung und Praktizierung des demokratischen Wegs zum Sozialismus beteiligen. Diese Bündnisorientierung bringt der »Dritte Weg« nicht auf den Begriff. Eine Verdichtung und Zuspitzung des Programms von marxistischen Sozialdemokraten leistet er nicht. Es wird zu prüfen sein, ob nicht wirksamere Begriffe entwickelt werden können. Otto Bauers Begriff des »integralen Sozialismus« beispielsweise erlaubt eine im Vergleich zum »Dritten Weg« immerhin präzisere Fassung der von *Albers* u.a. vorgeschlagenen Bündnisperspektive. Er weist unmittelbar auf die aktuell notwendige Formierung eines neuen historischen Blocks mit Linksozialisten und Eurokommunisten im Zentrum gegen die soziale Herrschaft des Kapitals hin.

Die Tagung war ein Erfolg, weil sie unternahm, was der politischen Arbeit linker Sozialdemokraten noch weitgehend fehlt: Organisiert wurde ein Diskussionszusammenhang zwischen Linksozialisten und marxistischen Sozialdemokraten verschiedener Länder Westeuropas. Die aktive Teilnahme von *Pietro Ingrao* unterstrich die Bezugnahme der linksozialistischen Debatte auf die eurokommunistische Entwicklungslinie. Schwierigkeiten wird vor allem den bundesdeutschen und den österreichischen Tagungsteilnehmern die Frage bereiten, was die Ergebnisse des 2. Otto Bauer Symposiums ihnen bei der Bewältigung von Problemen der politischen Praxis in ihren nationalen Organisationen nutzen könnte. Die Tätigkeit des Wiener Seminars ist vom Standpunkt der Organisationen im skandinavischen und deutschsprachigen Raum vom dort erreichten Stand einer Theorie der eigenen Politik (noch) weit entfernt. Übersetzungsarbeit wird erforderlich sein, um die Beiträge der Tagung in der Perspektive der Weiterentwicklung der Politik der nationalen Organisation produktiv zu machen.

Wünschenswert wäre ein 3. Symposium in diesem Jahr. Alle Beteiligten der letzten Tagung zeigten sich an der Fortführung der Diskussion interessiert. *Ingrao* kündigte konkrete Vorschläge seiner Partei zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Linksozialisten an, die allerdings noch ausstehen. Eine intensivere Vorbereitung der Diskussion in einem breitem Kreis von Genossinnen und Genossen wird uns westdeutschen Marxisten in der SPD allerdings erhebliche inhaltliche Anstrengungen und größeren personellen Aufwand abverlangen.

Klaus-Peter Wolf

Der SPD-Bundesparteitag in Berlin

Das geflügelte Wort »Kanzlerwahlverein« charakterisiert die SPD nach ihrem letzten Parteitag im Dezember 1979 in West-Berlin unzureichend. Richtig daran ist, daß Brandt und Wehner schon in ihren Hauptreferaten — vor allem in den beiden Streitfragen Kernenergie und Abrüstung — auf den »Macher« Schmidt orientierten. Letztlich leistete der Parteitag auch mehrheitlich die vom Kanzler — und insbesondere von Wehner — geforderte Schützenhilfe für das Bundeskabinett, so daß der Rechtsruck der SPD forciert wurde. Aber rund 40 % der Parteitagsdelegierten ließen sich nicht vor den »Kabinettskarren« spannen und als Erfüllungshelfen der Minister degradieren, sondern formulierten ihre

oppositionellen Ansichten. Die zentralen Auseinandersetzungen vor und während des Parteitages haben dabei wichtige Ansätze zur Stärkung der SPD-Linken gebracht.

In der Debatte über die Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa zeichneten sich die Redner der Parteirechten durch ein bedingungsloses Eingehen auf die amerikanischen Interessen aus. Der Kanzler verbat sich, in Erwiderung auf Gerhard Schröder, jede Kritik an der »Friedensliebe von Präsident Carter«. Ohne den Doppelbeschluß der NATO — »Nachrüstung« und Verhandlungsangebot an die Sowjetunion — könne es keine weiteren Abrüstungsgespräche geben. Die Parteimehrheit akzeptierte damit entspannungsfeindliche Forderungen von US-Politikern, die den »Nachrüstungsbeschluß« als Voraussetzung für die Unterzeichnung von SALT II verlangten und damit bewußt gegen die dort vereinbarte strategische Parität verstoßen. Vietnam und andere imperialistische US-Interventionen schienen vergessen: eine Amerika-Fetischisierung, wie sie in den letzten Jahren in der SPD nicht registriert werden konnte.

Um den NATO-Aufrüstungsbeschluß vom Parteitag absegnen zu lassen, schreckte die SPD-Führung auch nicht vor Tatsachenverdrehungen zurück: »Jetzt wird uns«, so Schmidt, »mit großem und ungewöhnlichem propagandistischen Aufwand gesagt: Wenn der Westen seinen Beschluß nächste Woche faßt, werde die Sowjetunion nicht mehr verhandlungsbereit sein. Ich denke, solche Propaganda hilft nichts.« Schmidt dürfte aber gewußt haben, dies wurde Mitte Januar 1980 immer deutlicher, daß der sowjetische Außenminister Gromyko bei seinem Besuch in Bonn vor dem Parteitag mit aller Ernsthaftigkeit vor dem »Nachrüstungsbeschluß« warnte, weil damit die Verhandlungsbasis in Sachen Mittelstreckenraketen zerstört werde. In der Öffentlichkeit wurde diese Warnung von Regierungsvertretern heruntergespielt. Trotz der Gromyko-Äußerung traten vornehmlich Schmidt und Apel für die entspannungs- und friedensgefährdende Entscheidung der NATO zur Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen ein. Die SPD, einst treibende Kraft bei der Entspannungs- und Ostpolitik, schloß sich damit als eine der ersten europäischen Parteien dem neuen US-amerikanischen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion an und unterstützte damit die NATO-Funktion der Bundesregierung als militärischer »Wasserträger« der Vereinigten Staaten. Die Sozialdemokratie forcierte also die Politik »erst rüsten, dann verhandeln«. Schmidt allerdings betonte: »Wir sind in unserem Bündnis keine Vorreiter.«

Die Notwendigkeit von Atomkraftwerken rechtfertigte der Kanzler, der sich sonst als weltpolitischer Lehrmeister aufspielt, u.a. mit deren Existenz in anderen Staaten: »Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle diese Regierungen in Ost und West Unrecht haben sollten, und nur wir seien energiepolitisch so viel klüger und hätten so viel mehr Reserven als andere.«

Ein weitere Argumentationsfaden von Schmidt war das bedingte Ja des DGB zur Nutzung von Kernenergie. Schmidt, in seiner Politik als Kanzler alles andere als gewerkschaftsfreundlich, dankte dem DGB und beschwor die Gefahr des Auseinanderdividierens von SPD und DGB. Der mit 52:48 % angenommene Parteivorstandsantrag schreibt zwar den Vorrang für Kohle fest und fordert von den Energieunternehmen den Bau von Kohlekraftwerken, andererseits verzichtet er auf die in Hamburg beschlossene Option, künftig u.U. auch ohne Kernenergie auszukommen. Den Verzicht auf diese Option kritisierte ins-

besondere Eppler, der mit seinem konsequenten Auftreten entscheidend zur Geschlossenheit der Linken beitrug. Er plädierte für den Initiativantrag II/7, in dem es u.a. heißt: »Neue Baugenehmigungen sind auf überschaubare Zeit vom Bedarf her nicht erforderlich und entsorgungspolitisch nicht zu verantworten, solange keine sichere Entsorgung realisiert ist.«

Beide mehrheitlich angenommenen Beschlüsse zur Kernenergie und Rüstung unterstreichen die mit der Regierungsübernahme Schmidts eingeleitete Strategie, weiterhin zu versuchen, im rechten Spektrum Wählerstimmen hinzuzugewinnen. Davon läßt sich die SPD-Führung offensichtlich trotz der für sie stimmenmäßig bedrohlich werdenden Grünen, Bunten und Alternativen nicht abbringen. Dies kann künftig den Handlungsspielraum von Jungsozialisten einengen, erst recht, wenn die baden-württembergische SPD trotz ihres Anti-Atom-Programms bei den bevorstehenden Landtagswahlen erhebliche Stimmeneinbußen zugunsten der Grünen hinnehmen werden muß.

Mehr noch: Diese beiden Beschlüsse, die auch den Kampf um konservative Wählerstimmen erleichtern sollen, machen die SPD in wesentlichen Politikfeldern schwerer von den Unionsparteien unterscheidbar, die zwar einen radikaleren Kurs zugunsten von Aufrüstung und Kernenergie steuern, aber keinen grundsätzlich anderen. Werden hier Weichen gestellt, um ggf. nach der Bundestagswahl mit einer von der CSU und äußerst rechten Teilen getrennten CDU eine Große Koalition einzugehen? Auf dem Parteitag hat sich die SPD zumindest nicht offensiv mit CDU/CSU und mit Strauß auseinandergesetzt. »Strauß darf nicht ans Ruder.« Und: »Wer das Wort Freiheit mißbraucht, bei dem ist die Freiheit nicht gut aufgehoben«, waren die wenigen Bemerkungen des Kanzlers zu seinem »Wunsch Kandidaten«. Auch Willy Brandt vermied jede ausgefeilte und begründete Konfrontation mit Strauß, den er moralisierend als »Eiferer ohne Glauben, ein Missionar ohne Mission« bezeichnete, der ein »Symbol der Ellbogen-Gesellschaft« sei und das »absolute Gegenbild einer solidarischen Gemeinschaft« verkörpere. »Jener Kandidat«, so Brandt, »wäre in der Tat die Rückkehr nach Weimar, das wäre die Radikalisierung der Republik, die unselige Konfrontation, die Zerrissenheit.« Brandt formulierte weder eine Analyse, vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund es zur Strauß-Kandidatur kommen konnte, was sie konkret bedeutet, noch entwickelte er eine ernsthafte Gegenstrategie der SPD. Auch die Linke versäumte es, sich gründlich mit der Politik des Rechtsblocks und mit dem bisherigen, verhaltenen Reagieren der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Eine ihrer künftigen zentralen Leistungen wird darin bestehen müssen, die Aufgabe zu bewältigen und die Partei-Rechte darauf hinzuweisen, daß sie mit ihrer Politik Strauß eher noch begünstigt.

Die opportunistische Politik der sozialdemokratischen Führung gegenüber dem oppositionellen Rechtsblock spricht für dessen Erstarken und kann dieser als einen Erfolg werten. Ermutigt werden die Rechtskräfte außerdem, weil sie feststellen können, daß ehemals aktive Teile der SPD durch diese Politik entmutigt worden sind und ihr Engagement wesentlich reduziert haben oder sogar ausgetreten sind. Innerparteilich förderte die SPD-Spitze diese Resignation durch administrative Parteiordnungsverfahren.

Eine solche Politik konnte zwar den Machterhalt in Bonn bisher sichern, aber keinesfalls verhindern, daß die Rechtskräfte ihren Druck uneingeschränkt fortsetzen mit dem

Ziel, die SPD zu stürzen. Dabei wird der Rechtsblock in sich zuspitzenden Krisenzeiten, die erhebliche Belastungen für die lohnabhängige Bevölkerung bringen, der Bundesregierung scharf ihr Versagen vorwerfen — der Bundesregierung, die stets den Eindruck vermittelt, für sie sei alles machbar, statt die Hauptentscheidungsträger in den privatkapitalistischen Großkonzernen für die Krise und ihre Folgen verantwortlich zu machen. Die SPD würde letztlich Opfer ihrer eigenen opportunistischen Politik, mit der sie unterschiedliche Teile ihrer Anhängerschaft desorientiert und brüskiert, statt sie zumindest für eine Reformpolitik und offensive Auseinandersetzung mit den Rechtskräften zu gewinnen und politisch zu orientieren.

Mit ihren Beschlüssen zum Ausbau der Kernenergie und zur Aufrüstung treibt die SPD vor allem Teile ihrer intellektuellen sowie jugendlichen Anhängerschaft in die Resignation bzw. zu Alternativen, Bunten, Grünen oder zu Bürgerinitiativen.

Das Konzept von Brandt (»Aber ich muß der Jugend auch sagen dürfen: Seid nicht wehleidig!«) dürfte diese Tendenzen nicht stoppen. Differenzierter und mit einem in der Stoßrichtung zutreffenden konzeptionellen Ansatz griff der Kanzler dieses Problem auf: »Alternative Lebensformen« ergäben sich »z.T. aus Zweifeln an den Werten der bürgerlichen Gesellschaft, z.T. aus der Ungewißheit über die eigene berufliche Zukunft«. Deshalb »brauchen wir mehr Ausbildungsmöglichkeiten, mehr Arbeitsplätze«. Dieser jungen Generation geben allerdings die Arbeitsplätze in der Atomindustrie sicher keine Perspektive. Auch gewinnt die Sozialdemokratie gewiß nicht die ihr abdriftenden Teile der jungen Generation zurück, indem sie die Grüne Partei als »Steigbügelhalter« für Strauß — so Brandt — bezeichnet, oder wenn Schmidt sagt: »Sie könnte die lang herbeigesehnte — nicht von uns — Vierte Partei werden, wenn sie genug Zulauf bekäme, mit all den Konsequenzen, die diejenigen sich ausgedacht hatten, die eine Vierte Partei schaffen wollten.« Diese Warnung überzeugt genausowenig wie der Beitrittsappell des Juso-Bundesvorstandes nach dem Parteitag, so lange die SPD ihre Politik fortsetzt, die die Aussteiger und Resignierenden mit produziert und die Alternative und Grüne begünstigt, welche sich deshalb formieren, weil sie ihre Interessen — auch gegenüber Strauß — nicht mehr von der SPD vertreten fühlen.

Der Zugang der Jungsozialisten zu diesen Teilen der jungen Generation wird noch weiter erschwert, wenn Kanzler Schmidt seinen Adjutanten Wischneski mit dem Auftrag in die »Baracke« geschickt hat, die Juso-Arbeit neu zu ordnen, damit »unsere jungen Leute gemeinsam mit anderen jungen Leuten unserer Gesellschaft Beispiele und Ermutigung geben, z.B. durch Essensdienste für Senioren, durch Mithilfe in den Altentagesstätten der AWO und anderer caritativer Verbände, durch den Aufbau von Jugendgruppen bei den Arbeitersamaritern oder bei dem Deutschen Roten Kreuz, durch Mitarbeit in den psychiatrischen Abteilungen der Krankenhäuser, (...) z.B. durch organisierte Hilfe und Nachhilfe für türkische Kinder. (...) Ich bitte darüber nachzudenken, ob es nicht vielleicht für die Jugend unserer Partei wert wäre, diese Skizze zu vervollständigen und sie je am eigenen Ort in Aktion umzusetzen und nicht nur Theorie zu machen.«

Und mit ihre Wirtschaftspolitik, die sich ebenfalls nur graduell unterscheidet von dem, was eine CDU-geführte Bundesregierung leisten würde, desorientiert die Bundesregierung die Arbeiterschaft programmiert von vornherein den Konflikt mit den Gewerkschaften.

Die Loyalität der Gewerkschaften gegenüber den Kernenergiebeschlüssen der SPD darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der DGB bei einer weiteren Abwälzung der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen einen massiven Konfrontationskurs gegenüber der Bundesregierung einschlagen wird, dessen Auswirkungen im Hinblick auf die Bundestagswahl jetzt noch gar nicht kalkulierbar sind.

Je schneller deutlich wird, daß die SPD in sich zuspitzenden Krisensituationen gegenüber den Gewerkschaften ihre integrationistische Kraft verliert, um so rascher und offener wird das Kapital auf Strauß setzen, den es jetzt vor allem (noch) funktionalisiert, um die Sozialdemokratie zur Fortsetzung ihrer bisherigen kapitalismusfreundlichen Wirtschaftspolitik zu zwingen. Trotz der anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme gab es hierzu auf dem Parteitag nur Diskussionen am Rande. Bei aller Schwierigkeit, zumal sie sich nicht auf entsprechende Gewerkschaftskader stützen kann, muß es Aufgabe der Linken sein, gemeinsam mit den Gewerkschaftskollegen die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte in der Partei zu führen, mit dem Ziel, eine an den Interessen der Arbeiterschaft orientierte Reformpolitik in diesen beiden Bereichen durchzusetzen.

Die Linke konnte auf dem Berliner Parteitag weder in der Debatte über den Brandtschen Rechenschaftsbericht, noch nach dem Referat von Schmidt ein derartiges Konzept einbringen. Sie scheiterte damit auch an Schmidt, der in der Lage war, auch dieses Mal insbesondere die Gewerkschafter mit seinen, sich im Rahmen kapitalistischer Logik befindlichen Argumenten für sich zu gewinnen. Die Argumentation der Linken war in der Energie- und Rüstungsdebatte zum einen moralisch und ausschließlich technischkritisch, zum anderen bezog sie sich pathetisch auf die von der SPD einst eingeleitet und nunmehr partiell aufgekündigte Friedens- und Entspannungspolitik. Aber weder diese noch andere Probleme wurde von der Parteilinken in eine zusammenhängende Analyse der kapitalistischen Verhältnisse eingeordnet. Diese Kritik muß von der Linken als Aufgabe begriffen werden. Sie darf und soll ihre Leistung auf dem Parteitag nicht schmälern. Von Eppler über Jansen, Coppik, Scherf bis Schröder war die Parteilinke präsent und kämpfte. In den entscheidenden Fragen ließ sie sich nicht »einkaufen«.

Die Jungsozialisten, deren Delegiertenpräsenz sich in Grenzen hielt, haben in den Monaten vor dem Parteitag intensiv die beiden Schwerpunktthemen im Rahmen der Linken mit vorbereitet. Ihnen ist es damit gelungen, die bisherige, auf Personalkungelei nach Ristock-Masche reduzierte Links-Vorbereitung auf Parteitagen aufzubrechen. Das Auftreten der genannten Linken läßt hoffen, daß sich neue Führungskonstellationen im »Frankfurter Kreis« durchsetzen werden. Weder Ristock noch Roth oder Voigt, erst recht nicht Arndt oder von Oertzen repräsentieren die Linke. Insofern muß die Linke den Parteitag, der ihr erwartungsgemäß Niederlagen brachte, als Chance begreifen, ihre Arbeit zu intensivieren und inhaltlicher auszurichten. 40 Prozent »Oppositionsstimmen« sind ein Auftrag zur Aktivität — nicht zur Resignation. Dabei darf sich die inhaltliche Schwerpunktsetzung nicht auf die Ökologie beschränken, sondern muß im Hinblick auf die Gewerkschaften vor allem sozialistische Strategien zur Wirtschaftspolitik in den Vordergrund rücken. Ferner muß die Verteidigung des Rechtsstaates ein Kernbereich linker Politik werden — auch damit der Kanzler künftig auf einem Parteitag nicht mehr ohne Pfeifkonzert einen Satz aussprechen kann, wie: »Auf unseren Kampf gegen den Terrorismus« können wir

»durchaus stolz sein«, denn »wir haben das Prinzip des Rechtsstaates, das Prinzip der Freiheit .. nicht aufgegeben, nicht verletzt (...).«

Die Jungsozialisten sollten die neue Kraft der Parteilinken, die damit auch eine Orientierungsfunktion für außerhalb der Partei Stehende gewinnen kann, nutzen, um ihre Handlungsspielräume zu erhöhen. Rund 40 Prozent »Oppositionsstimmen« bei den Rüstungs- und Energiebeschlüssen haben insbesondere in diesen Politikfeldern die inhaltlichen Handlungsmöglichkeiten erweitert, so daß Jusos jetzt und in den bevorstehenden Wahlkämpfen ihre Positionen offensiv verbreiten sollten. Dieser Parteitag hat verdeutlicht, daß die größte organisierte Linke nach wie vor in der Sozialdemokratischen Partei zu finden ist. Deshalb muß der innerparteiliche Kampf — gekoppelt mit außerparteilichen Initiativen, die Druck auf die SPD mobilisieren —, neu entfacht werden, um die Linke in der Partei zu stärken. Der Parteitag in Berlin hat dafür die Chancen eröffnet. Parteiräson im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen kann von den Jungsozialisten niemand erwarten.

Dokumentation

»Wer glaubt an die 'wertfreie' Technik*«

Bei Diskussionen mit Genossen, auch mit linken, stelle ich immer wieder fest, daß ein Nachdenken über alternative Arbeits- und Produktionsformen ganz abrupt dort aufhört, wo gefordert wird, neue Kategorien der gesellschaftlichen Arbeit und der Schaffung einer nichtkapitalistischen ökonomischen Basis ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu erdenken. Dies hieße, auch für die Bereiche der Wissenschaft und Technik, sozusagen eine neue »Grammatik« aufzustellen, wo doch die alte so brauchbar ist.

Gesellschaftliche Dimension der Wissenschaft und Technik

Wir haben alle möglichen gesellschaftlichen Zustände kritisiert und Forderungen aufgestellt für eine emanzipierte, humanisierte und solidarische — eben eine sozialistische Gesellschaft, aber den Begriff der »Wissenschaft«, vor allem der Naturwissenschaften, haben wir ausgeblendet. Häufig genau ist vergessen worden, daß die Methoden und Zielsetzungen dessen, was unter »Wissenschaft« abläuft, ein ganz wesentlicher Bestandteil des sozialen Überbaus ist und sich vor allem deshalb seine Unzugänglichkeit für marxistische Kritik bewahrt hat, weil »Wissenschaft« und »Technik« als Inbegriff des Objektiven, des empirisch Nachprüfbaren und Rationalen betrachtet wird.

Das, »was die Wissenschaft feststellt«, bzw. was die herrschende Lehre und Wissenschaft incl. Technologie darstellt (z.B., daß 2 mal 2 vier ist), beruht auf Konventionen, auf Übereinkünften über mögliche, denkbare Modelle, die nur deshalb als richtig und damit als erfolgreich anerkannt werden, weil sie unter bestimmten Bedingungen funktionieren. Wenn sie nicht mehr funktionieren, oder mit anderen Modellen nicht mehr in Einklang zu bringen sind, werden sie abgelöst durch ein neues, erfolgreicherer Modell, oder es wird ein neues Modell gesucht.

Würden wir für die Rationalität von Wissenschaft andere Kriterien anlegen, so würde die Natur in anderen Erfahrungszusammenhängen untersucht werden und es würden andere

* aus: Sozialistische Praxis, Nr. 13/1979, S.18

»Tatsachen«, d.h. andere brauchbare Denkmodelle und damit auch andere Kriterien für die Entwicklung von Technik und Technologie entstehen. Heutige technische Innovationen im Betrieb — sprich: Rationalisierung — sind Ergebnis und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse, die über einen zielbewußten Weg mit eindeutiger Zielvorgabe entwickelt wurden.

Wem dient Wissenschaft und Technik?

Technische Entwicklungen wurden und werden im Kapitalismus an der Rationalität der Kapitalverwertung gemessen. Stehen mehrere Möglichkeiten einer technologischen Neuerung oder Neuorganisation im Betrieb an, so kann sich in der Regel nur die Alternative durchsetzen, die den Gewinnerwartungen des Unternehmers am ehesten entspricht. Art und Weise der Technikenstehung und erst recht die beabsichtigte Anwendung tragen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in sich. Somit ist Technik und Wissenschaft nicht etwa neutral, oder wertfrei, oder gar ungesteuert und somit letztlich nur eine Frage der »richtigen« Anwendung (etwa bei Kernkraft). In der Bundesrepublik finanziert die Privatwirtschaft die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, 60 % des bundesdeutschen Forschungshaushalts wird darüberhinaus in unternehmensinternen Forschungsprojekten verbraten. Ein Viertel des deutschen Patentbesitzes ist in der Hand der Hälfte aller Unternehmen. Den 10 größten Elektrotechnik- und Chemieunternehmen gehören dazu 20 % aller Patente, wobei die elektrotechnische Industrie nur 10 % ihres gesamten Patentbesitzes überhaupt nutzt. Der Rest ist für ihre Interessen unbrauchbar. Wenn behauptet wird, es komme doch nur darauf an, wie und von wem diese Apparate, die das Kapital entwickelt hat, angewendet und genutzt werden, diese Apparate aber im Prinzip gesellschaftlich neutral seien, so würde man es sich zu einfach machen.

Sozialbindung der Technik

Unter sozialistischen Bedingungen, also bei einer Gesellschaft, die Solidarität, Humanität, Selbstverwirklichung, Chancengleichheit, Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts zur Grundlage hat, würden die Menschen Techniken brauchen und deshalb auch entwickeln, die diesen Prinzipien nicht zuwiderlaufen. Deshalb würde ein Fortbewegungsmittel, wie das heutige Auto, möglicherweise überflüssig, in seiner heutigen Form unbrauchbar und damit ersetzbar werden. Das gleiche gilt für den Computer. Das, was heute von elektronischen Geräten gesteuert, gerechnet, geprüft und überwacht wird, sind alles Funktionen, die die Kapitalverwertungsbedingungen selbst hervorgebracht haben. Für die bloße Aufgabe des Rechnens und Sortierens wäre die teure, hochentwickelte Technik der Elektronik gar nicht nötig, sie könnte genauso gut durch mechanische Rechenmaschinen ersetzt werden.

Problem: Rationalisierung

Rationalisierung, so wie wir sie heute kennen, ist nur deshalb möglich weil sie die sozialen Kosten dieser Aktion (Arbeitslosenunterstützung, Umschulungskosten, Mobilität der arbeitenden Bevölkerung, steigende Gesundheitskosten, Verbrauch physischer und psychischer menschlicher Ressourcen) ohne wirkungsvollen Widerstand auf die Gesellschaft bzw. auf die arbeitende Bevölkerung selbst abgewälzt werden kann, während die Rationalisierungsgewinne den Unternehmen selbst zufließen. Das Perverse daran ist, daß der Arbeiter mit seinen Steuergroschen auch noch die aufwendigen Forschungs- und Entwicklungsprojekte der Halbleitertechnik, der Mikroprozessoren und der integrierten Steuerelemente selber finanziert hat.

Bedrohung der Freiheit

Die Elektronik-Technik, die in Zukunft alle Lebensbereiche erfassen wird, hat unter anderem auch die Konsequenz, daß sie, um reibungslos funktionieren zu können, auch reibungslos funktionierende Menschen braucht. Dazu kommt die immer stärker werdende Ausrichtung der technischen Entwicklung hin zur Großtechnologie und damit zur Zentralisierung nicht nur der Steuerung von Abläufen, sondern auch der Steuerung von materiellen Werten. Das bedeutet ein nicht zu unterschätzendes Ausmaß an Demokratieverlust.

Technik in neuer Sicht

Demgegenüber würde sich eine technische Ausstattung der Gesellschaft, die auf Überschaubarkeit, Anpassung an menschliche Arbeits- und Lebenserhaltung und die Möglichkeit des Eingreifens und Sich-Wiederfindens in der Arbeit angelegt wäre, ganz andere Funktionen haben. Diese Technik würde Rationalisierungsgewinne nicht auf Kosten, sondern zu Gunsten der arbeitenden Menschen ermöglichen. Es würde z.B. ein Gerät, das leichter und schneller zu handhaben ist als das vorangegangene mit gleicher Funktion, nur deshalb entwickelt werden, damit der damit arbeitende Mensch schneller und mit weniger Anstrengung vorankommt. Es würde nicht entwickelt werden, wenn er damit mehr Arbeit bei einem stupideren und schlechter bezahlten Arbeitsvorgang leisten müßte.

Bei einer solchen Technik-Politik würde aber auch die Entscheidung anstehen darüber: — wie würde die ökonomische Basis aussehen müssen, die eine humane Technik möglich macht? — wie muß die neue wissenschaftliche »Grammatik« für eine solche Technikentwicklung aussehen — wie überwinden wir die ideologischen Barrieren nicht nur des Kapitals, sondern vor allem unsere eigenen?

Sabine Ruwwe

Archiv

Zum politischen Gedenken an Paul Levi

Zwei Gründe veranlaßten uns, die beiden folgenden Texte in die Rubrik *Archiv* einzurücken. Vor wenigen Wochen jährte sich — weitgehend unbemerkt und vergessen — zum 50. Mal der Todestag des Autors des nachstehend dokumentierten Beitrags, des Mitinitiators eines der wichtigsten Dokumente der SPD-Linken vor 1933. Am 9. Februar 1930 starb Paul Levi nach einem Sturz aus dem Fenster seiner Berliner Wohnung. Acht Jahre lang war er der führende Repräsentant der sozialdemokratischen Linken gewesen, der er sich nach seinem Ausschluß aus der KPD wieder angeschlossen hatte. Während der gesamten Zeit war er Reichstagsabgeordneter aus dem linken sächsischen Parteibeirk. Er gab seit Februar 1923 wöchentlich die sogenannte »Levi-Korrespondenz« unter dem eigentlichen Titel »Sozialistische Politik und Wirtschaft« heraus. Die meisten Leitartikel zu innen- und außenpolitischen Fragen schrieb Levi selbst. »SPW« beunruhigte die Parteiführung, der Parteiausschuß der SPD diskutierte, ob mit der Zeitschrift eine parteipolitische Organisation innerhalb der Partei erfolge — ohne administrative Maßnahmen als Ergebnis. Im September 1928 ging »SPW« in dem anderen, weiter verbreiteten Organ der linken Sozialdemokratie auf: »Der Klassenkampf — Marxistische Blätter«. Diese Zeitschrift führte ab 1.10.1928 den Untertitel »Sozialistische Politik und Wirtschaft«, Levi war von da an bis zu seinem frühen Tod im 47. Lebensjahr Mitherausgeber neben dem linken Austromarxisten Max Adler und den anderen führenden SPD-Linken Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und Heinrich Ströbel (vgl. auch Editorial zu spw 1, Berlin/West 1978, S.3). — Einen großen Sozialisten und einen wichtigen Kämpfer der deutschen Arbeiterbewegung können wir nicht mit einem abstrakten Nachruf ehren. Praktischen Nutzen hat es, das Werk Paul Levis und seinen politischen Kampf zur Kenntnis zu nehmen, um aus der Geschichte der Arbeiterbewe-

gung, ihren Erfahrungen zu lernen. Sowohl die knappe Einschätzung der Bedeutung des Magdeburger Parteitages der SPD von 1929 kurz vor dessen Eröffnung als auch der Gegenentwurf der Partei-Linken zum Wehrprogramm des Parteivorstands stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang zum Themenschwerpunkt dieses Hefts. Im Zentrum der Verhandlungen des Parteitags in Magdeburg stand die Haltung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage im bürgerlichen Staat. Die Debatte erfolgte auf dem konkreten Hintergrund von Aufrüstungsbeschlüssen der seit 1928 von der SPD geführten Reichsregierung der »Großen Koalition« mit der konservativen »Deutschen Volkspartei (DVP)« Stresemanns. Die SPD hatte am 20. Mai 1928 mit einem antimilitaristischen Programm die Reichstagswahlen gewonnen. Unmittelbar nach der Regierungsbildung durch den Sozialdemokraten Hermann Müller stimmten die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder für die Finanzierung der von den bürgerlichen Parteien geplanten maritimen Aufrüstung (Bau des »Panzerkreuzers A«), obwohl etwa Rudolf Hilferding (SPD) als Reichsfinanzminister sein Veto-Recht in Budget-Fragen hätte nutzen können. Parteibasis und sozialdemokratische Wähler sahen sich durch die Regierungsmitglieder der SPD getäuscht, ein Wahlversprechen war gebrochen worden.

Levi, der Führer der Partei-Linken, deutete auf zwei grundsätzlichere Probleme im Zusammenhang mit dem Panzerkreuzerbeschuß hin: Ein demokratischer Parlamentarismus werde durch eine »sozialdemokratische« Regierungspraxis ausgehöhlt, die einem Wählervotum für bestimmte Ziele diametral entgegenläuft. Zum anderen werde die Partei zum Objekt der Koalitionspolitik ihrer Führer. In derselben Nummer des »Klassenkampf«, aus der der dokumentierte Beitrag von Levi stammt, veröffentlichte Kurt Rosenfeld einen Aufsatz mit dem deutlichen Titel »Heraus aus der Reichsregierung«. — Stellen wir aktuelle Bezüge her, so stoßen wir auf die Diskussion »Wahlverein SPD«: Wie kann die Partei ihre Mandata kontrollieren?

Die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau führte die Parteiführung und die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in eine Krise. Die Stellungnahmen der Untergliederungen der Partei zum Rüstungsbeschuß waren mehrheitlich ablehnend. Die Linke konnte in dieser Auseinandersetzung 1928/29 das innerparteiliche Kräfteverhältnis leicht zu ihren Gunsten verändern. Auf diese Entwicklung reagierte die Parteiführung im Vorfeld des Parteitags im Juni 1929 mit der Verschiebung des konkreten und virulenten Problems (Bruch des antimilitaristischen Wahlversprechens) auf die weniger praktische Ebene einer allgemeinen Wehrdebatte. Sie setzte eine Kommission ein und beauftragt sie mit der Ausarbeitung eines Grundsatzantrags. Levi beurteilte zu Recht die Bedeutung dieser Diskussion für die Politik der Partei zurückhaltend. Dennoch beteiligte er sich aktiv an der Formulierung eines alternativen Entwurfs zur Wehrfrage, der als »Levi-Rosenfeld-Seydewitz«-Antrag dem Parteitag unterbreitet, von der Delegiertenmehrheit allerdings abgelehnt wurde. Der Antrag der Kommission beim Parteivorstand (»Richtlinien zur Wehrpolitik«) wurde mit 242 gegen eine starke Minderheit der Linksopposition von 147 angenommen (vgl. Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteitags Magdeburg 1929, Protokoll, Berlin 1929, S.288f.). In der Tradition der sozialdemokratischen Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 trat der Parteitag damit für die Landesverteidigung zur »Wahrung der Neutralität« der deutschen Republik kapitalistischer Grundordnung ein. Die Redaktion

Paul Levi: Zum Magdeburger Parteitag*

Von dem Magdeburger Parteitag erwartete niemand, daß er ein Markstein werde. Es sind ja an sich nicht alle Parteitage hinter denen Singer in seiner Schlußrede den Markstein setzte, Marksteine gewesen. Immerhin: solange die Partei an einer Einheit in Theorie und Praxis, in Prinzip und Taktik festhielt, war jede Diskussion, auch über das nüchternste Tagesproblem, emporgelassen auf eine Höhe, auf der eben mehr als das Tagesproblem entschieden wurde. Denn in jedem Tagesproblem steckte der prinzipielle Kern und damit die weit über den Tag hinausgehende Bedeutung.

Der Magdeburger Parteitag von 1929 wird diese prinzipielle Bedeutung nicht erlangen, ob-

* aus: »Der Klassenkampf — Sozialistische Politik und Wirtschaft«, hrsg. von Max Adler, Paul Levi, Kurt Rosenfeld, Max Seydewitz und Heinrich Ströbel, 3. Jg., Nr. 11 vom 1. Juni 1929, Berlin, S.321f.

gleich auf ihm eine programmatische Frage zur Debatte steht. Denn die Wehrprogrammfrage, die mit dem Auftauchen sofort auch das Hauptinteresse für sich in Anspruch nahm, ist ja eigentlich nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden, um der Partei etwas zu geben, was ihr bisher fehlte. Sie wurde erfunden, um die Abstimmung der sozialdemokratischen Minister vom 10. August — nicht zu rechtfertigen — denn soviel wir sehen, rechtfertigt sie kein Mensch —, sondern überwuchern zu lassen durch das grüne Gras einer allgemeinen Wehrdebatte. Dieses Gewoge soll vergessen machen, was an »Praktischem« schon für oder gegen den Wehrgedanken der sozialdemokratischen Partei geschehen sei. Wir von unserem Standpunkt hatten keine Veranlassung, der theoretischen Diskussion über den Wehrgedanken aus dem Wege zu gehen und meinen, daß sie nicht ganz ohne Früchte gewesen sei. Aber wir glauben nicht, daß ihr praktisches Ergebnis über die Maßen zu schätzen sei. Die Torheit der Abstimmung vom 10. August ergibt sich nämlich aus anderen Gedanken nicht minder schlagend als aus den Debatten über das Wehrprogramm. Die taktische Haltung der Partei in Friedenszeiten wird — wenigstens vorläufig — gleichfalls von anderen Gedanken beherrscht. Für den bitteren Fall des Krieges aber glauben wir, daß es an und für sich schwer sei, eine einheitliche Linie der Partei festzustellen; die Möglichkeit ist doch nicht auszuschließen, daß auch im kommenden Kriegsfall die Gegensätze sich nicht minder schroff in der Partei gegenüberstehen als im letzten Kriege, mag das Programm »links« oder »rechts« sein, und die Aufgabe einer weitsichtigen Parteiführung wird eben dann darin bestehen, zu vermeiden, was leicht zu vermeiden sein wird: daß die Gegensätze, die auftauchen, zur organisatorischen Zerreißen der Partei führen. Das war, scheint uns, im letzten Kriege leicht zu vermeiden und wird im künftigen noch leichter sein.

Indem wir also die Bedeutung der Wehrdebatte nicht überschätzen wünschen wir, daß um so deutlicher und entscheidener auf das eingegangen werde, von dem auch die Wehrdebatte ihren Ausgang genommen hat: auf die Koalitionspolitik und die von unseren Ministern in ihr erzielten Resultate. Wir möchten dabei an den Ausgangspunkt der gegenwärtigen Koalitionsperiode, den Ausgang der letzten Wahlen, erinnern, die — so sagte man uns — der Partei die Verpflichtung auferlegten, führend — führend war das Wort — sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Und zwar verstanden die meisten Parteigenossen unter Führung nicht die personelle — durch Besetzung des Reichskanzlerpostens —, sondern politische durch Geltendmachung und Durchführung sozialdemokratischer Wahl- und Programmforderungen. Was nun diese Führung angeht, so war ein großer Teil von Parteigenossen damals schon skeptisch. Um es ihnen schmackhafter zu machen, versicherte man, daß die jetzt startende Regierungsmannschaft eine solche sei, daß jene politische Führung verbürgt erscheine.

Kaum je hat eine Regierung nicht nur in der verhältnismäßig kurzen Koalitions Geschichte unserer Partei, so versagt, so das Gegenteil von dem getan, was man erwarten mußte, als die gegenwärtige Koalitionsregierung. Es ging mit der Panzerkreuzergeschichte an. Die Panzerkreuzersache war nicht nur vom Standpunkt unserer Partei, sondern vom Standpunkt des Parlamentarismus etwas Unmögliches. Der Parlamentarismus geht vor die Hunde, wenn eine Partei nach der Wahl das Gegenteil von dem tun darf, was sie zur Wahl versprach; wir glauben, in England dürfte sich das keine Partei und kein Minister erlauben.

Es wäre in diesem Rahmen zwecklos, die Kette der Erfolge weiter zu zeigen bis zu der steuerfreien Anleihe, in die Zukunft bis zur »Reform« der Arbeitslosenversicherung, bis zu der kommenden »Reform« der Lebensmittelölle; wir glauben auch so schon gezeigt zu haben: mag man die Frage der Koalitionspolitik »nur« als eine taktische Frage ansehen, so ist die Fortführung *dieser* Koalitionspolitik keine Frage der Taktik mehr, sondern eine Frage des gesunden Menschenverstandes. Der müßte sagen, daß das, was hier geschah und geschehen wird, nicht Koalitionspolitik ist, sondern überhaupt nicht Politik.

Denn Politik ist ja schließlich zielbewußte Ansetzung von politischen Kräften. Was soll mit dieser Politik angestrebt, welches Ziel erreicht werden? Daß sie der Partei dienlich sei, wird niemand behaupten; kaum einer, der nicht in dieser Politik ein schweres Opfer für die Partei sieht. Der Staat, die Demokratie gesichert? Unterstellen wir einmal als richtig, der gegenwärtige Staat sei eine gegenwärtig für die Arbeiterklasse notwendige Größe. Dann aber sagen wir: die Demo-

kratie, will sagen der Parlamentarismus, ist nicht jemals durch etwas so gefährdet worden, wie durch die gegenwärtige Koalitionsregierung. Und je länger sie weiterregieren wird, desto mehr muß die Gefahr wachsen. Und vielleicht ist das das tiefste Problem, auf das der Magdeburger Parteitag stoßen könnte: was hat es mit der gegenwärtigen Staatsform auf sich? Erhält man sie und wie? Ersetzt man sie und durch was? Denn ganz abgesehen von den deutschen besonderen Verhältnissen: wer kann leugnen, daß in dem Gebäude der Demokratie nicht nur in Deutschland, so etwas sei wie ein Moderduft? Das sind Fragen, zu deren Erörterung sich wohl der Magdeburger Parteitag erheben könnte, und wir wünschen, daß kein Unwetter und kein Hochwasser, sondern heller Frühlingssonnenschein ihm beschieden sein möge.

Wortlaut des Antrags »Levi-Rosenfeld-Seydewitz« zum Magdeburger Parteitag der SPD 1929*

A. Grundsätzliches. I. In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung benutzt die herrschende Klasse den Krieg als eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit den Mitteln der Gewalt. *Deshalb bekämpft die Sozialdemokratie jeden Krieg*, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnend werden, *zumal das endgültige Ziel jedes Krieges erst in seinem Verlauf von den herrschenden Militär- und Wirtschaftskreisen gemäß der militärischen Erfolge gestaltet wird.*

Dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel folgend, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschlossen, den stärksten Massendruck auch in seiner revolutionären Form, gegen jede deutsche Regierung anzuwenden, die im Fall internationaler Konflikte zum Kriege schreitet und es ablehnt, sich einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. *Das Proletariat schließt auch nach Erklärung eines Krieges keinen Burgfrieden mit der Bourgeoisie seines Landes.* Die Sozialdemokratie ist verpflichtet, im Sinne der Beschlüsse der Internationale in Stuttgart und Kopenhagen den Klassenkampf gegen die herrschende Bourgeoisie verschärft fortzusetzen und mit allen Kräften und allen Mitteln dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zum Sturze der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.

II. Die Sozialdemokratie lehnt im kapitalistischen Staat die Landesverteidigung ab, die für die Bourgeoisie nur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft und Klasseninteressen bedeutet. — Wir sind ein Land, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat, in der Übergangszeit zur klassenlosen Gesellschaft von andern, noch von der Bourgeoisie beherrschten Staaten angegriffen, so ist das Proletariat verpflichtet, seine Klasseninteressen gegen alle Angriffe mit allen Mitteln zu verteidigen.

III. Durch die *technische* Entwicklung ist der Schwerpunkt der Landesverteidigung in die *Produktion* und das *Verkehrswesen* gelegt, die mit der Kriegserklärung in vollem Umfang in den Dienst der Kriegführenden gestellt werden. Damit wird das im Produktionsprozeß stehende Proletariat immer mehr an Stelle des in militärischen Verbänden zusammengeschlossenen Teiles der Bevölkerung zum wichtigen Träger der Kriegführung. Diese Tatsache garantiert für den Fall der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die volle Wehrkraft des proletarischen Staates. — Der bisherige Begriff der Abrüstung ist durch die technische Entwicklung überholt. Der Abbau von Truppenkörpern und die Verminderung der zur Kriegführung dienenden technischen Mittel bedeuten allein noch keine Abrüstung. Die Änderung des veralteten, auf der technischen Grundlage der Vorkriegszeit beruhenden Militärapparates kann im Gegenteil die volle Ausnutzung der militärischen Wirksamkeit der modernen Industrie bedeuten. Dieses Resultat kann nur verhütet werden und die entsprechend den Beschlüssen der Brüsseler Internationale zu erstrebende Abrüstung kann nur erreicht werden in Verbindung mit der ständigen und lückenlosen Kontrolle aller zu Kriegszwecken geeigneten Produktionsmittel des Landes durch die Organisationen des Proletariats.

* aus: »Der Klassenkampf ...«, Nr. 12 vom 15. Juni 1929, Berlin 1929, S.372-374

IV. Die Wehrmacht im kapitalistischen Staat ist nicht nur dazu bestimmt, den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie zu dienen, sondern sie wird bei entscheidenden Auseinandersetzungen auch zwischen Proletariat und Bourgeoisie benutzt.

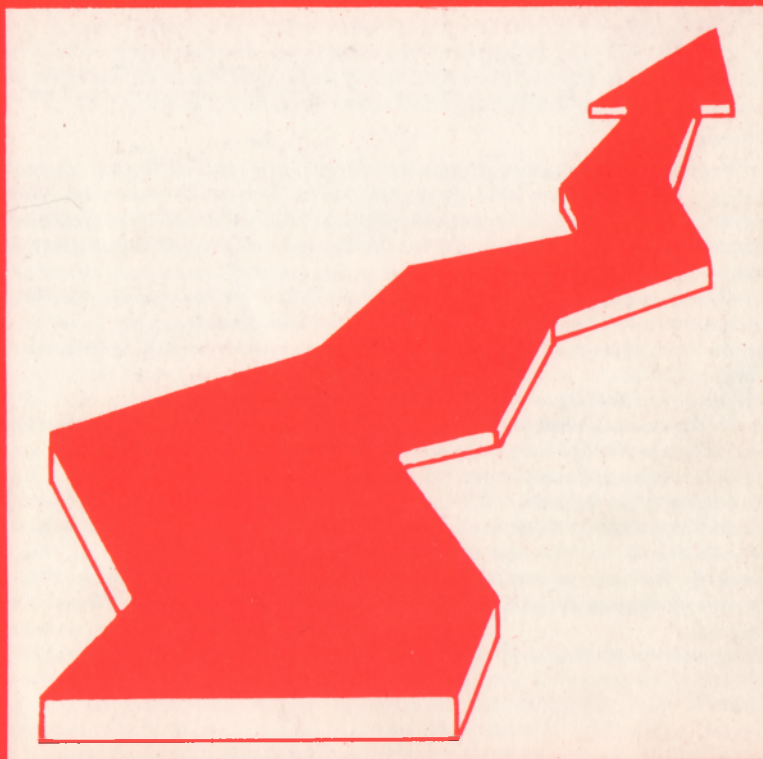
Darum lehnt die Sozialdemokratie im kapitalistischen Staate die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für die Beseitigung dieser Wehrmacht.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt immer wieder den Klassengegensatz in der kapitalistischen Gesellschaft in den Vordergrund des politischen Kampfes, sie erkennt die Notwendigkeit, diejenigen proletarischen Machtmittel zu schaffen, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrer Begründung und zu ihrer Verteidigung bedarf.

B. Aktionsprogramm

Die ideologische und organisatorische Sammlung des deutschen Proletariats auf dieser Grundlage ist die Aufgabe der SPD. Zu diesem Zwecke führt sie den dauernden Kampf:

1. für die parlamentarische und gewerkschaftliche Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, in erster Linie derer, die unmittelbar zu Kriegszwecken eingesetzt werden können;
2. für die parlamentarische Kontrolle der Reichswehr und Marine und aller Verträge, die die Heeresverwaltung und ihre nachgeordneten Stellen abschließen;
3. für die Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat bis zur völligen Beseitigung aller Rüstungsausgaben;
4. für die Abschaffung der Kriegsflotte;
5. für die Änderung des bestehenden Rekrutierungssystems, für die Einstellung der körperlich Tauglichen durch Auslosung auf Grund freiwilliger Meldungen;
6. für die Beseitigung des Bildungsprivilegs für die Offizierslaufbahn;
7. für das Recht der Soldaten auf Wahl einer Personalvertretung zum Schutze ihrer Rechte; für die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten; für die völlige Koalitionsfreiheit und das Mitbestimmungsrecht der Soldaten;
8. gegen alle Subventionen aus öffentlichen Mitteln an die Privatindustrie;
9. für die Beseitigung derjenigen strafgesetzlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen;
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.



**FÜR
EINE
SOZIALISTISCHE
PERSPEKTIVE**

Bestellungen über: spw-Vertrieb, Moltkestr. 21, D-1000 Berlin 45
Einzelverkauf DM 6,80 (Organisationspreis DM 5,—)

**ZUR DISKUSSION
UM DIE
HERFORDER THESEN-
POSITION UND
GEGENPOSITION**